



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayerischer Städtetag:

Zeichen setzen mit praktikablen Modellen

Der Bayerische Städtetag hat von Bund und Ländern eine schnelle und unbürokratische Grundsteuer-Reform gefordert. Wie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl in München erklärte, sei die Grundsteuer eine wichtige und stetige Einnahmesäule für Städte und Gemeinden. Das Recht der Städte und Gemeinden auf einen gemeindlichen Hebesatz müsse weiter bestehen. Der Koalitionsvertrag setze einen guten Rahmen: Hier seien die Reform der Grundsteuer und das kommunale Hebesatzrecht als Ziele verankert. „Nun müssen sich Bund und Länder schnell auf ein praktikables und rechtssicheres Modell einigen“, so Gribl.

Nach seinen Worten betrug das Aufkommen der Grundsteuer B für Immobilien im Freistaat rund 1,8 Milliarden Euro und damit 10 Prozent der gesamten kommunalen Steuereinnahmen. Damit sei die Grundsteuer nach der Gewerbesteuer die zweitwichtigste Gemeindesteuer.

Am 10. April 2018 hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Grundsteuer

wegen veralteter Grundstückswerte nicht mehr verfassungsgemäß ist. Bis spätestens Ende 2019 muss der Gesetzgeber eine Reform der Grundsteuer beschließen. Die Neubewertung aller – in Deutschland insge-



Dr. Kurt Gribl.

samt 35 Millionen – Grundstücke muss bis Ende 2024 abgeschlossen sein.

Bayern bevorzugt ein wertunabhängiges Modell

Bislang sind sich die Bundesländer uneinig, wie die Reform aussehen soll. Auf einer Konferenz der Finanzminister kündigte daraufhin das Bundesfinanzministerium an, einen eigenen Vorschlag unterbreiten zu wollen. Im Gespräch ist ein so genanntes Verkehrswertmodell, das neben einem lageabhängigen Bodenrichtwert auch den Gebäudewert berücksich-



Von links: Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf), Präsident des Bayerischen Landkreistags, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Landrat Thorsten Freudenberger (Neu-Ulm), Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Landkreistag und Dr. Wolfgang Fendt, 1. Bürgermeister Weißenhorn am 2. Tag der Landkreisversammlung

Bild: Alexander Kaya

tigt. Bayern bevorzugt jedoch ein wertunabhängiges Modell, bei dem einzig die Fläche von Grundstück und Gebäude entscheidend ist.

Mitverantwortung für die digitale Infrastruktur

Mit Blick auf die digitale Ausstattung von Schulen betonte Gribl: „Der Freistaat trägt eine Mitverantwortung für die digitale Infrastruktur an Schulen. Die Digitalisierung des Unterrichtswesens ist mehr als die Weiterentwicklung von Kreide und grüner Tafel. Mit modernen Geräten ist es nicht getan: Technik hat eine dienende Funktion

für Pädagogik. Laptops, Tablets und interaktive Whiteboards müssen im Unterricht sinnvoll zum Einsatz kommen.“

Nach Auffassung des Vorsitzenden ist die Digitalisierung der Klassenzimmer eine Frage des pädagogischen Gesamtkonzepts. Dies erfordere einheitliche Standards für die Pädagogik und die dafür nötige technische Ausstattung und die Systembetreuung.

Digitale Lern- und Lehrstrategien

Nötig seien digitale Lern- und Lehrstrategien, die Qualifizierung (Fortsetzung auf Seite 4)

6. Bayerisches WasserkraftForum in Neunburg vorm Wald:

Argumente der Vernunft

„Wasser. Kraft. Bayern.“ hieß es auch beim 6. Bayerischen Wasserkraftforum in Neunburg vorm Wald. Die Bayerische Gemeindezeitung als Veranstalter konnte hierzu politische und kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter sowie Multiplikatoren und Wirtschaftsvertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Flüsse willkommen heißen.

Insgesamt präsentierten 20 Partner und Aussteller den Gästen in der Schwarzachtalhalle ihre Innovationen und Angebote. Darüber hinaus stand ein knapper Dutzend Fachvorträge auf der Tagesordnung, unter anderem zu den Themen „Wasserkraft im Alpenraum“, „Kleinwasserkraft in Ost-Afrika“, „Wasserkraft – Finanzierungen mit der Deutschen Kreditbank im bayerischen Sparkassenverbund“ und „Ersatzlebensraum in Fischauflastanlagen“.

Hochkarätige Referenten erläuterten die Potenziale der

Wasserkraft, deren Einsatz für das Gelingen der angestrebten Energiewende unverzichtbar ist.

Besichtigung im Hochsicherheitstrakt

Zudem hatten Tagungsteilnehmer im Anschluss an das Wasserkraftforum die seltene Gelegenheit, Eixendorf II – die Bayerischen Landeskraftwerke bauten an der Vorpforte des Eixendorfer Stausees eine besonders umweltverträgliche Wasserkraftanlage – und die Netzleitstelle Bayernwerk zu be-

Jahresversammlung des Bayerischen Landkreistags:

Starke Landkreise – starkes Bayern

„Medizinische Versorgung, Digitalisierung, ÖPNV und Infrastrukturausbau – das sind die Aufgaben für die nächsten Jahre. Wir haben aber schon heute eklatante Mängel im Bereich ‚staatliches Personal‘. Ob es um die Umsetzung des Gigabit-Netzes oder den Bau von Straßen geht: Wir haben in vielen Bauämtern nicht mehr die Manpower, um Vorhaben durchzuführen. In allen staatlichen Ämtern fehlt das Personal!“, beklagte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf) bei der Jahresversammlung des Verbandes in Weißenhorn (Landkreis Neu-Ulm).

Nach Berechnungen des Landkreistags haben die 71 bayerischen Landkreise im vergangenen Jahr auf eigene Kosten Leistungen für den Freistaat im Wert von rund 145 Millionen Euro erbracht. Dies entsprache rund 1.450 Stellen oder knapp einem Viertel des derzeitigen Personalbestandes.

Weitere Stellen gefordert

Viele Verwaltungsaufgaben seien auf dieser Basis dauerhaft aber nicht mehr zu leisten, kritisierte Bernreiter: Um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu erhalten, müsse der Freistaat deshalb sofort zusätzliche Stellen finanzieren und auf die Kommunen abgewälzte Leistungen zumindest bezahlen.

Besonders betroffen seien die Bauverwaltung, der Naturschutz, die Rechtsabteilungen sowie die Veterinärämter: „Hier ist auch das Fachpersonal knapp“, berichtete Bernreiter. Verzögerungen bei der Bearbeitung von Vorgängen und vor allem bei dringend notwendigen Infrastrukturprojekten seien deswegen die harte Realität.

Fallzahlsteigerungen und zusätzliche Anforderungen

„Wir scheuen keine transparente Durchleuchtung unserer Tätigkeiten. In vielen Bereichen gibt es Fallzahlsteigerungen und zusätzliche Anforderungen. Beim Thema Veterinärämter habe ich schon wiederholt vorgeschlagen, ein Personalbemessungsgutachten beim Obersten Rechnungshof in Auftrag zu geben“, so der Präsident.

Um qualifiziertes Personal (Fortsetzung auf Seite 4)



GZ lädt zum Energie-Forum

Am 28. Juni 2018 lädt die Bayerische Gemeindezeitung zum großen Info-Tag für Kommunen.

In der historischen Gaszählerwerkstatt auf dem Gelände der SWM – Stadtwerke München GmbH, Agnes-Pockels-Bogen 6, 80992 München, treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Zum 11. Mal heißt es „Power für Bayerns Kommunen!“
Informationen unter www.bayerisches-energieforum.de

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Komplizierteste Technik soweit das Auge reicht: Anlässlich des 6. Bayerischen WasserkraftForums hatten die Besucher die Möglichkeit, die Bayernwerk-Netzleitstelle zu besichtigen. Im dortigen Hochsicherheitstrakt werden das gesamte 20-kV-Mittelspannungsstromnetz des Bayernwerks von Aschaffenburg bis zum Berchtesgadener Land und das Erdgasnetz überwacht. Ebenso eindrucksvoll war der Besuch des besonders umweltverträglichen Wasserkraftwerks Eixendorf II Bild: Jessica Kassner



Anlässlich des 85. Jahrestags der Bücherverbrennung durch die Nazis las der Bürgermeister aus Lion Feuchtwangers „Erfolg“. Er will mit der Lesung ein Stück Geschichte reflektieren und das Bewusstsein dafür schärfen, dass wir für unsere Zukunft Verantwortung tragen. S. 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Landtag verabschiedet Polizeiaufgabengesetz	2
Bundeskonferenz Kommunale Entwicklungspolitik	2
900 Millionen Euro für neue Wohnungen	2

GZ-Kolumne Stefan Rößle: Kommunen – Gestalter der Mobilität 3

Mobilitätsforum von AKU und KPV	3
---------------------------------	---

Öffentliche Beleuchtung • Straßenbeleuchtung	5 - 7
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV	7 - 10
Abfallpolitik • Umweltpolitik	11
Sicherheit • Brand- und Katastrophenschutz	12
Museen in Bayern	13

Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16
------------------------------	---------

Landtag verabschiedet Polizeiaufgabengesetz

Neuregelungen von CSU-Mehrheit durchgesetzt

Nach einer sehr emotionalen und kontroversen Debatte hat der Landtag in dritter Lesung mit den Stimmen der CSU die umstrittene Novellierung des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (PAG) beschlossen. Dabei geht es einerseits um die Umsetzung der Vorgaben aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum BKA-Gesetz und die Verbesserung der Rechte der Bürger auf Basis der neuen EU-Datenschutzverordnung. Andererseits erweitert es wesentlich die Befugnisse der Polizei in den Bereichen Überwachung und Fahndung und verlagert deren Eingriffsmöglichkeiten weit ins Vorfeld möglicher schwerer Straftaten.

Die wichtigste Neuerung besagt, dass die Polizei künftig schon bei einer „drohenden Gefahr“ tätig werden kann. Dabei handelt es sich stets um präventive Maßnahmen, wie zum Beispiel das Erteilen von Kontaktverboten, die verdeckte Ermittlung, das Abhören von Telefongesprächen, das Öffnen von Paketen oder die Durchsuchung von Computern. Darüber hinaus kann die Polizei in Zukunft die „erweiterte DNA“ erheben und zur Fahndung nutzen. Dazu gehören die äußeren Merkmale einer Person wie Augen- und Haarfarbe oder die Feststellung der Herkunft. All diese Maßnahmen bedürfen jedoch der richterlichen Zustimmung. Bisher konnte die Polizei erst bei einer sogenannten „konkreten Gefahr“ tätig werden.

Schutzgesetz, nicht Überwachungsgesetz

Innenminister Joachim Herrmann erklärte, die Verhinderung von Straftaten sei Kernaufgabe der Polizei. Die neuen Regelungen brächten mehr Sicherheit, stärkere Bürgerrechte und besseren Datenschutz. Er verwies auf die aktuelle bundesweite Kriminalstatistik, aus der eindrucksvoll hervorgehe, dass Bayern das mit Abstand sicherste Bundesland sei. Hier könnten die Bürger auch weiter „frei und sicher leben“. Dies bezwecke und gewährleiste vor allem das neue PAG. „Es ist ein Schutzgesetz und kein Überwachungsgesetz“, betonte er.

Verbreitung groben Unfugs

Massiv kritisierte Herrmann, dass auf zahlreichen Demonstrationen gegen das Gesetz Unwahrheiten und „grober Unfug“ verbreitet würden. Damit würden „in unverantwortlicher Weise Angst und Schrecken vor der Polizei geschürt“. Kein recht-

schaffener Bürger müsse sich vor den bayerischen Ordnungshütern fürchten, machte der Innenminister deutlich. Auch künftig könne niemand grundlos überwacht und weggesperrt werden. Eine Vielzahl polizeilicher Befugnisse stünde unter dem Vorbehalt einer richterlichen Zustimmung. Falschen Behauptungen wolle er eine Aufklärungs- und Informationskampagne entgegensetzen. Herrmann bekräftigte den Vorschlag von Ministerpräsident Dr. Markus Söder, die praktische Umsetzung des PAG von einer Expertenkommission aus Verfassungsrechtlern, Datenschützern und Polizeipraktikern sowie von einem Bürgerdialog begleiten zu lassen.

Opposition warnt vor „Überwachungsstaat“

Die Opposition hingegen sieht in dem neuen PAG eine unangemessene Ausweitung polizeilicher Präventivbefugnisse und warnte vor einem „Überwachungsstaat“. Dazu erklärte die SPD-Landeschefin, Natasa Kohlen, das neue PAG mache Bayern nicht sicherer. Der Freistaat brauche kein Überwachungsgesetz, das ohne Respekt vor den Menschen von der CSU im Landtag „durchgepeitscht“ werde. Und die Polizei brauche keine neuen Befugnisse, sondern mehr Personal zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Die Eingriffsrechte schon bei „drohender Gefahr“ veränderten die „Sicherheitsarchitektur“ erheblich. Aus dem Gesetz spreche ein „tiefes Misstrauen“ der CSU gegenüber der Bevölkerung, da die neuen Regelungen nicht der Terrorabwehr dienen kritisierte Kohlen.

Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende der Grünen, erachtete das neue PAG aufgrund der hervorragenden Sicherheitslage in Bayern für unnötig. Es sei

nicht nachvollziehbar, warum Bürgerrechte derart beschnitten würden. Söders Vorschlag einer Evaluierungskommission und eines Bürgerdialogs sei „lächerlich und grotesk“. Erst ein Gesetz zu beschließen und danach einen Dialog zu führen sei kein „feiner Stil“ urteilte Schulze. Sie kündigte, wie auch die SPD, eine Verfassungsklage gegen das Gesetz an.

Atempause gewünscht

Die Sicherheitsexpertin der Freien Wähler, Eva Gottstein, sprach von der „größten Änderung“ des PAG seit Bestehen des Freistaats. Dadurch erhalte die Polizei Eingriffsrechte, die bislang nur Richtern und Staatsanwälten vorbehalten gewesen seien. Ihr Fraktionskollege Florian Streibl riet zur Rücknahme des Gesetzes. Es sei landauf landab sichtbar, dass dieses PAG den Menschen Angst mache und die Gesellschaft spalte, sagte er. Dringend nötig sei eine „Atempause“, um die vielfältige Kritik von Verfassungsrechtlern und Datenschützern noch einmal in Ruhe bewerten zu können. Zudem warnte Streibl die CSU vor Machtmissbrauch.

Bestmöglichen Schutz für die Bürger

CSU-Fraktionschef, Thomas Kreuzer, verteidigte das neue PAG. Es biete den Bürgern bestmöglichen Schutz vor schweren Straftaten und ein Höchstmaß an Rechtssicherheit. Kreuzer räumte ein, dass es hier um

eine „äußerst schwierige Abwägung“ zwischen der Freiheit des Einzelnen und dem Sicherheitsbedürfnis der Allgemeinheit gehe. Dem werde das neue PAG in vollem Umfang gerecht. Technischer Fortschritt und veränderte Bedrohungslagen machten es erforderlich, der Polizei neue Befugnisse „auf der Höhe unserer Zeit“ an die Hand zu geben. Dafür schaffe das neue PAG die nötigen Rechtsgrundlagen. Dies führe jedoch nicht zu einem Überwachungsstaat.

Klagen gegen das PAG

Dem widersprach der SPD-Rechtsexperte, Franz Schindler. Die von Herrmann und Kreuzer aufgeführten Beispiele für die Notwendigkeit neuer Polizeibefugnisse seien „falsch und konstruiert“. Gegen mutmaßliche Bombenleger oder Kapitalverbrecher könne die Polizei schon jetzt auf der Grundlage bestehender Gesetze präventiv vorgehen. Schindler kündigte Klagen gegen das PAG sowohl vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof als auch vor dem Bundesverfassungsgericht an. Auch werde geprüft, ob in Karlsruhe zumindest einzelne Punkte des Gesetzes per einstweiliger Anordnung sofort wieder außer Kraft gesetzt werden können.

Das neue PAG wurde mit 89 zu 67 Stimmen verabschiedet, wobei SPD, Freie Wähler und Grüne dagegen stimmten. Die oppositionellen Änderungsanträge wurden von der CSU-Mehrheit abgelehnt. Das Gesetz tritt bereits am 25. Mai in Kraft. **rm**

900 Millionen Euro für neue Wohnungen

Staatsregierung startet Großprogramm

Um dem Wohnungsmangel und der Mietpreisexlosion im Freistaat Bayern entgegenzutreten, hat die Staatsregierung in der vergangenen Woche ein milliardenschweres Wohnbaupaket auf den Weg gebracht. Allein in die Wohnraumförderung sollen heuer knapp 900 Mio. Euro fließen, ca. 250 Mio. Euro mehr als ursprünglich geplant.

Für Ministerpräsident Dr. Markus Söder stellt dies die größte Offensive dar, die der Freistaat in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten für den Wohnungsbau unternommen hat. So sind 365 Mio. Euro für die Wohnbauförderung in Bayern vorgesehen 150 Mio. Euro für den kommunalen Wohnungsbau.

Bindefrist von 25 auf 40 Jahre verlängern

Zur Finanzierung will Söder die bayerischen E.ON-Aktien verkaufen. Da jährlich tausende Sozialwohnungen in den freien Markt übergehen, will die Staatsregierung bei neuen Sozialwohnungen die Bindefrist von 25 auf 40 Jahre verlängern. Darüber hinaus sollen in staatlichen Wohnungen die Mieter fünf Jahre von Mieterhöhungen verschont bleiben. Außer-

Neue Broschüre:

„Islamismus erkennen“

Die neue Broschüre „Islamismus erkennen“ des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz gibt einen Überblick über die einflussreichsten Organisationen und Akteure der islamistischen Szene und deren Logos und Symbole. Die Broschüre trägt so dazu bei, Radikalisierungsprozessen frühzeitig entgegenwirken zu können.

Die Broschüre ist abrufbar unter www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/islamismus_erkennen.pdf **□**



ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

Kommunale Entwicklungspolitik:

Schnell anmelden für die Bundeskonferenz!

Mit freundlicher Unterstützung der Hansestadt Lübeck veranstaltet die Servicestelle von 6. bis 8. Juni 2018 ihre 14. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik in der Stadt an der Trave.

Die Teilnehmer erwarten ein abwechslungsreiches Programm mit hochrangiger Besetzung, Workshops, Zukunftsforen sowie Austausch- und Vernetzungsmöglichkeiten im Rahmen einer Fachmesse. Kommen Sie nach Lübeck und diskutieren Sie mit! Die Teilnahme ist kostenfrei.

Informationen und Anmeldung:
<https://skew.engagement-global.de/veranstaltung-detail/id-14-bundeskonferenz-der-kommunalen-entwicklungspolitik.html>
Kontakt: SKEW, Meike Pfeil, Telefon 0228 20717-619; buko@engagement-global.de **□**

„Internationaler Tag der Pflegenden“:

Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern

Bayerns Pflegeministerin Huml: Sofortmaßnahmen für eine bessere Personalausstattung müssen zügig ergriffen werden

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml dringt auf bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Die Ministerin betonte anlässlich des „Internationalen Tags der Pflegenden“: „Mein Ziel ist, mehr Frauen und Männer für den Pflegeberuf zu begeistern. Wichtig sind dabei in erster Linie eine attraktive Ausbildung mit guten Berufsperspektiven sowie mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen in den Pflegeeinrichtungen.“

Die Ministerin fügte hinzu: „Mit der Reform der Pflegeberufe wird die Pflegeausbildung zukunftsgerecht weiterentwickelt und durch die Vermittlung umfangreicher Kompetenzen an die veränderten Strukturen in der Pflege und die komplexen Anforderungen angepasst. Durch zahlreiche Verbesserungen sollen gerade junge Menschen für die Ausbildung im Pflegeberuf begeistert werden. Durch Modernisierung der Ausbildungsinhalte, eine bessere Ausstattung der Pflegeschulen und mehr Praxisanleitung im Ausbildungsbetrieb gewinnt die Ausbildung zusätzlich an Attraktivität. Weiterhin wird die zusätzliche Möglichkeit einer generalistischen Pflegeausbildung an Hochschulen eröffnet.“

Huml ergänzte: „Zu einer spürbaren und sofortigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen sollen auch das ‚Sofortprogramm Pflege‘ und die ‚Konzertierte Aktion Pflege‘ beitragen, wie wir sie im Koalitionsvertrag in Berlin vereinbart haben. Zusätzliche 8.000 Fachkräfte sind nur ein erster Schritt. Daneben setzen wir uns in der Altenpflege auch für eine Bezahlung nach Tarif ein und für Weiterqualifizierungsmaßnahmen, WiederEinstiegsprogramme und eine bessere Gesundheitsvorsorge für die Beschäftigten.“

Bundesregierung muss die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen

Bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin hat sich Ministerin Huml maßgeblich mit dafür eingesetzt, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in der Alten- und Krankenpflege in den Koalitionsvertrag aufgenommen werden. Die Ministerin erläuterte: „Insbesondere die Sofortmaßnahmen für eine bessere Personalausstattung in der Altenpflege und im Krankenhausbereich müssen jetzt zügig ergriffen werden. Darüber hinaus habe ich mich dafür eingesetzt, dass die krankenhausespezifischen Pflegepersonalkosten künftig unabhängig von den Fallpauschalen vergütet werden.“

Huml unterstrich: „Gute Pflege kostet Geld! Auf die Höhe der Gehälter hat der Freistaat aber keinen Einfluss. Hier ist die

Bundesregierung aufgefordert, möglichst zügig die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die Bezahlung in der Altenpflege nach Tarif zu stärken und gemeinsam mit den Tarifpartnern dafür zu sorgen, dass Tarifverträge in der Altenpflege flächendeckend zur Anwendung kommen.“ Dies hat der Bayerische Ministerrat mit seinem Beschluss vom 10. April 2018 noch einmal bekräftigt.

Auf einen bayerischen Bundesratsantrag hin wurde bereits mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz eine gesetzliche Regelung aufgenommen, dass Tariflöhne in Pflegesatzverhandlungen nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden können.

Die Ministerin fügte hinzu: „Wir können die immensen Herausforderungen in der Pflege nur gemeinsam meistern! Für gute Arbeitsbedingungen sind in erster Linie Arbeitgeber und Gewerkschaften verantwortlich. Aber auch Bayern hat sich in den letzten Jahren nach Kräften dafür eingesetzt, die Rahmenbedingungen in der Pflege Schritt für Schritt zu verbessern. So haben wir in der Altenpflege die Entbürokratisierung vorangetrieben, Verbesserungen bei den Personalschlüsseln unterstützt und Empfehlungen zur schrittweisen Barrierefreiheit in Pflegeeinrichtungen entwickelt.“

Huml ergänzte: „Zur Verbesserung der Pflegeausbildung habe ich außerdem einen Fünf-Punkte-Plan vorgestellt, in dessen Zentrum die HERZWERKER-Kampagne steht. Damit werben wir seit dem Schuljahr 2009/2010 für den Altenpflegeberuf – mit großem Erfolg: Die Schülerzahlen konnten wir in den letzten Jahren um bis zu 34 Prozent steigern.“

Darüber hinaus setzt sich das bayerische Gesundheits- und Pflegeministerium für weniger Dokumentationsaufwand in der Pflege sowie eine bessere Praxisanleitung der Pflegeschülerinnen und -schüler ein. Um die Attraktivität der Pflegeberufe zu steigern, werden zudem Fortbildungsmaßnahmen für Fachpersonal, ehrenamtliche Helfer und Angehörige jährlich im Umfang von insgesamt bis zu 500.000 Euro vom Ministerium gefördert. **□**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Stiglmair
84091 Attenhofen
am 5.6.

Bürgermeister Wolfgang Küber
97794 Rieneck
am 26.5.

Bürgermeister
Andreas Wutzlhofer
92648 Vohenstrauß
am 26.5.

Bürgermeister Harald Polzer
87653 Eggenthal
am 29.5.

Bürgermeisterin
Margit Horner-Spindler
86934 Reichling
am 30.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Schumann
91086 Aurachtal
am 1.6.

Bürgermeister Ralf Holzmann
95365 Rugendorf
am 6.6.

Bürgermeister Albert Nickl
92676 Speinshart
am 31.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stephan Gwalik
94538 Fürstenstein
am 1.6.

Bürgermeister Peter Berek
95680 Bad Alexanderbad
am 3.6.

Bürgermeister
Peter Felbermeier
85778 Haimhausen
am 5.6.

Bürgermeister
Thomas Zöllner
63933 Mönchsberg
am 7.6.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Landrätin Tanja Schweiger
93059 Regensburg
am 27.5.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Franz-Xaver Ziegler
86568 Hollenbach
am 1.6.

Bürgermeister
Maximilian Böttl
85551 Kirchheim
am 6.6.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Von links: Andreas Klugescheid, Roland Werner, Stephanie Jacobs, Landrat Stefan Löwl, Dr. Martin Huber, MdL und Landrat Stefan Rößle.

Mobilitätsforum von AKU und KPV:

Vernetzung, Modernität, Ökologie

An die Mobilität der Zukunft sind viele Erwartungen verknüpft: Effektivität, Ökologie, Attraktivität, Verfügbarkeit und Digitalisierung. Benötigt werden gleichwertige umweltschonende Mobilitätsangebote in städtischen und ländlichen Räumen sowie bei der Stadt-Land-Vernetzung. Ideen hierzu wurden bei einer Diskussionsveranstaltung des CSU-Arbeitskreises Umweltsicherung und Landesentwicklung und der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU in München mit Experten aus den Bereichen Automobilindustrie, Start-Up, Verwaltung und Politik ausgetauscht. Moderiert wurde die Veranstaltung von den beiden Landesvorsitzenden Dr. Martin Huber, MdL (AKU) und Landrat Stefan Rößle (KPV).

Rößle zufolge muss die Verkehrswende auch auf kommunaler Ebene eingeleitet werden. Kommunale Gebietskörperschaften gestalten Mobilität vor Ort bei der Neuausrichtung bzw. Weiterentwicklung der Verkehrssysteme – siehe z. B. Straßenbaumaßnahmen, Verkehrslenkung und -beruhigung, Einführung von intelligentem Parkraummanagement, ÖPNV und Radverkehrsförderung. Die CSU wolle Mobilität weder qualitativ noch quantitativ einschränken; sie solle gezielt und intelligent weiterentwickelt werden. Auch wolle man die Menschen nicht zwangsweise umerziehen, sondern Anreize schaffen und dafür werben, neue Formen der Mobilität zu nutzen. „Jeder soll das Verkehrsmittel seiner Wahl nutzen können – je nach Bedarf“, betonte Rößle. Zudem wies er darauf hin, dass die Bereitschaft der Kommunen zu neuen Konzepten im Wesentlichen von der Bereitstellung staatlicher Mittel abhängt.

Das Leben lebenswert gestalten

„Mein Anspruch ist, trotz des enormen Zuzugs von jährlich 35.000 Menschen das Leben lebenswert zu gestalten und die Luft entsprechend sauber zu bekommen“, erklärte Stephanie Jacobs, Leiterin des Referats für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München, mit Blick auf erhöhte Stickstoffdioxidwerte in der Stadt. In der Frage von Diesel-Fahrverboten gehe es inzwischen darum, wie sie

gesteuert und ausgestaltet werden müssen.

Grenzwerte werden eingehalten

Zwar sei München aktuell deutscher Tabellenführer in der Stickstoffdioxid-Belastungstabelle, jedoch hätten aktuelle städtische Messungen ergeben, dass der Grenzwert von 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft in allen Wohngebieten eingehalten wird. Beim Feinstaub würden die Grenzwerte bereits seit 2012 überall in der Stadt eingehalten.

„Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Februar dieses Jahres sehen wir als Stadt München nicht die Zuständigkeit für die Kommunen, selbst Fahrverbote erlassen zu können“, unterstrich Jacobs. Es gehe u.a. um die Frage, wie Ausnahmefälle für die Bürger konzipiert und in welchen Korridoren bzw. mit welchen Abstufungen Fahrverbote oder Fahrzeugschränkungen erlassen werden. Der Bürger könne von der Politik hier zu Recht verlässliche Aussagen erwarten, hob Jacobs hervor. Generell plädierte sie für eine Versachlichung der Debatte, mehr Fakten und eine bessere Datengrundlage.

Masterplan für saubere Luft

Bis Ende Juli 2018 soll für München ein Masterplan für saubere Luft entwickelt werden. Dazu zählt das städtische Programm für E-Mobilität mit ei-

ner Fördersumme von 60 Mio. Euro. Bislang weist die Landeshauptstadt 150 Ladesäulen auf; bis Ende 2020 sollen es mindestens 550 sein, damit auch eCarSharing ein Erfolgsmodell werden kann. „Wir wollen neue Wege gehen und sind hier unter anderem auch mit BMW in einem intensiven Austausch“, erläuterte die Referatsleiterin. Zudem fördere die Stadt den ÖPNV: Für insgesamt rund 5,5 Milliarden Euro sollen U-Bahnen, Trambahnen und Busse stärker ausgebaut werden. Auch sollen der Radverkehr weiter gestärkt und die Fußgänger berücksichtigt werden. Die Devise laute: „Weg vom Verbrennungsmotor hin zu umweltverträglichen Fortbewegungsmitteln.“

Herausforderungen für den ÖPNV

Nach Statements von Andreas Klugescheid, Leiter Steuerung Politik und Außenbeziehungen, Kommunikation Nachhaltigkeit, BMW Group, und Roland Werner, Head of Government, Affairs & Policy beim Mobilitätstechnologie Start-up Uber, zeigte der Dachauer Landrat Stefan Löwl, stellvertretender Sprecher Münchner Verkehrs- und Tarifverbund, „Herausforderungen für den ÖPNV“ auf.

Gerade die positive Arbeitsplatz- und Bevölkerungsentwicklung brächten die vorhandene Verkehrsinfrastruktur im Norden Münchens immer öfter an ihre Leistungs- bzw. Kapazitätsgrenzen. Auf Grund der aktuellen Wachstumsdynamik spitzt sich dieser Trend laut Löwl weiter zu.

In den vergangenen Jahren habe es neben dem durch den Bevölkerungszuwachs ausgelöstem quantitativen Mobilitätsbedarf auch bei der bisherigen Bevölkerung gegeben – zum Beispiel aufgrund neuer Lebensmodelle, den größeren Entfernungen zum Arbeitsplatz, geänderten und individuelleren Arbeitszeiten sowie geänderten Freizeitverhalten. Trotz großer Anstrengungen zur Stärkung des ÖPNV führte dies in den vergangenen Jahren auch zu einem überproportionalen Anstieg der Motorisierungsrate und zu einer deutlichen Überbelastung der Straßeninfrastruktur, insbesondere im südlichen Teil des Landkreises Dachau.

Intermodales Gesamtverkehrskonzept

Im Zuge eines intermodalen Gesamtverkehrskonzepts versucht der Landkreis, alle Verkehrsträger zu stärken und dabei möglichst viele Personen zu einem Umstieg auf den ÖPNV oder die Erledigung von kurzen Wegen zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu bewegen. Kerninhalte stellen dabei die Schaffung neuer, attraktiverer Busangebote im Nahverkehrsplan so-

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser!

Nicht zuletzt nach dem Dieselurteil steht das Thema nachhaltige Mobilität im Mittelpunkt vieler Diskussionen auf allen politischen Ebenen. Doch was bedeutet für uns überhaupt Mobilität?

Mobil zu sein ist eine Erzungenschaft und ein Kennzeichen unserer modernen Gesellschaft. Der moderne Mensch ist quasi andauernd unterwegs – beruflich oder privat, mit Auto, Zug oder Flugzeug. Aber Mobilität ist nicht nur Überwindung von Raum und Zeit. Mobilität heißt auch Flexibilität, geistige Freiheit und Bereitschaft zur Veränderung – aber auch Begeisterung und Emotionalität – man denke nur an den bekannten Slogan einer Automarke „Freude am Fahren“. All dies ist Voraussetzung, um gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt zu gewährleisten sowie unsere Lebensqualität zu erhalten bzw. auszubauen.

Unsere kommunalen Gebietskörperschaften verstehen sich als Gestalter der Mobilität vor Ort. Bei der Neuausrichtung bzw. Weiterentwicklung unserer Verkehrssysteme ha-



keine Gemeinde, keine Stadt und keinen Landkreis einen Masterplan aus dem Bauchladen.

- Wir brauchen passgenaue Mobilitätskonzepte für Stadt und Land, wobei Stadt nicht gleich Stadt ist und Landgemeinde nicht gleich Landgemeinde. Jede Region hat andere Voraussetzungen und Rahmenbedingungen und braucht „ihre“ individuelle Lösung.
- Was wir unbedingt benötigen: Die „große Politik“ muss einen Pakt mit den Fahrzeug-

herstellern und den großen Verkehrsanbietern schließen, um die übergeordneten Rahmen zu setzen. Die Kommunen brauchen Investitionssicherheit. Gerade in diesem Zusammenhang muss sich die deutsche und bayerische Automobilindustrie ihrer Verantwortung bewusst sein. Hier geht es um eine tragende Säule unseres Wirtschaftsstandortes.

- Fest steht auch: Vollerorts haben die Kommunen bereits vor längerer Zeit damit begonnen, im Bereich nachhaltige Mobilität ihre Ideen umzusetzen und zu investieren.

Fast alle Maßnahmen vor Ort sind mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden. Das bedeutet für Gegenwart und Zukunft, dass wir als Kommunen auch finanzielle Unterstützung vom Staat brauchen. Ohne die wird es nicht gehen.

Diese eben genannten Punkte haben wir als KPV gemeinsam mit dem Arbeitskreis Umweltsicherung und Landesentwicklung sowie bei vielen Fachexperten aus Wirtschaft und Verbänden im Rahmen eines Mobilitätsforums am 7. Mai 2018 ausführlich angesprochen.

Dabei haben wir kreative Lösungsansätze erörtert, auch schon jetzt und heute unsere Mobilität emissionsärmer und effizienter zu gestalten, ohne dass die Menschen bevormundet werden oder qualitative Nachteile auf sich nehmen müssen. Es hat sich aber auch gezeigt, dass es noch große Baustellen gibt und dass nicht alles von heute auf morgen geschehen kann. Den Schalter umlegen und alles ist gut – das funktioniert nicht.

Veränderungen brauchen Zeit und natürlich auch Geld. Wir müssen die Menschen mitnehmen und überzeugen. Übergangsphasen werden nötig sein.

Was für mich besonders wichtig ist und was bei der Veranstaltung auch deutlich wurde: Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit ist bei den unterschiedlichen Akteuren im Mobilitätsbereich vorhanden und alle sind sich trotz verständlicherweise eigener Interessen der Verantwortung bewusst.

In Summe sind wir von politischer Seite aufgerufen, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die zum einen Anreiz bieten für Hersteller, Dienstleister und Konsumenten und zum anderen durch Wettbewerb Innovationen hervorrufen. Eine nachhaltige Mobilität kann nur über einen marktwirtschaftlich geprägten Fortschritt und nicht über Verbotskultur und Stagnation bzw. Rückschritt erreicht werden.

Von kommunaler Seite sind wir bereit, im Rahmen unserer Möglichkeiten die Verkehrswende mitzugestalten – natürlich auch etwas aus Eigeninteresse, denn wer möchte von seiner Kommune künftig nicht behaupten, dass die Einwohner umweltschonender unterwegs sind, als anderswo.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Kommunen: Gestalter der Mobilität

ben sie einen sehr großen Einfluss, z. B. durch Maßnahmen zum Straßenbau, der Verkehrslenkung und -beruhigung, durch Einführung eines intelligenten Parkraummanagements, durch mehr ÖPNV oder eine stärkere Radverkehrsförderung, usw. All diese Maßnahmen beeinflussen die Entscheidungen und Handlungen der Menschen vor Ort.

Wenn es beispielsweise irgendwann in einer Kommune gelingt, sehr gute Alternativen zum eigenen Pkw bereitzustellen, werden die Bewohner evtl. sogar die Abschaffung des eigenen Pkws in Erwägung ziehen. Dies hat natürlich auch Folgen für die Verkehrsmittelwahl im Fernverkehr. Eine Verkehrswende muss daher auch auf kommunaler Ebene eingeleitet werden!

Auf dem Weg hin zu einer emissionsarmen Mobilität stehen für uns als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) aber einige Aspekte unverrückbar fest:

- Wir wollen Mobilität nicht einschränken, weder qualitativ noch quantitativ, sondern gezielt und intelligent weiterentwickeln! Wir wollen keine Fahrverbote!
- Wir wollen die Menschen nicht zwangsweise umerziehen, sondern Anreize setzen und dafür werben, neue Formen der Mobilität zu nutzen.
- Wir wollen kein Gegeneinander von motorisiertem Individualverkehr, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr, sondern die Nutzung je nach Bedarf. Es kommt insgesamt auf die Qualität des Angebotes an.
- Wir wollen, dass der technische Fortschritt hin zu einem emissionsarmen Antrieb und einer digitalen Vernetzung aktiv vorangetrieben und gefördert wird.
- Aus kommunaler Sicht ist Fakt: Es gibt für

wie eine Verbesserung der Radinfrastruktur mit einem Radverkehrskonzept dar, ergänzt durch Maßnahmen zur Intermodalität und der Verlagerung des Autoverkehrs aus den besonders hoch belasteten Bereichen.

Förderung des Radverkehrs

Der Landkreis Dachau als „Auspendler- und Durchpendlerlandkreis“ strebe auf allen möglichen Ebenen und mit verschiedenen Partnern Lösungsoptionen an, die zur Verringerung der Verkehrsbelastung beitragen können, unterstrich Löwl. Grundsätzlich, so gab er den zahlreich erschienenen Gästen mit auf den Weg, könne die Infrastruktur von morgen nicht mit Förderinstrumenten von gestern kombiniert werden.

Radfahren ist ebenso wie zu Fuß gehen gesund, schont die Umwelt und erhöht die Lebens-

qualität in Kommunen. Deswegen fördert die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen (AGFK) in Bayern nach den Worten ihres Vorsitzenden Landrat Matthias Dießl (Fürth) den Radverkehr als wesentliches Element des Umweltverbundes in der Nahmobilität.

Radverkehrsprogramm

Die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK Bayern) ist ein Zusammenschluss von derzeit 61 bayerischen Kommunen mit insgesamt rund 5,2 Millionen Einwohnern, die sich durch ihre Mitgliedschaft in der AGFK Bayern klar zu einer klimaneutralen Verkehrsabwicklung bekennen.

Viele weitere Kommunen befinden sich im Aufnahmeverfahren. Ziel ist es, sich spätestens nach drei Jahren Mitgliedschaft als fahrradfreundliche Kommu-

ne in Bayern zertifizieren zu lassen.

Das neue Radverkehrsprogramm Bayern sieht bis 2025 ein durchgängiges Radverkehrsnetz vor. Dabei soll der Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen in Bayern von gegenwärtig 10 Prozent auf 20 Prozent steigen, berichtet Dießl. Geht es nach den Vorstellungen des AGFK Bayern, soll die kommunale Radverkehrsinfrastruktur abseits von Bundes- und Staatsstraßen stärker gefördert werden und eine Gleichstellung von Radschnellwegen mit Staatsstraßen erfolgen.

Darüber hinaus wird u.a. eine landesweite Kampagne für den Radverkehr gefordert, um Menschen für das Radfahren zu begeistern und eine Verhaltensänderung anzustoßen. Daraus wiederum könnte sich Dießl zufolge eine fahrradfreundliche Mobilitätskultur entwickeln. **DK**

Neuer Asylhelferleitfaden

Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger könnte eine erfolgreiche Integration von Menschen mit Fluchthintergrund nicht stattfinden. Sozial und ehrenamtlich Engagierte tragen maßgeblich zur Verbesserung von Versorgungs-, Betreuungs- und Integrationsaufgaben bei. Die Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Mechthilde Wittmann, MdL hat daher aktuell eine Broschüre aufgelegt, um allen ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit Engagierten eine hilfreiche Orientierung an die Hand zu geben.

Die Broschüre verweist auf viele hilfreiche Links und Publikationen, die auch elektronisch abgerufen werden können. Der Ratgeber soll Hilfe für diejenigen sein, die sich zivilgesellschaftlich oder ehrenamtlich um die Aufnahme und Integration von Menschen mit Fluchthintergrund in Bayern sorgen.

Der Asylhelferleitfaden „Menschen helfen – Asylhelfer!“ kann auf der Homepage der Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung unter http://integrationsbeauftragte.bayern.de/wp-content/uploads/2018/04/Asylleitfaden%20B418_A5_24.04.pdf als PDF heruntergeladen werden.

Die Broschüre kann auch unter integrationsbeauftragte@stmi.bayern.de in Schriftform bestellt werden. Aufgrund der großen Zahl nützlicher Links ist allerdings der Download in elektronischer Form sehr zu empfehlen. **□**

Starke Landkreise – starkes Bayern ...

(Fortsetzung von Seite 1)

dauerhaft an die Landratsämter binden zu können, brauche man auch eine mit der Privatwirtschaft konkurrenzfähige Vergütung sowie bessere Aufstiegsmöglichkeiten. Gute Verwaltungsjuristen würden oft von zahlungskräftigeren Arbeitgebern abgeworben.

In punkto medizinische Versorgung meinte Bernreiter: „In Bayern stehen wir im Krankenhausbereich gut da. Der jährliche Etat wurde letztes Jahr von 503 auf 643 Millionen Euro aufgestockt. Da sich der medizinische Fortschritt aber auch in den Instrumenten und unserer Ausstattung niederschlägt, fordern wir für die nächste Legislaturperiode eine weitere Erhöhung der Fördermittel, um einen Investitionsstau abzuwenden.“

Apropos Finanzen: Der Landkreistagschef sprach sich auch für eine schnelle Anhebung des allgemeinen Steuerverbunds aus: „Wir müssen unsere Aufgaben schließlich auch in Zeiten schultern, wenn die Steuereinnahmen rückläufig sind. Die kommunalen Leistungen müssen bezahlt werden.“ Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund wurde das letzte Mal 2013 um 0,25 Prozentpunkte angehoben. Um die Aufgabenerweiterungen auszugleichen, wäre nun ein weiterer Schritt in Richtung 15 Prozent angemessen. Auch müsse der Kommunalanteil am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund auf 65 Prozent angehoben werden.

Beim Thema Mobilfunk wie-

Argumente der Vernunft ...

(Fortsetzung von Seite 1)

falsch verstandenem Hochwasserschutz und egoistischem Eigennutz zur Landgewinnung seien Flüsse eingemauert und begräbt worden. Diese Sünden der Vergangenheit in den letzten 200 Jahren müssten heutzutage unter großem finanziellem Aufwand korrigiert werden.

In den vergangenen Jahrzehnten sei viel geschehen, um diese Lebensadern zu reaktivieren und zu bewahren – gerade seitens der großen, aber auch der sog. kleinen Wasserkraft, betonte von Hassel und ergänzte: „Für mich persönlich ist nicht einsichtig, dass die öffentliche Hand mit bis zu dreistelligen Millionenbeträgen dringend nötige Querverbauungen in unseren Gebirgsflüssen finanzieren muss wenn dabei kein einziges Kilowatt elektrischer Strom erzeugt werden darf; wo es doch möglich wäre – wenn die Konditionen stimmen würden – diese Verbauungen über den Strompreis zu finanzieren.“

Nutzungsinteressen rund um die Flüsse

„Nutzungsinteressen rund um die Flüsse“ lautete das Thema einer ebenso informativen wie lebendigen Podiumsdiskussion, die das umfangreiche Veranstaltungsprogramm abrundete. Teilnehmer waren Traunsteins Altlandrat und MdL a.D., Dipl.-Ing. Hermann Steinmaßl, Herfried Harreiter, stellvertretender Vorsitzender Verbund Hydro Power GmbH, Dr. Christoph Rapp, Geschäftsführer der Praterkraftwerk GmbH und Dr. Josef Rampl, Geschäftsführer der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern.

In Ausgabe 12/2018 der Bayerischen Gemeindezeitung (Erscheinungsdatum: 21. Juni) wird eine Sonderdokumentation der Tagung veröffentlicht. Unter www.bayerisches-wasserkraftforum.de stehen die Vorträge zum Download bereit. **DK**

derum kommt es laut Bernreiter auf die Mobilfunkanbieter und vor allem deren Willen zum Ausbau an. Diesen Willen könne man freilich nur bei der Frequenzvergabe beflügeln. „Man muss die Ausschreibungen also so gestalten, dass die Mobilfunkanbieter jede Ecke versorgen müssen. Sie müssen sich verbindlich zum flächendeckenden Ausbau bekennen. Hier muss der Freistaat die Haltung der Kommunen beim Bund stärken. 5G ist der Standard der Zukunft. Die Mobilfunknetzbetreiber müssen liefern“, unterstrich der Verbandspräsident.

Standard Glasfaser

„Flächendeckende Breitbandnetze auf Glasfaserbasis bis 2025 sind der Standard, an dem wir die Bayerische Staatsregierung, aber auch den Bund messen werden“, fuhr Bernreiter fort. Digitalisierung als „eines der Schlüsselemente für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land“ bedeute aber nicht nur, die Infrastruktur bereitzustellen und finanziell zu fördern. Erforderlich sei eine gemeinsame Strategie über alle Branchen und Ressorts hinweg. Am Ende müsse jeder Betrieb in der Lage sein, 4.0 nutzen zu können.

Eine Querschnittsaufgabe über

Zeichen setzen mit ...

(Fortsetzung von Seite 1)

der Lehrkräfte und der Zugriff auf geeignete Medien. Das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse bedeute für das Schulwesen: Damit Kinder an allen Schulen in allen Regionen Bayerns gleiche Chancen erhalten, brauche es ein Gesamtkonzept zu IT-Ausstattung und IT-Anwendung an Schulen.

Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen

Der Freistaat muss laut Bayerischem Städtetag dauerhaft die IT-Ausstattung der Schulen und ihren Betrieb mitfinanzieren. Gribl zufolge darf die Finanzierung dieser Zukunftsaufgabe nicht allein den Kommunen aufzuerlegt werden. Die Ausstattung der Schulen mit Informationstechnologie sei eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Der Freistaat stehe in der Pflicht.

Konkret wird erwartet, dass sich Freistaat und Bund angemessen an den Kosten des Investitionsaufwands beteiligen. Darüber hinaus geht es um die laufenden Kosten für den Betrieb und die Systembetreuung der IT-Ausstattung, die Kosten für die Wiederbeschaffung von Geräten und die Aktualisierung der Software. „Ein befristetes Anschubprogramm zur Digitalisierung von Klassenzimmern kann nur ein erster Schritt sein, da die Ausstattung wegen des technologischen Fortschritts und der begrenzten Lebensdauer der Geräte eine Daueraufgabe ist. Die gemeinsame Aufgabe der digitalen Schule bindet Freistaat und Kommunen zusammen. Diese große Aufgabe müssen wir gemeinsam anpacken“, unterstrich der Städtetagschef.

Massiven Verbesserungsbedarf sieht der Städtetag zudem im CSU-Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Die angesetzten 100 Mio. Euro zur dauerhaften Finanzierung reichten nicht, stellte Geschäftsführer Bernd Buckenhofer klar. Der Betrag müsse daher „deutlich“ erhöht werden.

Vor einigen Wochen hatte die CSU-Landtagsfraktion beschlossen, die umstrittenen Straßenausbaubeiträge für Grund-

alle Ebenen stelle auch die Digitalisierung der Verwaltung dar: „Wir wollen eine IT-Lösung aus einem Guss und einen E-Gov-TÜV, der die rechtlichen Hindernisse für die digitale Verwaltung abräumt“, erklärte Bernreiter.

Mit Blick auf die digitale Bildung plädierte er für die Installierung einer bayernweiten „Bayern-Schulcloud“. Mit kräftiger Unterstützung durch den Freistaat sei dies rasch umsetzbar. „Wir definieren dadurch Standards, haben die Daten sicher auf einem eigenen Zentralserver und nutzen die kompetente Betreuung.“

„Mit durchgedrücktem Pedal“ müsse sich der Freistaat auch der Sanierung und Erneuerung von Bundes-, Staats- und Kreisstraßen widmen. Ministerpräsident Söder habe für den Ausbau der Staatsstraßen 20 Millionen Euro mehr angekündigt – aus Bernreiters Sicht „ein guter Anfang“.

„Durchgängige Mobilität erfordert bei uns flexible Lösungen. Unsere bisherigen Erfahrungen zeigen eines ganz klar: Mit Schablonen-Denken kommt der ÖPNV bei uns nicht in Gang“, fuhr der Landkreistagschef fort. Jeder Einzelfall sei anders. Car Sharing, Rufbusssysteme, Mitfahrzentralen und vieles mehr müssten Teil eines bayernweiten Mobilitätspaktes werden.

stückseigentümer und Wohnungsbesitzer rückwirkend zum 1. Januar 2018 abschaffen zu wollen. Bei den Straßenausbaubeiträgen handelt es sich um Geld, das Kommunen von Anwohnern verlangen können, wenn sie Ortsstraßen verbessern oder erneuern. Die Neuregelung sieht vor, dass alle Gebührenbescheide, die bis zum Stichtag verschickt wurden, noch bezahlt werden müssen.

Nachbesserungen sind Buckenhofer zufolge auch bei dem von der CSU angesetzten Zeitpunkt notwendig, ab wann Kosten für kommunale Baumaßnahmen gegenüber dem Freistaat abgerechnet werden können. Im Entwurf sei dies bislang erst nach der ersten Vergabe von Arbeiten möglich. Der Städtetag dagegen würde gerne bereits die Planungsausschreibung ansetzen, da bereits in diesem Schritt etwa für Architekten Kosten entstehen würden.

Schwierigkeiten sieht der Geschäftsführer auch im Umgang mit bereits erfolgten Vorauszahlungen von Anliegern: Man habe Sorge, dass es in einem Teil der Fälle Probleme geben kann. Nicht auszuschließen sei, dass die Abschaffung der als ungerecht empfundenen Straßenausbaubeiträge bei einzelnen Betroffenen neue Ungerechtigkeitsgefühle auslöst. Die Regelungen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge dürften nicht die Illusion wecken, dass der Straßenausbau die Bürger nichts mehr kostet.

Ein klares Signal für mehr bezahlbare Wohnungen hat nach Auffassung des Bayerischen Städtetags die Staatsregierung mit ihrem jüngst beschlossenen Maßnahmenpaket gegeben. Dieses Zeichen sei für die Städte und Gemeinden sowie für deren Wohnungsunternehmen wichtig, weil sie Planungssicherheit für ihre Investitionsentscheidungen für neue Wohnprojekte benötigen. Dafür brauche es planungssichere und auskömmliche Mittel“, so Städtetagschef Gribl.

Kommunale und private Wohnungsunternehmen benötigten Planungssicherheit, wenn sie in den geförderten Mietwohnungsbau investieren. Gribl: „Investitionsentscheidungen für neue Wohnprojekte werden bei-

entscheidend sei, dass nicht wie bisher lediglich „klassische“ Angebote die notwendige Förderung erhalten, sondern auch flexible und alternative. „Ich freue mich, dass die bayernweite Lösung und die Förderung größter Tarifverbände zugesagt wurde. Unser gemeinsames Ziel von Staat und Kommunen sollte sein, dass wir spätestens in fünf Jahren ein bayernweit gültiges Tarifsystem haben“, betonte Bernreiter.

Bayern mit den Kommunen gemeinsam entwickeln

Wie Ministerpräsident Dr. Markus Söder deutlich machte, „funktioniert unser Land nur, wenn wir uns als Einheit verstehen. Die Bürger fragen: Was leistet die Öffentliche Hand für uns? Nicht ob dies vom Bund, vom Land oder von den Kommunen kommt. Ich gebe ein klares Grundbekenntnis: Ich sehe mich in der Verantwortung, mit den Kommunen Bayern zu entwickeln. Geht es den Kommunen gut, geht es dem Land gut.“

Den bayerischen Landkreisen sicherte er umfangreiche Unterstützung zu. In punkto digitale Bildung sagte er zu, über Wartungsfragen sprechen zu wollen. Durch das derzeitige Schulfinanzierungsgesetz müssen die Landkreise in den Schulen für den sogenannten Sachaufwand aufkommen. Da digitale Schule heute neben der technischen Ausstattung vor allem die Aufrechterhaltung und die Wartung der IT-Infrastruktur bedeute, soll gemeinsam ein solides technisches und finanzielles Konzept erarbeitet werden. Darüber hinaus würden Überlegungen zu einer Art „bayerncloud“ angestellt.

Mit Blick auf die durchgängige digitale Verwaltung meinte Ministerpräsident Söder: „Das Einzige, was der Bürger in Zukunft noch analog machen soll, ist heiraten. Ansonsten muss alles digital gehen. Die Zugangsverfahren sollen deswegen mit einer einfachen PIN-Nummer vereinfacht werden. Darüber hinaus stellen wir

reits mehrere Jahre vor dem Bau der Wohnungen getroffen. Zwar wurde mit dem Wohnungspakt Bayern ein starkes Förderprogramm aufgelegt. Hierfür erforderliche Landesmittel wurden aber wiederholt nur etappenweise beschlossen und ausbezahlt. Im Frühjahr 2018 mussten Projekte zurückgestellt werden, weil Fördermittel für den Wohnungsbau bereits ausgeschöpft waren. Diese Unwägbarkeiten hemmen die Investitionsbereitschaft der Wohnungsunternehmen.“

Wohnraumförderung

Die bayerische Wohnraumförderung muss aus Sicht des Bayerischen Städtetags für künftige Herausforderungen weiter ertüchtigt werden. Sie benötige Konstanz für Investitionsentscheidungen der Wohnungswirtschaft, die Fördermittel müssten längerfristig planbar sein. Zudem brauche es Flexibilität, um auf neue Nachfragesituationen wie etwa von kinderreichen Familien oder von Singlehaushalten reagieren zu können.

Gribl zufolge müssen Fördermodalitäten erarbeitet werden, die dem Umstand niedriger Renditefinanzierungsmöglichkeiten durch laufende Mieteinnahmen in ländlichen Räumen Rechnung tragen, um auch dort passenden Wohnraum zu gewährleisten. Neue Förderwege seien erforderlich, um Wohnungen, die aus der Sozialbindung fallen, wieder dem sozialen Mietwohnungsmarkt zuzuführen. Die Verlängerung der Sozialbindung könne auf bestimmten Wohnungsmärkten zur Problemlösung bei-

100 Mio. Euro zur Verfügung.“

Gesprächsbereitschaft signalisierte der Ministerpräsident bei der Frage der Personalausstattung der Landratsämter. Im Rahmen der nächsten Finanzausgleichsverhandlungen will er dieses Thema zu einem zentralen Verhandlungsgegenstand machen. Konkret sei zu prüfen, ob Aufgaben mit dem aktuellen Standard erfüllt werden müssten. Zudem seien Ressourcen zu bündeln – etwa durch zentrale Behörden. Darüber hinaus gehe es in der Tat um zusätzliche Stellen, aber auch um einen finanziellen Ausgleich.

Durchaus wohlwollend reagierten im Rahmen einer Podiumsdiskussion auch CSU-Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer, Dr. Paul Wengert (SPD-Landtagsfraktion), Hubert Aiwanger (Vorsitzender der Landtagsfraktion Freie Wähler) und Ludwig Hartmann (Vorsitzender der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen) auf die Forderungen der bayerischen Landkreise.

Was die verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kräfte leisten müssen und können, damit Europa, Deutschland und Bayern auch in Zukunft gut dastehen, hatten zu Beginn der Landkreistagsversammlung EU-Kommissar Günther H. Oettinger, die Präsidentin des Bayerischen Landtags Barbara Stamm und der Parteienforscher Prof. Dr. Jürgen W. Falter erörtert.

Flammendes Plädoyer für Europa

EU-Kommissar Oettinger ließ die Teilnehmer mit einem flammenden Plädoyer für Europa aufhorchen, das seiner Ansicht nach zuvörderst eine Friedensunion und Wertegemeinschaft darstelle. Gleichwohl wies er darauf hin, dass Deutschland und Bayern vom europäischen Binnenmarkt profitierten. Er verdeutlichte, dass sich die Europäische Union im weltweiten Wettbewerb nur gemeinsam behaupten könne. Zudem müsse Europa sein Augenmerk zu-

tragen, in anderen Wohnungsmärkten aber private Investitionen hemmen.

Nach Darstellung des Verbandsvorsitzenden kann die Gründung der staatlichen Wohnungsbaugesellschaft Bayern-Heim bei entsprechender Mittel- und Personalausstattung eine wichtige Maßnahme sein, um in überhitzten Wohnungsmärkten den Wohnraumbedarf zu decken und in defizitären Wohnungsmärkten barrierefreien, energieeffizienten und für verschiedene Lebenssituationen passenden Wohnraum zu schaffen. Dabei müsse sich die staatliche Wohnungsbaugesellschaft auf staatliche Grundstücke fokussieren. Bis 2025 sollen 10.000 neue Wohnungen entstehen, insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen.

Eine Zusammenarbeit der Bayern-Heim mit kommunalen Gesellschaften könne eine große Chance sein, gemeinsam freiverwendende Flächen, etwa ehemalige Militärfelder und Kasernen, zu entwickeln und Wohnraum für Familien, Staatsbedienstete, Pflegepersonal oder Alleinerziehende zu schaffen. Dabei muss der Freistaat laut Gribl bei allen Grundstücken, die in seinem unmittelbaren oder mittelbaren Besitz sind, prüfen, ob eine Bebauung durch die Bayern-Heim oder eine Abgabe an kommunale oder soziale Wohnungsunternehmen zum geförderten Wohnungsbau möglich ist. „Gemeinsam müssen wir uns beim Bund dafür einsetzen, dass auch die Grundstücke der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben vergünstigt an Kommunen abgegeben werden.“ **DK**

nehmend auf den afrikanischen Kontinent und dessen starker Bevölkerungszunahme richten. Schließlich sei Entwicklungshilfe langfristig günstiger als Zahlungen für Flüchtlingsintegration, Rückführungen oder Schleperbekämpfung zu leisten. Klar sprach sich Oettinger für Grenzkontrollen an den EU-Außengrenzen aus. Hierfür müssten Länder wie etwa Bulgarien allerdings mehr Unterstützung erhalten.

Zusammenhalt und Konsens in der Gesellschaft

Landtagspräsidentin Stamm plädierte ihrerseits für mehr Zusammenhalt und Konsens in der Gesellschaft. Maßgeblich sei auch die Sprache in der politischen Debatte. Zudem müsse es möglich sein, eine Wertedebatte zu führen: „Die Toleranz anderer gegenüber kann von mir nicht abverlangt, dass ich meine Grundwerte aufgeben“, betonte Stamm.

Anhand verschiedener Umfragedaten und Analysen richtete der Politikwissenschaftler Jürgen Falter schließlich sein Augenmerk auf vergangene und künftige Wahlen, den Zustand des Parteiensystems, die Wirkung der Politik auf die Bürger sowie das Vertrauen in die Demokratie. Falter zufolge ist die Parteienlandschaft komplexer geworden. Mit dem Abschmelzen klassischer Milieus verlören die traditionellen Volksparteien an Rückhalt. Somit würden Regierungsbildungen immer diffiziler, der Zwang zu Koalitionen nehme zu.

Notwendige Kompromisse seien die Folge, was wiederum die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung fördere und die AfD entsprechend pushe. Auch Persönlichkeitsfaktoren werden bei Wahlen nach Falters Einschätzung künftig eine immer größere Rolle spielen.

Tatkräftige Unterstützung durch den Freistaat

Die tatkräftige Unterstützung des Freistaats sicherte Kommunalminister Joachim Herrmann den Landkreisen bei einem Festabend in der Fuggerhalle Weißenhorn zu. Er kündigte an, sich ganzheitlich um die Themen „Asyl“ und „Integration“ zu kümmern. Dem Minister geht es dabei insbesondere um folgende Punkte: „Erstens die Zuwanderung begrenzen. Zweitens die Asylsuchenden human unterzubringen und über deren Gesuch rechtsstaatlich schnell zu entscheiden. Drittens diejenigen ohne Schutzgrund konsequent wieder zurückzuführen. Viertens Schutzbedürftige mit dauerhaftem Bleiberecht rasch und umfassend zu integrieren.“

Herrmann zufolge hat der Freistaat Bayern ein bundesweit beispielloses Integrationspaket auf den Weg gebracht. Im Doppelhaushalt 2017/2018 stehen für den Bereich der Integration rund 1,9 Milliarden Euro zur Verfügung, womit unter anderem das Erlernen der deutschen Sprache, Wertevermittlung und Rechtskundeunterricht gefördert und mit einem Teil dieser Mittel auch die Kommunen unterstützt werden.

Um die ehrenamtliche Tätigkeit zu stärken, würden beispielsweise zwischenzeitlich in 73 Landkreisen und kreisfreien Städten Integrationslotsen gefördert. Der Bund habe außerdem zur Entlastung der Kommunen die Kosten der Unterkunft für die arbeitssuchenden anerkannten Asylbewerber (SGB II) übernommen. „Aufgrund unseres Drängens haben wir erreicht, dass im Koalitionsvertrag eine Verlängerung dieser Kostenübernahme bis zum Ende der Legislaturperiode enthalten ist“, hob Herrmann hervor. **DK**

Kommunale Beleuchtung:

Intelligente und vernetzte Lösungen

DStGB-Dokumentation stellt Praxisbeispiele vor

Mehr als ein Drittel des kommunalen Energieverbrauchs entfällt hierzulande auf die Beleuchtung von Straßen, Wegen und öffentlichen Plätzen. Der Betrieb und die Wartung der über neun Millionen Lichtpunkte in deutschen Städten und Gemeinden stellen damit einen erheblichen Kostenfaktor in kommunalen Haushalten dar. Eine energieeffiziente, moderne und wartungsarme öffentliche Beleuchtung bietet Kommunen neben der Möglichkeit, wirksam Klimaschutz zu betreiben, auch enorme Chancen zur Kostenersparnis. Das Einsparpotenzial einer deutschlandweit rundum sanierten öffentlichen Beleuchtung wird auf bis 400 Mio. Euro bzw. 2,2 Mrd. Kilowattstunden jährlich geschätzt.

Mit der Dokumentation „Kommunale Beleuchtung“ gibt der Deutsche Städte- und Gemeindebund Kommunen einen Leitfadens an die Hand, damit diese die zumeist erheblichen Effizienzpotenziale für eine Umrüstung veralteter Beleuchtungstechnik vor Ort identifizieren und heben können. Die Kenntnis der Rahmenbedingungen bei der öffentlichen Beleuchtung, auch in technischer und rechtlicher Hinsicht, ist elementar für eine Modernisierung der kommunalen Beleuchtung. Zudem enthält die Publikation Hinweise auf bestehende Fördermöglichkeiten, die von kommunaler Seite bei Projekten im Beleuchtungsbereich in Anspruch genommen werden können.

Viele Kommunen – einige davon werden mit ihren Projekten beispielhaft in der Dokumentation dargestellt – haben sich bereits entschieden, vor Ort auf eine energieeffiziente LED-Beleuchtung umzustellen. Dies ist ein Schritt, der vor dem Hintergrund kurzer Amortisationszeiten auch wirtschaftlich sinnvoll ist. Nicht nur die Einsparpotenziale und der Klimaschutz sprechen aber für eine Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung. Ein weiterer Mehrwert lässt sich zudem dann erzielen, wenn das Licht auch als Gestaltungselement einsetzt

wird, und zwar sowohl, um Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ein Gefühl von Sicherheit auf Straßen und Wegen zu geben als auch als Element zur Attraktivitätssteigerung von öffentlichen Plätzen, Gebäuden, Brücken etc. in der Kommune.

Ludwigsburg

Beispiel Ludwigsburg: Ein rund 800 Meter langer Rad- und Gehweg zwischen zwei Stadtteilen bereitete der Kreisstadt einiges Kopfzerbrechen. Die bislang dort installierte veraltete Beleuchtungslösung belastete den Haushalt durch hohe Energiekosten. Zudem bot sie lediglich die Optionen „Licht an“ oder „Licht aus“, so dass sich die Energie nur auf Kosten des Sicherheitsgefühls der Nutzer einsparen ließ. Die Lösung: Eine intelligente Wegebeleuchtung, die die Energiekosten durch effiziente LED-Leuchten und eine clevere Sensorsteuerung in doppelter Weise senkt – und dabei gleichzeitig das Sicherheitsempfinden rund um die Uhr stärkt.

Dazu installierte die Stadt Ludwigsburg entlang der Wegstrecke insgesamt 23 Convia LED-Leuchten im Abstand von jeweils etwa 30 Metern. Die Leuchten wurden in ein Lichtmanagementsystem eingebunden und mit einer

GPS-Box, Funkantenne, Funkcontroller sowie Bewegungssensoren ausgestattet. Ein maßgeschneidertes Dimmprofil sorgt dabei für einen minimalen Basis-Energieverbrauch während der Dunkelheit. In der Zeit vom Einsetzen der Abenddämmerung bis 23 Uhr und von 5 Uhr morgens bis zum Sonnenaufgang wird die Anlage mit zehn Prozent ihrer maximalen Leistung gefahren. In den wenig frequentierten Nachtstunden zwischen 23 Uhr und 5 Uhr liegt die Basis-Lichtleistung bei null Prozent. Dennoch bleibt kein Fußgänger oder Radfahrer im Dunkeln: Werden sie von den Sensoren erfasst, erhöht der Lichtpunkt die Leistung sofort auf 90 Prozent.

Gleichzeitig kommuniziert die Leuchte mit ihren „Nachbarn“ und aktiviert jeweils zwei Lichtpunkte vor und hinter ihr. Da jede Convia LED über diese Sensoren und Fähigkeiten zur Kommunikation verfügt, setzt sich das

Licht bedarfsgerecht fort und begleitet die Person auf ihrem Weg. Eine Minute nach Verlassen des Erfassungsbereiches schaltet die Leuchte zurück auf die ortszeitabhängige Ausgangskonfiguration. So spart das neue System im Vergleich zur Altanlage rund 85 Prozent der Energie ein.

Berlin

Beispiel Berlin: Dunkle Ecken gibt es in fast jeder Stadt. Häufig geht es dabei um räumlich begrenzte Bereiche, die aufgrund veralteter Lichttechnologie nur unzureichend beleuchtet werden. Ein gutes Beispiel dafür ist das Areal unter dem Viadukt am Bundesplatz in Berlin. Vor der Sanierung wurde das Gebiet mehr schlecht als recht von ineffizienten konventionellen Langfeldleuchten mit 2 x 58 Watt (T8) beleuchtet. Eine verbesserte Beleuchtungssituation sollte das Sicherheitsempfinden bei den Nutzern steigern, ohne das Haushaltsbudget durch höhere Energiekosten zu belasten. Dazu wurden besonders energieeffiziente TRILUX Cuvia LED-Leuchten in ein intelligentes „Light on Demand“-Beleuchtungskonzept eingebettet.

Das Gesamtsystem besteht aus zwölf Cuvia LED-Leuchten, die im Abstand von 25 Metern platziert und mit einer Gateway-Box, ei-

nem Lichtmanagementsystem, Funkcontrollern sowie Bewegungssensoren kombiniert wurden. Eine Zeitsteuerung dimmt die Beleuchtungsstärke der Anlage von 23 Uhr bis 5 Uhr morgens auf 30 Prozent der maximalen Leistung – während der übrigen Betriebszeiten liegt das Basis-Beleuchtungsniveau bei 80 Prozent. Wird ein Fußgänger, Rad- oder Autofahrer von den Sensoren erfasst, steht das Licht sofort zu 100 Prozent zur Verfügung. Durch die Umstellung auf energieeffizientes Light on Demand sind Einsparungen bei den Energiekosten von bis zu 85 Prozent gegenüber der Altanlage möglich.

Arnsberg

Beispiel Arnsberg: Die Stadt im Sauerland suchte nach einer zukunftsfähigen Außenbeleuchtungslösung für die zentral gelegene Klosterbrücke, die die Altstadt und Neustadt sowie die daran angrenzenden Stadtbereiche verbindet. Die Auswahlkriterien für das Beleuchtungssystem waren hoch: Neben der Beleuchtungsqualität und Energieeffizienz besaß auch das Leuchtedesign einen hohen Stellenwert – es sollte sich harmonisch in das Stadtbild einfügen und den innerstädtischen Raum durch ein attraktives Design auf-

werten. Eine weitere zentrale Anforderung: Arnsberg wollte mit dem System einen großen Schritt in Richtung Smart City gehen und die Möglichkeiten nutzen, die eine vernetzte und intelligente Beleuchtungslösung bietet.

Mit der von TRILUX konzipierten Beleuchtungslösung ließen sich alle Anforderungen vereinen. Arnsberg installierte insgesamt über 100 LED-Leuchten, die per Funk vernetzt sind. Das System ermöglicht eine direkte Online-Kommunikation in Echtzeit mit jedem einzelnen Lichtpunkt auf der Klosterbrücke wurden zwölf ConStela LED-Leuchten installiert, die den Bereich auch tagsüber dank des zeitlos-attraktiven Designs aufwerten, ohne die Brücke zu dominieren. In den angrenzenden Stadtteilen wurden rund 100 TRILUX Viatana Mastaufsatzleuchten verbaut.

Sämtliche Leuchten sind mit einem Controller und einer Antenne ausgestattet und per Funknetzwerk miteinander verbunden. Ein Gateway sammelt die Daten der Leuchten auf einem Server, der über jedes internetfähige Gerät zu erreichen ist. So lässt sich die Straßenbeleuchtung komfortabel über Computer oder Smart Devices von den Büroräumen der Stadt Arnsberg aus fernsteuern. **DK**

Festival „Kronach leuchtet“:

Zauberhafte Bühne der Lichtkunst

Die architektonisch sehenswerte Kronacher Altstadt hat sich auch in diesem Jahr für zehn Tage in eine beeindruckende Bühne der Lichtkunst verwandelt. Weit über 100.000 Besucher flanierten auf der 2,5 Kilometer langen Genuss- und Flaniermeile mit über 80 Lichtpunkten von der Altstadt bis hoch zur Festung Rosenberg und ließen sich beim Festival „Kronach leuchtet“ vom Lichtermeer verzaubern. Initiator ist der regionale Förderverein „Kronach Creativ“, der die Menschen für die Schönheit atmosphärischer Architekturbeleuchtung begeistern will.

„Kronach leuchtet“ ist aber auch Spielwiese für Lichtkünstler. Kleine Gässchen und Innenhöfe, Plätze und unterirdische Gänge bieten viel Raum für Video- und Laserprojektionen, Lichtobjekte und Lichtkunstwerke. Jedes Jahr kommen Studenten für Lichtdesign aus der ganzen Welt nach Kronach und inszenieren innerhalb eines Workshops unter Anleitung bekannter Lichtdesigner verschiedene Bereiche der mittelalterlichen Altstadt und der Festung.

Wohlfühlen, entdecken und staunen

Zu entdecken waren der riesige Kronleuchter „Fallen Chandelier“ von Tilman Küntzel, das aus Kristallen und Glasfaserfäden geflochtene Lichtobjekt „Black Drops and the Organized Chaos“ von Elke Harras und die bereits auf der documenta präsentierte Soundinstallation „When Elephants Fight, It Is The Frogs That Suffer“ von Ben Patterson. Mehrere Kleinkunstbühnen und regionale Gaumenfreuden ergänzen auch heuer die beeindruckende Lichtinszenierung unter dem Motto: „Kronach leuchtet“: Wohlfühlen, entdecken und staunen. **DK**

Neu in diesem Jahr war das Symposium zur Stadtbeleuchtung 4.0 „Licht im Spannungsfeld von Technik & Mensch“. Kurzvorträge mit neuesten Erkenntnissen aus Technik und Wissenschaft zu den Themen „Licht als Kunstform. Installationen als Bereicherung des Nachtstadtbildes“, „Autonomes Fahren bei Valeo. Ein Blick auf den Straßenverkehr der Zukunft“, „Licht und Gesundheit. Wissenschaftliche Hintergründe zur Lichtplanung in der Praxis“, „Architekturbeleuchtung – Im Zeitalter der Lichtkulturutopien“ sowie „Licht für Menschen. Neue Ansätze der Lichtmasterplanung“ gaben Dankanstöße zur zukunftsorientierten Beleuchtung von Städten und Gemeinden.

Auch die Kronach-leuchtet-App mit Audioguide, die den Weg per Smartphone weist, feierte 2018 Premiere. Im Appstore und bei Google-Play verfügbar, zeigte sie Tagesprogramm, Parkplatzhinweise und Hintergrundinformationen zu jedem einzelnen der über 80 Lichtpunkte. Damit wurde eine individuell nutzbare Ergänzung zu den stets beliebter werdenden Lichtführungen geschaffen, die täglich die Flaniermeile mit Zusatzwissen beleuchten. **DK**

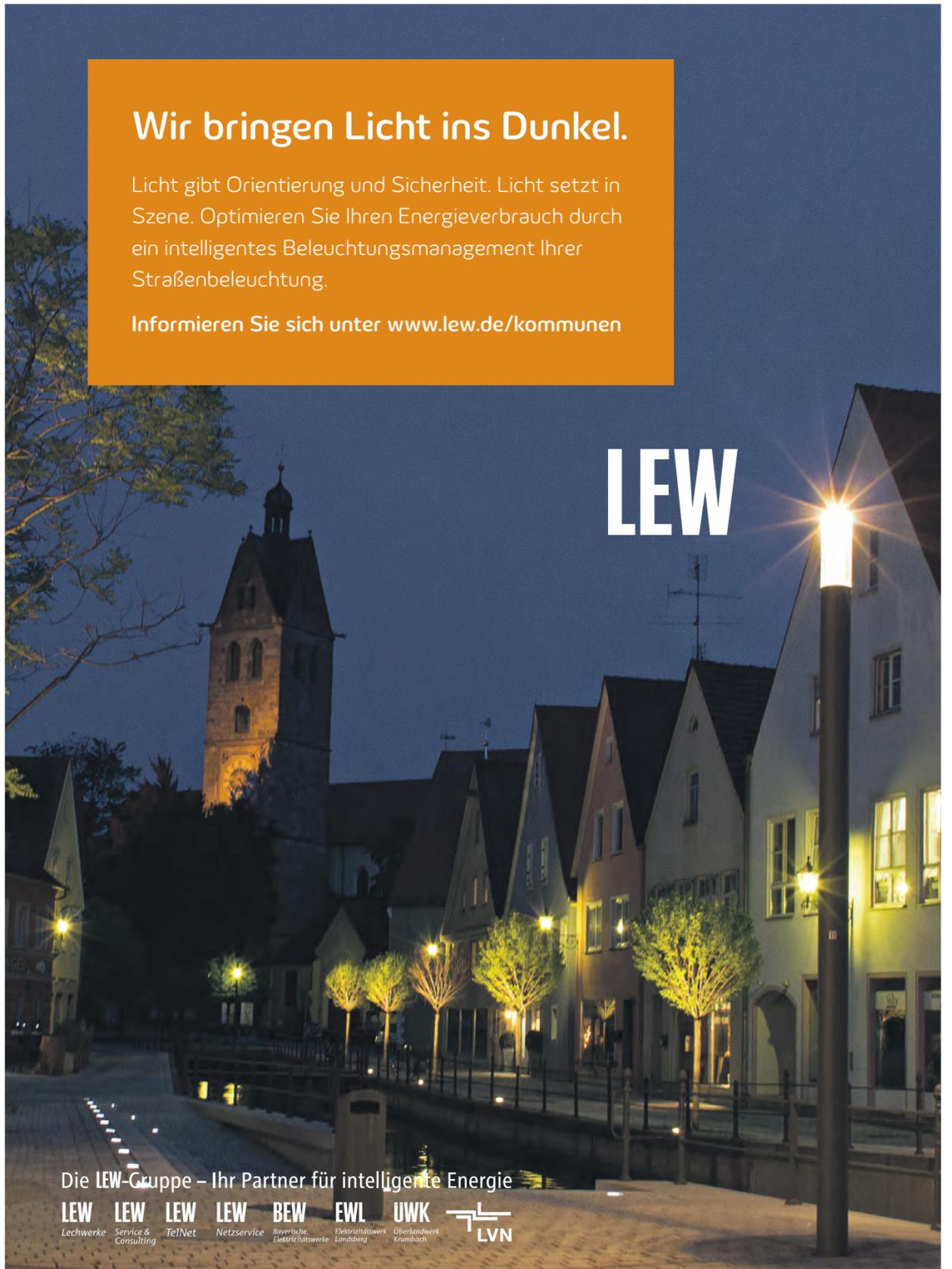
Wir bringen Licht ins Dunkel.

Licht gibt Orientierung und Sicherheit. Licht setzt in Szene. Optimieren Sie Ihren Energieverbrauch durch ein intelligentes Beleuchtungsmanagement Ihrer Straßenbeleuchtung.

Informieren Sie sich unter www.lew.de/kommunen

LEW

Die LEW-Gruppe – Ihr Partner für intelligente Energie





Dank innovativer NFC-Technologie sparen Städte und Gemeinden mit der Tuner4TRONIC Field App Zeit und Kosten. Bild: Osram

Smarte Straßenbeleuchtung:

Osram bringt neue App auf den Markt

Die Einrichtung und Instandhaltung von energieeffizienten LED-Straßenleuchten kann ab sofort mit einem Smartphone durchgeführt werden. Das ermöglicht die neue Tuner4TRONIC Field App von Osram, die zudem auch die Komplexität beim Einsatz moderner LED-Technologie reduziert. „Dank unserer App können Städte und Gemeinden nun Standardleuchten einsetzen, die einfach und schnell an unterschiedliche Anforderungen angepasst werden können, statt viele verschiedene Modelle vorhalten zu müssen. Das spart Zeit und Kosten bei Installation, Wartung, Lagerhaltung und Austausch“, sagte Carlos Rohde, Produktmanager von Osram.

An den Einsatzort anzupassen- de Parameter sind typischerweise die Lichtleistung abhängig vom Straßentyp oder die Veränderung von Dimmzeiten und Dimmniveaus zur Optimierung der Energieeinsparung. Die Dimmfunktion kann zudem für spezielle Anwendungen wie Kreisverkehre und Fußgängerüberwege deaktiviert werden. Welche Features im Feld konfigurierbar sind, wird vom Leuchtenhersteller vorgegeben. Dieser bestimmt auch, innerhalb welcher Grenzen Einstellungen geändert werden können. Dadurch sind der zuverlässige Betrieb und die konstante Leistung einer Leuchte stets sichergestellt.

Mit der mobilen App können LED-Treiber wie die OSRAM OT 1DIM und OT 4DIM NFC LED-Treiber im Feld über Nahfeldkommunikation (Near Field Communication – NFC) programmiert werden – drahtlos und ohne Netzspannung. Die Tuner4TRONIC Field App funktioniert auf jedem NFC-fähigen Smartphone. Für Smartphones ohne NFC-Antenne bietet Osram auch den tragbaren NFC-Scanner (einen Bluetooth-NFC-Adapter) als Alternative.

Weniger eingesetzte Leuchtentypen reduzieren die Wartungszeiten und Lagerhaltungskosten. Mit der App bietet Osram ein umfassendes Portfolio bestehend aus LED-Treibern und Softwaretechnologie an. Dieses ist als ein offenes System jedem zugänglich und bindet Anwender nicht an einen bestimmten Leuchtenhersteller.

Tuner4TRONIC Field App

Mit der Copy-and-Paste-Funktion der Tuner4TRONIC Field App können die Einstellungen einer ausgefallenen Leuchte im Handumdrehen auf eine neue Leuchte übertragen werden. Die Konfiguration der alten Leuchte muss nicht überprüft werden, der gesamte Prozess verläuft offline und Anwender müssen ihre Daten nicht in einer Cloud speichern. NFC bietet einen weiteren Vorteil: Es benötigt keine Netzspannung. Daher kann die Originalkonfiguration eines LED-Treibers mit hoher Wahrscheinlichkeit auch noch nach seinem Ausfall ausgelesen werden. □

Der neue Langmatz basicguide:

Perfektes Signal-Anforderungsgerät für jede Lichtsignalanlage

Blick zurück: Bereits in den 1970er Jahren hatte Langmatz den ersten Blindensignalgeber für Ampelanlagen entwickelt. Weitere innovative Produkte zur Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr aus der Garmisch-Partenkirchener Patentschmiede folgten. Mit dem basicguide EK 524 bringt Langmatz einen neuen Ampeltaster auf den Markt, der viele Anforderungen von kommunalen Planern sowie Signalbaufirmen abdeckt und ein optimales Preis-Leistungs-Verhältnis offeriert.

Der basicguide wurde als Signal-Anforderungsgerät an Ampelanlagen für Fußgänger und Sehbehinderte konzipiert, der auf Grund seiner Bauweise bei jedem Wetter funktioniert und besonders robust gegen Fremdeinwirkung und Vandalismus ist.

Der basicguide EK 524 ist ein Signal-Anforderungsgerät für Fußgänger und Sehbehinderte mit festen Standardeinstellungen. Das Gerät ist allspannungsfähig (20 bis 253 Volt) und damit an jeder Lichtsignalanlage einsetzbar. Zur Bedienung durch den Fußgänger kann zwischen zwei Optionen gewählt werden: Die Anforderung des Signals kann entweder über eine Großflächendrucktaste mit potentialfreiem Mikroschalter oder über einen kapazitiven Sensor mit dynamischem Messprinzip erfolgen. Außerdem ist eine optische Rückmel-

dung mit Blinkfunktion einstellbar. Bei einer Veränderung im Bereich des Sensors, etwa durch eine Eisschicht oder Schmutz, wird dieses durch den Sensor erkannt und selbstständig ausgeregelt. Vorteil: Der sich selbst regelnde Schwingkreis löst keine Daueranforderung aus. Dadurch ist er absolut zuverlässig, vollkommen unabhängig von Witterungseinflüssen und selbst mit Handschuhen bedienbar. Das Gerät verfügt zudem über eine für sehbehinderte Menschen optimal spürbare Freigabe mittels eines gepulsten Vibrators. Durch pulsen des Vibrators werden Fehlinterpretationen ausgeschlossen, die zum Beispiel durch Eigenschwingen des Mastes aufgrund von Verkehrseinflüssen auftreten können.

Der für alle gängigen Mastdurchmesser geeignete Ampel-

Faszinierende Impulse für Stadtgestaltung

Light + Building und Luminale überzeugen mit einzigartigem Produktspektrum und neuen Konzepten

Die Light + Building ist das weltweite Branchenevent Nummer eins: Das bewies wieder einmal äußerst eindrucksvoll die diesjährige Veranstaltung in Frankfurt am Main. Zeitgleich zur Light + Building präsentierte sich die neunte Luminale, Biennale für Lichtkunst und Stadtgestaltung, mit einem neuem Konzept. Die beliebte Publikumsveranstaltung in Frankfurt und Offenbach nahm die Anwesenheit von Experten und Künstlern aus dem In- und Ausland zum Anlass für einen interdisziplinären Diskurs über Stadt und Zukunft.

2.714 Aussteller aus 55 Ländern zeigten auf der Light + Building ihre Weltneuheiten. Ein Schwerpunkt im Produktbereich Licht der Light + Building 2018 war die Präsentation der neuesten Design-Trends im Leuchtenmarkt und der hohen Designkompetenz der Aussteller. Insgesamt präsentierten rund 1.650 Unternehmen ihr Gesamtspektrum rund um das Produktsegment Licht.

Die Hersteller zeigten ihre Neuheiten zu technischen Leuchten und Lampen in unterschiedlichen Variationen und für alle Anwendungen. Daneben wurden technisch designorientierte Leuchten sowie dekorative Leuchten für den Wohn- und Objektbereich in allen Stilrichtungen und Preissegmenten vorgestellt. Abgerundet wurde der Bereich durch eine große Auswahl an lichttechnischen Komponenten und Zubehör sowie Außen- und Straßenleuchten. Namhafte Firmen wie Artemide, iGuzzini, Lumileds, Osram, Philips, Trilux, Vibia Lighting, Zero oder Zumtobel seien stellvertretend für das umfassende Lichtangebot der Light + Building genannt.

Lichtinstallationen und Performances

Auf eine erfolgreiche Festivalwoche blickt auch die Luminale zurück: Projekte, Lichtinstallationen, Performances und Diskussionsrunden lockten rund 240.000 Besucher zu den Spielstätten in Frankfurt und Offenbach. Publikumsmagnet in Frankfurt war der erstmals gestaltete Light Walk mit 35 künstlerischen Arbeiten. Auf einem Spaziergang konnten die Besucher die Innenstadt als große Open-Air-Galerie der Lichtkunst erleben. Dabei gab es Wahrzeichen, Denkmäler, aber auch weniger bekannte Orte zu entdecken.

Mit dem Römer, der Alten Oper, der Europäischen Zentralbank, der St. Katharinenkirche

und dem Eisernen Steg waren gleich fünf der wichtigsten Frankfurter Sehenswürdigkeiten Orte künstlerischer Auseinandersetzung mit Licht und Stadt in vielfältiger Form. Der Römer wurde als begehbare Lichtinstallation inszeniert, ein italienisches Künstlerkollektiv beleuchtete in einer Videomapping-Show die Geschichte der Alten Oper, die erstmalig Spielstätte der Luminale war. Ein Bremer Künstlerkollektiv wiederum verwandelte mit einem Illustrator die Fassade der Europäischen Zentralbank in eine animierte Street-Art-Galerie.

Insgesamt 149 Projekte standen in den fünf Festivalkategorien ART, COMMUNITY, STUDY, SOLUTIONS und BETTER CITY auf dem Programm. Das benachbarte Offenbach, seit 2008 regelmäßiger Austragungsort der Luminale, nahm in diesem Jahr mit 26 Lichtkunstwerken, Ausstellungen, Lesungen und Filmvorführungen teil.

Themenabende

Schwerpunkte der fünf Themenabende waren Umwelt, Architektur, Sicherheit, Menschen und Licht. Wissenschaftler, Künstler, Stadtplaner und Bürger widmeten sich aktuellen Fragen der Stadtentwicklung. Auf dem hochkarätig besetzten Symposium „Städtlich“ diskutierten internationale Experten Potenziale, Bedeutung, Wirkung und die verbindende Kraft von städtischem Licht vor dem Hintergrund weltweit sprunghafter Ausmaße urbaner Entwicklungen.

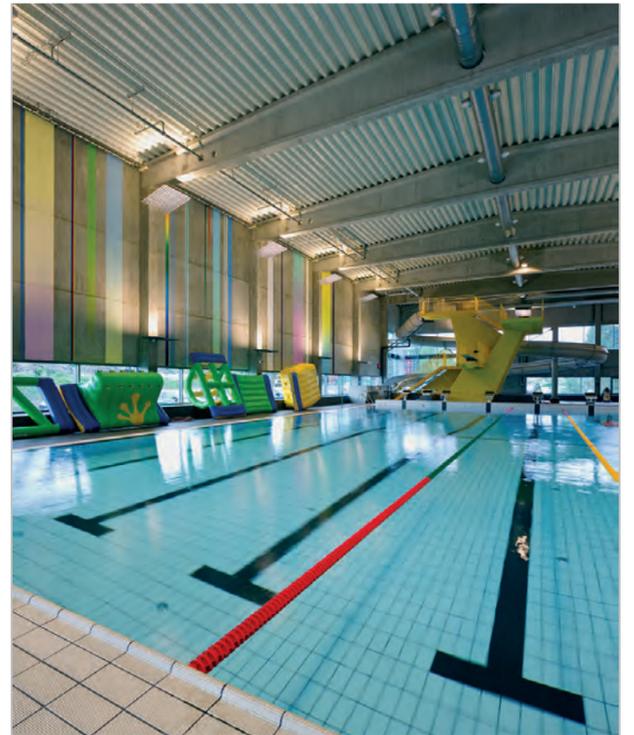
Der Bereich BETTER CITY war jenen Projekten gewidmet, die der Stadt dauerhaft erhalten bleiben und einen Beitrag zur Nachhaltigkeit des gesamten Festivals leisten. Mit der Illumination der Friedberger Warte bleibt die Luminale auch außerhalb der Laufzeit dauerhaft im Stadtraum präsent. Nach der Umgestaltung des Platzes wurde nun auch die Warte selbst mit neuer Beleuchtung inszeniert.

Im Projekt „Licht an“ wurden neun als unsicher wahrgenommene, sog. Dunkelorte in der Hochhaussiedlung am Ben-Gurion-Ring durch unterschiedlichste leuchtende Elemente erhellt. Die Objektgestaltung rund um die Kirche St. Lioba war Ergebnis der verschiedenen Sichtweisen und kreativen Prozesse der im „Bügel“ lebenden Bewohner aller Altersstufen. Sie illustrierte die anstehenden Veränderungen des Erneuerungsprozesses der Siedlung, zu denen mit Unterstützung des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt u. a. auch die nachhaltige Verbesserung der Beleuchtung im Quartier gehört.

Positive Energiebilanz

Auch die Energiebilanz des Festivals dürfte positiv ausgefallen sein. „Wir haben viel Licht ausgemacht, bevor wir Leuchten und Projektoren angeschaltet haben“, bilanzierte Festivaldirektorin Isa Rekkab. „Städtische Einrichtungen, aber auch viele Anlieger haben uns dabei unterstützt, die Beleuchtung von Plätzen und Fassaden während der Luminale zu reduzieren, damit die Kunst besser zur Geltung kommt.“

Für die Luminale 2020 hofft



Spiegel-Werfer-Lösungen sorgen für gleichmäßige Beleuchtung und minimale Reflexion in Schwimmhallen und überzeugen durch ihre Wartungsfreundlichkeit. Mit dem Floodlight 20 LED und den Siteco Mirrortec Reflektoren bietet Osram Lighting Solutions ein perfekt aufeinander abgestimmtes System, das auch anspruchsvollen Umgebungsbedingungen standhält. □

Schwimmhallenbeleuchtung:

Klare Sicht aufs kühle Nass

Spiegel-Werfer-Lösungen von Osram sorgen für gleichmäßige Beleuchtung und minimale Reflexion in Schwimmhallen. Dabei erzeugt ein Strahler ein Lichtbündel, das über einen Umlenkspiegel zerlegt und blendfrei in den Raum zurückgelenkt wird. Mit dem Floodlight 20 LED und den Siteco Mirrortec Reflektoren bietet Osram Lighting Solutions ein perfekt aufeinander abgestimmtes System, das auch anspruchsvollen Umgebungsbedingungen standhält. Gleichzeitig überzeugt es durch eine hohe Wartungsfreundlichkeit, da die Projektoren in der Regel an leicht zugänglichen Stellen montiert werden können.

Die Beleuchtung eines Hallenbades stellt Lichtplaner und Designer vor besondere Herausforderungen. Die ungleichmäßige und halbreflektierende Wasseroberfläche kann Blendung und eine unangenehme Lichtwirkung verursachen. Ziel ist es, eine blendungsfreie Beleuchtung für Sport- und Freizeitbecken zu schaffen, die ein angenehmes Ambiente für Freizeitschwimmer, Training und Wettkampf ermöglicht. Gleichzeitig muss die Lichtlösung energieeffizient und wartungsfreundlich sein sowie den erschwerten Bedingungen durch Spritzwasser und hoher Luftfeuchtigkeit standhalten.

Siteco Mirrortec-System

Die Lösung dafür ist eine indirekte Beleuchtung. Um diese Lichtphilosophie umzusetzen, bietet Osram Lighting Solutions das sogenannte Siteco Mirrortec-System an. Es basiert auf dem Sekundärreflektorprinzip, d.h. ein Projektor emittiert ein Lichtpaket, das über einen Umlenkreflektor blendfrei und mit einer hohen Gleichmäßigkeit zurück in den zu beleuchtenden Raum geworfen wird. Als Projektor dient der LED-Fluter Floodlight 20. Er ist dank der hohen Schutzart IP 66 gegen Luftfeuchtigkeit und Spritzwasser geschützt sowie hinsichtlich Chlorbeständigkeit getestet und zertifiziert. Damit ist er perfekt für die korrosive und feuchte Umgebung in Hallenbädern geeignet und garantiert eine lange Lebensdauer.

Rekkab auf weitere Unterstützer und Sponsoren zur Realisierung des Programms. „Die Luminale braucht weitere starke Partner und eine gesicherte finanzielle Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft.“

Da die Projektoren eines Spiegel-Werfer-Systems in der Regel nicht an der Decke, sondern an den Seitenwänden montiert werden, ist diese Lichtlösung besonders wartungsfreundlich. Wartungsarbeiten können durchgeführt werden, ohne dass der Pool geleert bzw. ein aufwändiges Gerüst montiert werden muss. Ultraflache Facettenpiegel mit patentierter Siteco-Fresnel-Spiegeltechnik dienen als Reflektoren innerhalb des Spiegel-Werfer-Systems.

Projektbeispiel Schwimmhalle in Årnes

2017 wurde im norwegischen Årnes, nordöstlich von Oslo, eine neue Schwimmhalle mit ca. 4.000 m² Grundfläche fertiggestellt. Sie besteht aus einer Haupthalle mit einem 25 Meter langen Schwimmbecken, einem Aktivitäts- und Kinderbecken und einem Sprungturm mit 1, 3 und 5 Metern Ausprunghöhe. Alle Bereiche werden mit Siteco Mirrortec-Systemen, bestehend aus Floodlight 20 LED Flutern in Kombination mit Facetten spiegeln beleuchtet. Alle in Årnes verwendeten Leuchten sind mit DALI-Lichtsteuerungen ausgestattet, die eine effiziente Bedienung sowie eine komfortable und individuelle Lichtsteuerung ermöglichen.

„Die Verwendung von Spiegeln ist aufregend. Sie sorgen für eine gute Allgemeinbeleuchtung und schaffen eine angenehme Atmosphäre. Die eleganten und schlanken Osram-Leuchten wirken dabei ganz dezent und unauffällig“, unterstreicht Leif J. Viken, General Manager des Lichtprojektes bei Myhre Elektro. „Die Komplexität des Gebäudes war eine Herausforderung, aber die Lichtinstallation verlief sehr gut. Wir finden, es ist eine ganz besondere Lösung.“ □

Autarke LED-Außenleuchten für Schweinfurt

CO₂-neutrale Parkplatzbeleuchtung für E-Mobility-Division von ZF

Die E-Mobility-Division des Automobilzulieferers ZF Friedrichshafen lässt ihren Firmenparkplatz in Schweinfurt ausschließlich mit Sonnenenergie beleuchten. Die autarke, solare Leuchte LEDIVA des österreichischen LED-Anbieters LEDON sorgt beim Schichtwechsel für die passende Helligkeit. Das in Schweinfurt realisierte Projekt ist für LEDON ein wichtiger Meilenstein bei der Einführung der neuen Technologie.

ZF Friedrichshafen, einer der weltweit größten Automobilzulieferer, bündelt seine Aktivitäten in der Elektromobilität seit Anfang 2016 in Schweinfurt. Das Unternehmen hatte dort einen Parkplatz zwischen Autobahn, Baggersee und Kleingartensiedlung zu beleuchten.

LEDIVA setzt Maßstäbe

Die Wahl fiel auf die im vergangenen Jahr präsentierte

BEG-Qualitätsranking 2017:

Regionalverkehr in Bayern mit besten Noten seit Einführung des Messsystems

Die Angebotsqualität der bayerischen Regionalzüge verbessert sich kontinuierlich. Das zeigen die Jahreswerte des Qualitätsrankings der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Regional- und S-Bahn-Verkehr im Auftrag des Freistaats plant, finanziert und kontrolliert: www.beg-qualitaetsranking.de.

Die Qualität auf Bayerns Schienen wurde um mehr als neun Punkte besser bewertet als im Vorjahr. Im bayernweiten Durchschnitt erzielten die 28 bewerteten Netze auf einer Skala von -100 bis +100 möglichen Punkten 34,14 Punkte (Jahresranking 2016: 24,75 Punkte). Der Jahreswert bestätigt die positive Entwicklung im gesamten Jahresverlauf. Seit Einführung des Qualitätsmesssystems durch die BEG im Jahr 2008 wurde damit die bisher höchste Durchschnittspunktzahl erreicht. Beurteilt werden unter anderem Qualitätskriterien wie die Sauberkeit der Züge, die Fahrgastinformation und die Serviceorientierung der Eisenbahnverkehrsunternehmen, die im Auftrag der BEG die Netze in Bayern betreiben.

„Die Bewertungskurve für die Qualität der bayerischen Regionalzüge zeigt eindeutig nach oben“, sagt Thomas Prechtel, Geschäftsführer der BEG. „Indem wir die Qualität der Verkehrsleis-

LEDIVA. Die autarke Außenleuchte des österreichischen LED-Anbieters LEDON setzt Maßstäbe: Die Energieversorgung erfolgt autark über monokristalline Solarzellen und eine Lithium-Eisenphosphat-Batterie. Die Photovoltaik-Module sind im Aluminiummast integriert, der durch sein markant dreieckiges Profil besticht. Die Leuchte lässt sich je nach Tageszeit und Umgebungslicht intelligent steuern.

Zur richtigen Zeit punktgenaues Licht aus Sonnenenergie

Das Kommen und Gehen am etwa 6.000 Quadratmeter großen ZF-Parkplatz ist naturgemäß beim Schichtwechsel am stärksten. Daher wurden die 19 LEDIVA-Leuchten so programmiert, dass sie zwischen 4 und 6 sowie zwischen 20 und 22 Uhr den größten Teil ihrer Lichtleistung abgeben. Gleichzeitig werden Energieverbrauch und Lichtverschmutzung zu Zeiten mit geringer Frequenz minimiert.

Neben Funktionalität und Design überzeugte die ZF-Verantwortlichen die zukunftsweisende Idee der neuen Beleuchtungslösung: „Eine Be-

erreicht (2016: 87,25 Punkte, Platz 1). Ein Plus von 16,03 Punkten bringt das Netz Kissinger Stern mit insgesamt 94,36 Punkten auf Platz 2 (2016: 78,33 Punkte, Platz 3). Mit 93,33 erreichten Punkten rückte das Netz Kahlgrund um drei Plätze vor und sicherte sich den Bronzerang. Das Netz legte um weitere 19,70 Punkte zu und bestätigte damit den positiven Trend aus dem Vorjahr (2016: 73,63 Punkte, Platz 6).

Bester Aufsteiger nach Plätzen war das Netz Kneipp-Lechfeld-Bahn. Mit einem Plus von 21,44 Punkten erreichte das Netz insgesamt 28,10 Punkte, machte acht Plätze gut und sicherte sich Platz 12 (2016: 6,66 Punkte, Platz 20). Mehr als 20 Punkte konnte auch das Netz Regio Franken gutmachen. Es wurde 2017 um 26,65 Punkte besser bewertet als im Vorjahr, konnte sich mit insgesamt -18,05 erreichten Punkten aber noch nicht vom letzten Tabellenplatz lösen (2016: -44,70 Punkte, Platz 28).

Insgesamt fünf Netze haben bei den Bewertungen für 2017 schlechter abgeschnitten als im Vorjahr. Darunter war das Netz Alex-Süd der größte Verlierer nach

leuchtung, die komplett ohne Energiezufuhr aus dem Stromnetz und gleichzeitig wartungsfrei über Jahre ihren Dienst versieht, ist für unseren Zweck ideal“, äußert sich ZF-Standortleiter Hans-Jürgen Schneider zufrieden.

Für LEDON-Geschäftsführer Reinhard Weiss ist das Projekt in Schweinfurt ein wichtiger Meilenstein bei der Einführung der neuen Technologie: „Diese Umsetzung zeigt deutlich, dass es nicht um Produkte, sondern um Lösungen geht.“ Über den prominenten Neukunden zeigt sich Weiss erfreut: „Mit ZF haben wir einen Technologiekonzern mit 137.000 Mitarbeitern von der Logik und Qualität unseres Konzepts überzeugen können.“

Klimaneutrale Außenbeleuchtung

Als Mitglied des Klimaneutralitätsbündnisses 2025 in Vorarlberg kompensiert LEDON die gesamten, durch seine Geschäftstätigkeit entstandenen CO₂-Emissionen. Dieses freiwillige Klimaschutz-Engagement gilt auch für Produkte im Bereich der solaren Außenbeleuchtung. Um die CO₂-Neutralität sicherzustellen, wurde für die LEDIVA-Leuchte die Ökobilanz über ihren gesamten Lebenszyklus, von der Herstellung bis zur Entsorgung, ermittelt. So können die verursachten CO₂-Emissionen komplett und nachweislich kompensiert werden.

Weitere Infos: ledon-solar-lighting.com

Punkten. Es wurde um 10,61 Punkte schlechter bewertet als im Vorjahr, verfehlte die Mindestwartungen der BEG knapp mit -1,34 Punkten und landete auf Platz 26 (2016: 9,27 Punkte, Platz 19). Das Netz Berchtesgadener Land Bahn musste 9,81 Punkte abgeben, konnte mit 75,92 Punkten keinen Podestplatz mehr erreichen und besetzt Platz 6 (2016: 85,73 Punkte, Platz 2). Das Netz Main-Saale-Express verlor 7,73 Punkte und rutschte mit 25,46 erreichten Punkten aus den Top Ten auf Platz 14 ab (2016: 33,19 Punkte, Platz 9). Das Netz Alex-Nord musste 5,24 Punkte abgeben und landete mit 11,21 Punkten nur noch auf Platz 22 (2016: 16,45 Punkte, Platz 15). Das Netz Regio Nordostbayern verlor 4,60 Punkte, behauptet sich mit 0,22 erreichten Punkten auf Platz 25 aber noch knapp im Bonusbereich (2016: 4,82 Punkte, Platz 23).

Private und öffentliche Verkehrsunternehmen:

Allianz für saubere Luft im Angebot

Der Landesverband bayerischer Omnibusunternehmen e.V. (LBO) und der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) Landesgruppe Bayern unterstützen die bayerische Staatsregierung bei den Maßnahmen, die Luft in den bayerischen Städten und Gemeinden zu verbessern: Omnibusse leisten einen effektiven Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.

Dr. Ing. Sandra Schnarrenberger, Präsidentin LBO: „Schon heute tragen unsere 1.200 privaten Busunternehmen in Bayern zur Luftreinhaltung bei. Wir können und wollen unseren Anteil am Verkehr weiter erhöhen, brauchen aber auch mehr finanzielle Unterstützung. In Stadt und Land besteht gleichermaßen Handlungsbedarf, um den umweltfreundlichen Busverkehr zu fördern.“

Solidarische Finanzierung

Der Vorsitzende der Landesgruppe Bayern im VDV, Dr. Robert Frank, teilt diese Einschätzung: „Busse und Bahnen bündeln die Verkehrsströme, vermeiden Individualverkehr und schonen die Ressourcen – wir stehen bereit, noch mehr Fahrgäste vom Auto für den Umstieg in den öffentlichen Nahverkehr zu gewinnen, dafür brauchen wir mehr Investitionen und höhere Fördergelder.“

VDV und LBO begrüßen die solidarische Finanzierung des ÖPNV in Bayern: „Wir danken der bayerischen Staatsregierung für die im letzten Jahr beschlossene Erhöhung der ÖPNV-Zuweisungen für die Städte und Landkreise, ein starkes Signal pro ÖPNV, das nun durch eine Ausweitung der Fahrzeugförderung flankiert werden sollte.“

Busflotten im Visier

Der Freistaat Bayern fördert die Neubeschaffung von modernen Bussen mit insgesamt 30 Millionen Euro pro Jahr. VDV und LBO regen nun eine Verdoppelung der Mittel auf 60 Millionen Euro pro Jahr an: „Eine schnelle Erneuerung der privaten und öffentlichen Busflotten auf moderne EURO 6 Motoren ist der kürzeste Weg zu sauberer Luft, nicht nur in den Großstädten, sondern auch in der Region“, so Schnarrenberger

ger und Frank gemeinsam. Dieses gilt aber auch sinngemäß für die Förderung von Fahrzeugen für den U- und Straßenbahnbetrieb, die in den großen Ballungsräumen wie München und Nürnberg das Rückgrat im ÖPNV bilden. Hier kommen teilweise noch Fahrzeuge zum Einsatz, die rund 40 Jahre alt sind.

Minimale Abgaswerte beim Euro 6 Motor

Eine kurzfristige Umstellung der Busflotten auf Elektro-Antrieb ist weder technisch sinnvoll, noch wirtschaftlich machbar. Der Euro 6 Motor neuester Bauart ist hingegen sofort verfügbar, zeichnet sich durch minimale Abgaswerte aus und ist außerordentlich wirtschaftlich.

Das im Vergleich zum Kauf von sehr teuren E-Bussen gesparte Geld kann zudem sofort für eine Erweiterung der kommunalen und privaten Busflotten genutzt werden: Durch eine solche Kapazitätserweiterung gerade in der Hauptverkehrszeit kann der Anteil an Fahrgästen im ÖPNV zeitnah erhöht werden, die Luftbelastung durch verringerte Pkw-Fahrten wird dadurch noch weiter reduziert.

Gegen Fahrverbote

Alternative Antriebe wie der E-Bus sollten nach Auffassung von VDV und LBO durch separate Förderprogramme unterstützt und vorangetrieben werden, mittelfristig können so dann die Busflotten sukzessive umgestellt werden.

Fahrverbote für Pkw, Bus oder Lkw sind auch nach Ansicht von LBO und VDV kein empfehlenswerter Ansatz: „Wir wollen die Menschen nicht durch Verbote am Autofahren hindern, sondern durch ein verbessertes und erweitertes Angebot im ÖPNV für Bus und Bahn gewinnen. Davon profitieren Mensch und Umwelt zugleich!“



Langmatz

Wollen Sie das Abschalten Ihrer LED Straßenbeleuchtung den Naturgewalten überlassen?

Sichern - Steuern - Beleuchten mit Langmatz

www.langmatz.de

Internationales Logistik-Know-how - 10. Staatsempfang auf Schloss Herrenchiemsee:

Bayern ist Verkehrsdrehscheibe in Europa

„Aufgrund des hervorragenden Standortes und der gut ausgebauten Straßen- und Schieneninfrastruktur ist die Logistik ein wesentlicher Treiber für die wirtschaftlichen Erfolge in Bayern.“ Damit hob die Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, Ilse Aigner, die bayerische Logistikkompetenz hervor. Logistik habe aufgrund der dynamischen Wirtschaft mit internationalen Beziehungen und der Bedeutung Bayerns als Verkehrsdrehscheibe in Europa eine grenzüberschreitende Dimension, erläuterte sie vor rund 350 geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie folgten der Einladung der Bayerischen Staatsministerin zum Staatsempfang in den Spiegelsaal des Schlosses Herrenchiemsee. 200 Jahre Verfassungsstaat Bayern, 100 Jahre Freistaat Bayern, 20 Jahre Logistik-Kompetenz-Zentrum (LKZ) Prien und das 10. Symposium Logistik Innovativ – gleich vier Jubiläen wurden gefeiert.

Ein großes Anliegen sei die weitere Verkehrsverlagerung von Transporten auf umweltfreundliche Verkehrsträger. Die optimierte Vernetzung zwischen den Verkehrsträgern stehe ganz oben auf der Agenda der bayerischen Verkehrspolitik, sagte Aigner. „Innovative Ansätze wie beispielsweise Umschlagsysteme für nicht kranbare Sattelhänger, NIKRASA, oder die Entwicklung eines universell einsetzbaren Sattelhängers im Projekt Future Trailer for road and rail hat die Staatsregierung daher gefördert.“ Weitere innovative Projekte im kombinierten Verkehr sollen folgen, kündigte Aigner an.

Logistik als Schlüssel für neue Innovationen

„Ein wesentlicher Treiber der Logistik ist die zunehmende weltweite Globalisierung. Deshalb darf es im heutigen digitalen Zeitalter nicht bei autarken Inselösungen in einzelnen logistischen Teilbereichen bleiben“, sagte Karl Fischer, Geschäftsführer LKZ Prien GmbH. „Vielmehr müssten die einzelnen Bereiche und deren Kompetenzen

gebündelt und vernetzt und an einem runden Tisch zusammengebracht werden. Nur so könnten vorhandene Potenziale ausgeschöpft werden. Denn Logistik beeinflusst nahezu alle Branchen – zum Beispiel auch den Rettungsdienst und die Krankenhauslogistik – und ist der Schlüssel für neue Innovationen, fasste Fischer zusammen. Logistik werde auch in Zukunft „Innovations-Treiber“ und Schnittstelle zwischen den verschiedenen Branchen sein und damit neue gesamtheitliche Strukturen, Synergien und Innovationen bis hin zu neuen Denkmustern branchenübergreifend schaffen.

20 Jahre Logistik-Kompetenz-Zentrum – ein europaweit einmaliges Erfolgsmodell

Im Rahmen des Staatsempfangs wurde das 20-jährige Bestehen des Logistik-Kompetenz-Zentrums (LKZ) Prien gefeiert. Bereits 1998 haben intelligente Köpfe vorausgedacht und die Idee eines Logistik-Kompetenz-Zentrums (kurz: LKZ) als Innovationszentrum für Logistik und Verkehr in Prien am Chiemsee vorangetrieben. Durch

Weitsicht der damaligen Protagonisten und „Gründerväter“ wurde ein Zentrum für interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Politik, Wissenschaft & Wirtschaft geschaffen.

Zwei Jahrzehnte Priener Logistik-Kompetenz-Zentrum, kurz LKZ, das bedeutet 80 Mitarbeiter, 15 Unternehmen unter einem Dach, 25 Millionen Euro Umsatz im Jahr, jährlich rund 2.000 Besucher aus aller Welt, über 30 namhafte Netzwerkpartner.

Das 10. Symposium Logis-

tschlüsse zu GVFG und Luftreinhaltung:

Lob und Zustimmung vom VDV

Das Bundeskabinett hat vor kurzem die Änderung des Grundgesetzes beschlossen, um den Weg für die Erhöhung und Dynamisierung der Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) frei zu machen. Zudem haben sich die Verkehrsminister und -senatoren der Länder unter anderem dafür ausgesprochen, Städte und Kommunen finanziell zu fördern, um Anreize zur Verbesserung der Luftqualität zu schaffen. Beide Beschlüsse werden vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) nach eigener Aussage ausdrücklich befürwortet.

„Wir begrüßen es sehr, dass die neue Bundesregierung so schnell mit der Umsetzung der im Koalitionsvertrag verabredeten Erhöhung der Mittel für das GVFG begonnen hat“, betonte VDV-Präsident Jürgen Fenske. „Für die Verkehrsunternehmen, Städte und Kommunen sind diese Mittel entscheidend für dringende Investitionen in Neu- und Ausbaumaßnahmen im Nahverkehr. Zugleich ist die Anhebung der GVFG-Mittel ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des ÖPNV, um die Ziele der Bundesregierung für Klimaschutz und Luftreinhaltung im Verkehrssektor zu erreichen.“

Das GVFG-Bundesprogramm soll bis zum Jahr 2021 auf jährlich 1 Milliarde Euro erhöht und danach dynamisiert werden. Voraussetzung für die Erhöhung der GVFG-Mittel ist eine Änderung des Artikels 125c im Grundgesetz. Die erst im Juli 2017 neu angefügte „Versteinerungsklausel“, die eine GVFG-Erhöpfung erst ab 2025 zulässig macht, muss dafür gestrichen werden. Fenske zufolge hofft der VDV, dass Bundestag und Bundesrat dieser Gesetzesänderung zustimmen und im nächsten Schritt zügig die neue Mittelhöhe im GVFG festschreiben. Die Branche benötige Planungssicherheit für Investitionen in Neu- und Ausbauprojekten, die in der Regel einen langen Planungs- und Genehmigungsvorlauf haben. „Denn am Ende können wir nur mit einer deutlichen Angebots- und Qualitätssteigerung im ÖPNV, die Menschen vom Umstieg auf Busse und Bahnen überzeugen“, so der Präsident.

Erarbeitung von Vorschlägen

Nach Auffassung des Verbandes muss darüber hinaus die standardisierte Bewertung zur Nutzen-Kosten-Betrachtung für Vorhaben nach dem GVFG angepasst werden. „Die Faktoren Umwelt, Klimaschutz und Luftreinhaltung müssen besser bewertet werden, wenn der ÖPNV gerade in den Ballungsräumen ausgebaut werden soll. Der VDV wird dem Bund dazu im 2. Halbjahr konkrete Vorschläge unterbreiten“, hob Fenske hervor.

Wie er weiter ausführte, zeige der Beschluss der Verkehrsministerkonferenz zur Luftreinhaltung, dass mit Blick auf die verkehrlichen Herausforderungen in den Kommunen Unterstützung durch den Bund erforderlich ist, fahren doch 80 Prozent der Fahrgäste im öffentlichen Verkehr in-

novativ steht dieses Jahr für das europäische Förderprojekt „Alpine Innovation of Combined Transport“ (AlpInnoCT). Das vorrangige Ziel von AlpInnoCT ist es, praxisorientierte Lösungsansätze zu erarbeiten, um sowohl die Effizienz als auch die Produktivität des kombinierten Verkehrs zu steigern.

Die ersten Zwischenergebnisse des Projektes wurden in Form eines sogenannten Dialogue-Events und einer Midterm Konferenz mit rund 120 Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Bevölkerung weiterentwickelt. Mit rund 40 hochkarätigen Referenten wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen Lösungen für einen reibungslosen Intermodaltransport erarbeitet. □

Gleichwertige Lebensverhältnisse:

Vorfahrt für Verkehrsinfrastruktur und Mobilität

„Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur und ein hochentwickeltes Mobilitätssystem sind wesentliche Bestandteile gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, kommentiert Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, den Bericht der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, der auch bei der öffentlichen Vortragsveranstaltung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum vorgestellt und anschließend diskutiert wurde.

Nachdem Anfang 2014 das Fördern gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen zum Staatsziel erhoben worden war, beschloss der Bayerische Landtag am 1. Juli 2014, eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern“ einzusetzen. Im Januar 2018 veröffentlichte diese Enquete-Kommission den Abschlussbericht ihrer Arbeit.

Verbindung der Regionen

Die Verkehrsinfrastruktur und die Mobilität übernehmen eine Doppelrolle im Hinblick auf das neue Staatsziel, so Schmid: „Sie sind einerseits wesentliche regionale Bestandteile gleichwertiger Lebensverhältnisse. Sie verbinden andererseits Regionen untereinander und Stadt und Land miteinander. So gleichen sie bestehende Unterschiede bei der Ausstattung mit regionalen Infrastruktureinrichtungen aus.“

Das Projekt Bayern Mobilität 2030 des Bayerische Bauindustrieverbandes stellt die besondere Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur für die Verwirklichung gleichwertiger Lebensverhältnisse heraus. „Die Ergebnisse der Enquete-Kommission bestätigen uns in unserem Einsatz für ein modernes Mobilitätssystem und eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur.“ so Schmid abschließend. □

Neuer Nürnberger U-Bahn-Zug nimmt Gestalt an

Ende 2018 treffen die ersten von 21 neuen U-Bahn-Zügen des Typs G1 in Nürnberg ein. Vor kurzem nahm das erste Fahrzeug deutlich Gestalt an.

Für Laien ist es ein profaner Akt. Fahrzeugkopf und Wagenkasten werden zusammengefügt. Wer weiß, wie lange alle Beteiligten darauf hinarbeiten, versteht deren Freude. Erstmals ist das Fahrzeug in seiner Gesamtheit zu sehen. Im Vergleich zur Papier- oder Computerversion ist das definitiv etwas anderes. „Nach über fünf Jahren, seit dem Start des Projektes, steht das Fahrzeug sichtbar in der Halle. Klar, es folgen zahlreiche weitere Produktionsschritte, wie der gesamte Innenausbau, und viele Stationen bis zur ersten Fahrt im Betrieb, aber das Zusammenführen des Fahrzeugkopfes mit dem Wagenkasten beim ersten Fahrzeug ist besonders, gibt sie dem Fahrzeug doch erstmals sein markantes Aussehen“, erzählt Bernd Meier-Alt, der bei der VAG das Projektteam G1 leitet.

Designlinie

Prägnant ist der Fahrzeugkopf des G1, der durch die abgeschrägte Front erheblich dynamischer und dank der großen Frontscheibe gleichzeitig transparenter wirkt. Die gesamte Designlinie entspricht dem Gesamtkonzept für neue Busse und modernisierte Straßenbahnen. Wenige Farben und klare Linien zeichnen das neue Design aus. Die VAG-Hausfarbe Rot setzt auch beim Fahrzeugkopf die Akzente, wirkt modern und freundlich. Das Fahrzeugdesign wurde auf der Grundlage einer Designstudie in Zusammenarbeit mit dem Münchner Büro ergon3Design ausgearbeitet.

Neue U-Bahn-Züge für Nürnberg

Nach rund 40 Dienstjahren ersetzt die VAG alle 42 U-Bahn-Züge der Baureihe DT1 durch 21 vierteilige Gliederzüge, die ab Mitte 2019 nach und nach auf der U1 zum Einsatz kommen werden. Der G1 hat etwa die Länge von zwei gekuppelten Doppeltriebwagen. „Ausschlaggebend für den G1 war der geringere Anschaffungspreis ge-

genüber den Doppeltriebwagen. So kann auf zwei Fahrerstände und zwei sogenannte Hilfsbetriebeumrichter, die die Nebenaggregate mit elektrischer Energie versorgen, verzichtet werden. Das ist gut fürs Gewicht, das im Vergleich zu den gekuppelten Doppeltriebwagen geringer ist. Im Ergebnis verbraucht der G1 deshalb weniger Energie beim Fahren. Zudem gibt es mehr Platz für Fahrgäste und das subjektive Sicherheitsgefühl ist höher, weil der Zug von vorne bis hinten durchgängig ist“, erläutert Bernd Meier-Alt. Mit seinen Kollegen überwacht er den Bau der Züge bei Siemens.

Die einzelnen Komponenten des neuen Nürnberger U-Bahn-Zuges werden weit verteilt hergestellt. In Wien werden die Wagenkästen gebaut und erfolgt die Montage, in Graz werden die Fahrwerke und in Nürnberg die Motoren gefertigt. Der Siemensstandort Wien ist einer der weltweit größten Fertigungsstandorte für U-Bahnen, Straßenbahnen, People Mover und Reisezugwagen. Dort gibt es auch die modernste robotergesteuerte Lackieranlage Europas, die auch der G1 durchlaufen hat.

Kraftakt Finanzierung

Rund 164 Millionen Euro kosten die 21 U-Bahnen inklusive der zusätzlich benötigten Technik, wie zum Beispiel Funkanlage und Zugsicherungssystem. Der Freistaat Bayern beteiligt sich mit einer Förderung von 21,6 Millionen Euro, also mit rund 13 Prozent. Für die U-Bahnen des Typs DT3 gab es vor zehn Jahren noch 50 Prozent als Zuschuss. Ihren Anteil finanziert die VAG über Banken. Der Vertrag mit Siemens enthält zwei Optionen auf weitere 13 Fahrzeuge. Der Stückpreis läge deutlich unter dem des Basisauftrags, in dem Einmalkosten wie die Konstruktionskosten enthalten sind. Deshalb hofft die VAG, dass sie diese Investition stemmen kann, am besten mit hoher Förderung. □

Schienausbauprojekt München-Mühldorf-Freilassing/Burghausen:

Bayern setzt auf Digitalisierung

Der Freistaat will die Planungen für das Schienausbauprojekt München-Mühldorf-Freilassing-/Burghausen schneller voranbringen und zugleich freier gestaltet. Bayerns Bau- und Verkehrsministerin Ilse Aigner hat deshalb dem Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG für den Freistaat Bayern, Klaus-Dieter Josel, einen Förderbescheid in Höhe von 500.000 Euro überreicht, damit die DB bereits für die laufenden Planungen die digitale Planungsmethode „BIM“ einsetzen kann.

„Wir setzen beim Infrastrukturausbau verstärkt auf die Möglichkeiten der Digitalisierung“, erläuterte Aigner. Mit unserer Förderung ermöglichen wir, dass die Deutsche Bahn den so wichtigen Bahnausbau Richtung Bayerisches Chemiedreieck und Salzburg noch weiter forcieren kann. Das gibt einen weiteren Schub.“

Hoffnung auf kostendämmende Effekte

Der Einsatz von BIM (Building Information Modeling) beim sog. Ausbauprojekt ABS 38 ist ein Ergebnis der Task Force zur Beschleunigung des Streckenausbaus. Diese war von der Staatsregierung beim Bahnpfahl Ende 2016 gemeinsam mit der Deutschen Bahn vereinbart worden. Bahn und Freistaat erhoffen sich neben einer Projektbeschleunigung auch kostendämmende Effekte.

Auch die vom Streckenausbau betroffenen Bürger sollen davon profitieren, weil durch die von BIM erstellten 3D-Visualisierungen besonders interessante Bahnhöfe, Brückenbauwerke, Kreuzungs- oder Gleisanlagen wirklichkeitstreu und realistisch dargestellt werden können. „BIM steht für mehr Transparenz, Offenheit und Kooperation mit allen Beteiligten“, betonte Aigner.

Zentraler Bestandteil von BIM sind 3D-Visualisierungen des Projekts. Im weiteren Planungsverlauf können diese dreidimensional dargestellten Planungsvarianten mit den Faktoren Zeit und Kosten verknüpft werden, so dass auf diese Weise fünfdimensionale Modelle entstehen. Das erst ermöglicht, unterschiedliche Planungsvarianten zu simulieren und miteinander zu vergleichen, wodurch Bauphasen und Bauzeiten optimiert und dadurch Kosten reduziert werden können.

Die Anwendung der BIM-Methode ist vom Bund erst ab 2020 für Großprojekte im Eisenbahnbereich verbindlich vorgeschrieben. Sie wird derzeit bundesweit bei 13 DB-Netzbaumaßnahmen getestet und vom Bund gefördert – in Bayern beim Ausbau zwischen Bamberg und Breitengüßbach im Rahmen des Verkehrsprojekts Deutsche Einheit Nr. 8.

Die aktuellen Planungen bei der ABS 38 wären noch ohne den Einsatz von BIM erfolgt, hätte sich der Freistaat jetzt nicht für dieses eigene Pilotprojekt entschieden. „Wir werden davon profitieren“, so Aigner. „Denn wir gewinnen auch Erkenntnisse für kleinere Ausbaumaßnahmen und für künftige S-Bahn-Maßnahmen, für die der Freistaat mit zuständig ist.“ □



Vernetzung von Unternehmen und Kommunen beim Mobilitätskongress (v.l.): Dr.-Ing. Werner Enser, Geschäftsführer des CNA e.V., Dr. Michael Fraas, Wirtschaftsreferent der Stadt Nürnberg und Geschäftsführer Forum Wirtschaft und Infrastruktur, Tim Dahlmann-Resing, Vorstand Technik und Marketing VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg (hinten), Dr. Christa Standecker, Geschäftsführerin Metropolregion Nürnberg, Markus Löttsch, Hauptgeschäftsführer IHK Nürnberg für Mittelfranken und fachl. Sprecher des Forum Wirtschaft und Infrastruktur, Prof. Dr.-Ing. Harald Kipke, Technische Hochschule Nürnberg, Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Andreas Starke, Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg und Oberbürgermeister der Stadt Bamberg, Josef Hasler, Vorsitzender des Vorstandes der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft und der N-ERGIE Aktiengesellschaft, Dr. Michael Hupe, Geschäftsführer Flughafen Nürnberg GmbH und fachl. Sprecher des Forum für Verkehr und Planung, Dr. Peter Pluschke, Umweltreferent Stadt Nürnberg und Geschäftsführer Forum Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung, Günter Finzel, Stadt Bayreuth und Geschäftsführer Forum für Verkehr und Planung. □

[Mobilitätskongress der Metropolregion Nürnberg:](#)

Fokus auf Vernetzung und Wissenstransfer

Mobilität wird sich in den kommenden Jahren massiv wandeln. Um diesen Wandel aktiv mitzugestalten, waren Vertreter aus Politik, Unternehmen und Wissenschaft zu einem Mobilitätskongress in der IHK Mittelfranken zusammengelassen. „Der Mobilitätskongress soll für Aufbruchsstimmung in der Region sorgen“, sagte der Ratsvorsitzende der Metropolregion und Oberbürgermeister der Stadt Bamberg, Andreas Starke, bei der Begrüßung der Teilnehmer. „In den Bereichen Intelligente Mobilität und Nachhaltige Energiesysteme sind wir in der Metropolregion bereits gut aufgestellt. Die Herausforderung bleibt jedoch, die Innovationen metropolregionsweit auf die Straßen und Schienen zu bringen. Gemeinsam können wir die Metropolregion zum Experimentierraum für Mobilität entwickeln.“

Rund 250 Teilnehmer aus Kommunen und Unternehmen sind zusammengelassen, um Potentiale und Chancen des Mobilitätswandels zu diskutieren und sich auszutauschen. Denn im Alleingang können weder Unternehmen noch Kommunen den Wandel gestalten. Gemeinsam jedoch ergeben die technischen Möglichkeiten und das Wissen der Unternehmen mit den infrastrukturellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen der 11 Städte und 23 Landkreise der Metropolregion Nürnberg gute Grundvoraussetzungen.

Den Einstieg ins Thema gab eine Podiumsdiskussion, die den Status Quo und die Herausforderungen des Mobilitätswandels für Politik und Wirtschaft zusammenfasste. Auch die Rolle des öffentlichen Nahverkehrs in der Metropolregion, der Technologie-Wettlauf der Unternehmen und der Beitrag der Wissenschaft wurden aufgegriffen. Nach der Podiumsdiskussion teilten sich die Gäste in vier Fachpanels zu den Themen Intermodaler Verkehr, Neue Fahrzeugkonzepte und Infrastruktur, Nachhaltigkeit und Digitalisierung auf.

ÖPNV, E-Mobilität, Car-Sharing oder Umstieg aufs Rad? Fortbewegungsmittel gibt es viele und bei der Frage, welcher Lösungsansatz den verkehrspolitischen Herausforderungen im Spannungsfeld von Klimaschutz, Stadt- und Raumverträglichkeit, Effizienz und Wirtschaftlichkeit am Ehesten gerecht wird, scheiden sich die Geister. Einig sind sich die Referenten des Panels jedoch, dass die bessere Vernetzung der Verkehrsträger (Stichwort: Intermodalität) zukunftsweisend ist. Das Ziel besteht darin, das vorhandene Mobilitätsangebot so miteinander zu verknüpfen, dass möglichst wenige Brüche in der Mobilitätsket-

te entstehen. Dies gelingt durch eine engere partnerschaftliche Zusammenarbeit der Verkehrsträger und Verkehrsunternehmen. Smartphones werden dabei zu Navigationsgeräten der Mobilität, indem sie die Angebote der Verkehrsträger verbinden.

Der VGN setzt hier mit dem Pilotprojekt „P+R 4.0“ an, das Park- und Fahrplaninformationen in Echtzeit erzeugt und diese Informationen über Infoanzeigen, eine App und über Navigationsgeräte Autofahrern zur Verfügung stellen soll.

Neue Fahrzeugkonzepte und Infrastruktur

Immer mehr Menschen zieht es in die Städte – und mit ihnen auch eine steigende Zahl an Autos. Das führt zu schlechterer Luftqualität und verstopften Innenstädten. Ein Trend, der sich in Zukunft noch verstärken wird. Eine Möglichkeit, dem entgegenzuwirken, ist das Verkehrsmittel Fahrrad für den Nutzer attraktiver zu machen. Dies ist sowohl durch die technische Aufwertung und Weiterentwicklung möglich (Pedelec) als auch durch Investitionen in die Fahrrad-Infrastruktur – wie z.B. durch den Ausbau von Radwegen, Radschnellwegen, den Bau von Fahrradparkhäusern an Verkehrsknotenpunkten, Ladestationen für Pedelecs oder durch besseren Zugang zu Leihrad-Systemen. In der Region ist zum Beispiel der Bau von Radschnellwegen auf der Städteachse Nürnberg-Erlangen konkret in Planung, um den steigenden Ansprüchen der Nutzer gerecht zu werden.

Neue Mobilitätskonzepte sind allgemein gefragt – auch in der Elektromobilität, die ganz neue Wege der Fahrzeugkonzeption ermöglicht. Neben den technischen

Herausforderungen, wie Leichtbaulösungen und der Nutzung von Fahrzeugoberflächen für die Kommunikation mit dem Umfeld, bietet sie viele Chancen für neue Ideen und Unternehmen.

Nachhaltigkeit: Sektorenkopplung von Mobilität und Energie

Die Diskussion um emissionsarme Antriebsformen als Alternative zum Verbrennungsmotor polarisiert bisher, da E-Mobilität noch mit Einschränkungen verbunden ist. Herausforderung ist, die Potenziale der regionalen Wertschöpfung mit einzubeziehen, etwa durch Ausbau der Lade- und Speicherinfrastruktur, durch Anlagen für Eigenstromproduktion oder durch Strommanagementsysteme.

Neben der batterieelektrischen Mobilität wird auch die Wasserstoffmobilität mit Brennstoffzellenfahrzeugen an Bedeutung gewinnen. Wasserstoff ist wegen seiner hohen Energiedichte ein idealer Energieträger, der bereits heute große Reichweiten ermöglicht. Er ist auch ein idealer Energiespeicher vor allem für Überschussstrom, mit dem über die Elektrolyse Wasserstoff produziert werden kann. Zur Speicherung des Wasserstoffes in organischen Stoffen wird ein richtungsweisendes Forschungsprojekt in der Region gestartet, an dem Siemens und das bereits etablierte Start-Up-Unternehmen Hydrogenius beteiligt sind.

Digitalisierung

Die Digitalisierung verändert alle Lebensbereiche, so auch die Mobilität. Apps und Plattformen vernetzen die Mobilitätsangebote und bieten Echtzeitinformationen, On-Demand-Funktionen oder E-Ticketing und stärken dabei die Multi- und Intermodalität. Das assistierte Fahren entwickelt sich zum autonomen Fahren weiter, neue Liefer- und Versorgungssysteme erleichtern und bereichern den Alltag – es wird digitalisiert, was digitalisiert werden kann.

Der Mobilitätswandel wird insbesondere durch autonomes Fahren einen Quantensprung erleben, bei dem die Grenzen zwischen dem individuellen und öf-

fentlichen Verkehr schwinden. Städte finden neue Ansätze zur Entlastung beim fließenden und ruhenden Verkehr, dem ländlichen Raum eröffnet der Wandel zum Beispiel neue Versorgungsmöglichkeiten mit Produkten und Angeboten der Region. Das Forschungsprojekt „Digitales Dorf“ der Steinwald-Allianz setzt hier an: Kern des Projekts stellt die Entwicklung einer digitalen Plattform dar, die Kunden, Betreiber und Erzeuger stärker miteinander vernetzt, Daten austauscht und Touren eines Verkaufsfahrzeugs in Ortsteile ohne Nahversorgungseinrichtungen plant.

Neben den vier Themenpanels boten Informationsstände im Ausstellungsbereich den Besuchern die Möglichkeit, mehr über Services und Produkte von Unternehmen und Verbänden in der Metropolregion Nürnberg zu erfahren, die im Bereich Mobilität aktiv sind. Die Kommunen präsentierten im Rahmen einer Posterausstellung vorbildliche Mobilitätsprojekte aus ihren Regionen.

Diese reichen von E-Transportern in Oberfranken über mobile Radständer für Großveranstaltungen in Nürnberg bis hin zu einem mobilen Dorfladen in der Steinwald-Allianz. Eine Übersicht aller Mobilitätsprojekte aus der Region finden Sie unter www.mobilitaetskongress.de unter Fachausstellung und Projektposter.

Zudem wurden innovative Fahrzeuge, die bereits in der Region eingesetzt werden, vorgestellt: Der E-Bus der VAG, ein Lastenrad und der elektronisch betriebene StreetScooter, mit dem die Bäckerei „Der Beck“ bereits Lieferungen in den Stadtgebieten Nürnberg – Erlangen – Fürth ausführt. Zudem stellte Toyota den Teilnehmern zwei Elektroautos mit Wasserstoffantrieb vor. □

STREETSCOOTER zu Gast bei Henne

Am 07. Juni 2018, ab 14 Uhr, laden Henne und StreetScooter ein, Elektromobilität live zu erleben und den bekannten StreetScooter am Standort 85551 Heimstetten, Hürderstraße 6, kennenzulernen.

Die Henne Nutzfahrzeuge GmbH ist seit April 2018 am Standort München/Heimstetten neuer Vertragshändler und Servicepartner von StreetScooter. Das Unternehmen Street Scooter wurde 2010 im Umfeld der RWTH Aachen gegründet und ist

Der Klassiker – mit dem klassischen Kofferaufbau, einer großen maximalen Zuladung und einem hohen Ladevolumen, in der Transportbranche vielseitig einsetzbar durch drei Öffnungsmöglichkeiten an Seite und Heck.

Der Kipper – mit Dreiseitenkipper und Werkzeugbox, bietet jedem Handwerksbetrieb die volle Flexibilität und das bis in die Fußgängerzone.

Die Pritsche – 100 % für Kommunen, als Pritschenwagen perfekt ausgestattet für kommunale Anwendungen in Innenstädten, Gemeinden und Umweltzonen.



Der STREETSCOOTER: Transporter der Zukunft. □

seit 2014 ein Tochterunternehmen der Deutschen Post DHL Group.

Das gestiegene Umweltbewusstsein und strenge Abgasvorschriften machen den rein elektrisch angetriebenen StreetScooter zum Transporter der Zukunft – sowohl bei kommunalen Einrichtungen, Logistikunternehmen oder dem deutschen Mittelstand.

100 % elektrisch, mit einer Reichweite von bis zu 230 km sind die Modelle von StreetScooter flexibel für jede Anwendung: □

Vorteile im beruflichen Alltag

Mit innovativen Fahrzeugen zeigt Henne Nutzfahrzeuge gemeinsam mit StreetScooter, welche Vorteile 100 % E-Transport im beruflichen Alltag bieten:

- Probefahrten, Technik zum Anfassen und Erfahrungsberichte von StreetScooter-Nutzern aus erster Hand
- Alles rund um Fördermöglichkeiten, Ladeinfrastruktur und das durchdachte Werkzeugkonzept des StreetScooter

Zur besseren Disposition der Veranstaltung freut sich Henne Nutzfahrzeuge über eine Anmeldung unter streetscooter@henne-unimog.de. □

Jetzt kostenlos informieren:
0800 0 372 372

Gemeinsam stark. Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

www.esb.de/kommunen **ESB** ENERGIE SÜDBAYERN

Erste Erfolge für den „Digital Hub Mobility“

Von der Rettungsdrohne bis zur smarten Anzeige für die U-Bahn

Der Digital Hub Mobility feiert sein einjähriges Bestehen und kann erste Erfolge bei der Entwicklung von neuen Mobilitätskonzepten verbuchen. Für die Digitalisierungsinitiative von Bundesregierung und Branchenverband Bitkom haben mittlerweile 24 Teams an Deutschlands führendem Gründungs- und Innovationszentrum UnternehmerTUM neue Ideen für die Mobilität der Zukunft erarbeitet. 14 starke Industriepartner hat UnternehmerTUM hierfür gewinnen können.

Ein Beispiel ist die Entwicklung einer Drohne, die Feuerwehrloten einen schnellen Überblick über einen Unfallort gibt. Vor allem in schwer zugänglichem Terrain wie den Bergen, kann die Drohne mit ihrer Kamera nützliche Bilder über Verletzte oder Sachschäden übermitteln – noch bevor die Helfer vor Ort eintreffen. Ein interdisziplinäres Team aus Mitarbeitern des Chipherstellers Infineon, des Telekommunikations-Konzerns Nokia, TÜV Süd und internationalen Studenten hat hierfür in der Digital Product School einen Prototypen entwickelt.

Kreative Umgebung

„Mit der Digital Product School konnte der Digital Hub Mobility eine einzigartige kreative Umgebung schaffen. Die Teilnehmer arbeiten mit modernen agilen Ansätzen wie zum Beispiel Design Thinking und lösen reale Nutzerprobleme effizient und kundenorientiert mittels digitaler Produkte“, sagt Kirstin Hegner, Managing Director des Digital Hubs Mobility.

Mitarbeiter der Partnerunternehmen arbeiten in der Digital Product School mit Talenten aus der ganzen Welt wie ein modernes Silicon-Valley-Start-up und entwickeln innerhalb von drei Monaten innovative Mobilitätskonzepte. Zudem erhalten sie in Workshops und Coachings mit internen und externen Experten und Wissenschaftlern eine intensive Fortbildung in ihrem jeweiligen Spezialgebiet. Bei Bedarf können die Teams ihre Produkte im Anschluss innerhalb der Firma oder in Form eines eigenen Start-ups weiterentwickeln.

So wie das Team der Stadtwerke München in Zusammenarbeit mit Nokia: Es hat ein mögliches Anzeigesystem für U-Bahn-Stationen entworfen, das mit Hilfe von Bilderkennung ermittelt, wie voll die einzelnen Wagen eines einfahrenden U-Bahnzuges sind. Diese Information könnte dann an die wartenden Fahrgäste weitergegeben werden. „Passagiere könnten damit in den Stoßzeiten gezielt in Wagen einsteigen, die noch freie Plätze bieten, womit Züge gleichmäßiger ausgelastet werden. Und wenn schneller eingestiegen werden kann, entstehen weniger Verspätungen“, erklärt Kirstin Hegner.

Spannende Ideen

130 Teilnehmer haben die Digital Product School innerhalb des ersten Jahres durchlaufen. Und viele spannende Ideen realisiert, wie ein neues Mitarbeiter-Carsharing-Modell, bei dem auch mal der Chef sein Auto an Kollegen verleihen kann und sicher ist, dass er es rechtzeitig zurückbekommt. Für Kirstin Hegner eine erfreuliche Bilanz: „Wir sind damit unserem Ziel ein gutes Stück näher gekommen, in München ein attraktives Experimentier- und Testumfeld für urbane Mobilitätskonzepte der Zukunft zu schaffen.“

Möglich macht den Digital Hub Mobility die Initiative und finanzielle Unterstützung von mittlerweile 14 engagierten Partnern aus der Industrie – neben Audi, BMW Group, Daimler, Facebook, IBM, Nokia, SAP, Stadtwerke München, ADAC, Adidas, Infineon, MAN und TÜV Süd ist seit neuestem auch die Deutsche Telekom dabei. □

Einigung auf MVV-Tarifreform

Durchbruch beim Spitzengespräch zur MVV-Tarifstrukturreform im Münchner Rathaus: Bayerns Verkehrsministerin Ilse Aigner, Landrats-Sprecher Robert Niedergesäß (Ebersberg) und Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter haben sich darauf geeinigt, im Juni nächsten Jahres die Tarifstruktur im Münchner Verkehrsverbund umfassend zu reformieren. Auch wurde vereinbart, dass es zum nächsten Fahrplanwechsel im Dezember 2018 keine Tarifierhöhung geben soll.

Die wichtigsten Punkte der Reform stehen bereits fest: Statt Ringen und Zonen soll es künftig nur noch sieben Tarifkreise geben. Der Innenraum wächst dabei deutlich, denn er umfasst ganz München und einige Nachbargemeinden. Für den Seniorrentarif, der künftig ab 65 Jahren gilt, entfällt die Sperrzeit und es soll ein im gesamten MVV gültiges Sozialticket geben.

Gerechtere Preisstruktur

Als große Vorteile des neuen Systems bezeichnet der MVV unter anderem, dass die Preissprünge zwischen Einzel- und Tageskarten abgebaut würden und die gesamte Preisstruktur gerechter und klarer für alle Kunden wäre. Die meisten Zeitkartenutzer könnten größere Strecken als bisher fahren und der Innen- und Außenraum stärker zusammenwachsen. Offen ist hingegen noch die finale Preisgestaltung. Hier zeichnet sich derzeit ab, dass günstigere Preise für bestimmte Kundengruppen aufschlägen für

andere Kundengruppen führen. Neben dem Umbau des Tarifsystems ist auch die Einführung eines modernen e-Ticketings ein wichtiges Reformprojekt. Wenn im kommenden Jahr das Konzept steht, soll 2019 ein Pilotversuch starten.

Der MVV wird das Preismodell für die Tarifstrukturreform mit den jetzt vereinbarten Inhalten endgültig berechnen und im Juli der Gesellschafterversammlung des MVV zum Beschluss vorlegen. Die finale Entscheidung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Gremien.

„Die Tarifstrukturreform ist ein wichtiger Baustein zur Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Nahverkehrs“, betonten Ministerin Aigner, Landrat Niedergesäß und OB Reiter. Die Reform stelle für München und die gesamte Region einen echten Gewinn dar. Auch Bürgermeister Josef Schmid zeigte sich zufrieden: „Ich freue mich, dass endlich eine große Vereinfachung gelungen ist. Das wird große Anreize schaffen, öfter vom Auto auf den MVV umzusteigen.“ **DK**



Von links: Dr. Thomas Huber (RBO), Philipp Senoner (alpitronic), Prof. Henseler (Hochschule Pforzheim), Otto Loserth (E-WALD GmbH), Anton Achatz (E-WALD GmbH) und Dr. Weißmann (Bayern Innovativ). Bild: E-WALD GmbH

Jetzt starten oder lieber warten?

2. Fachforum Elektromobilität informiert über Status Quo und blickt in die Zukunft

Das 2. Fachforum Elektromobilität der E-WALD GmbH hat knapp 55 Teilnehmer, die bundesweit zur Tagung anreisten, über den Status Quo der Elektromobilität informiert und einen Blick in die Zukunft aufgezeigt. Außerdem konnten die Anwesenden auf einer begleitenden Ausstellung die aktuellsten Fahrzeugmodelle der E-WALD Flotte, wie z.B. den Hyundai Ioniq, den Opel Ampera-e oder das Tesla Model X entdecken.

Geschäftsführer Otto Loserth begrüßte das Publikum und freute sich über eine Vortragsreihe mit vielen interessanten Referenten. Prof. Dr. Wolfgang Henseler von der Hochschule Pforzheim eröffnete die interessante Vortragsreihe zum Thema „Mobilität 4.0“. Der Digitalisierungsexperte stellte die Entwicklung von der industrialisierten zur robotisierten Welt 4.0 dar. „Die Nähe zum Kunden entscheidet über den wirtschaftlichen Erfolg“, betonte Prof. Henseler und wies auf die entscheidende Rolle von Big Data hin. „Mobilität 4.0 soll den Menschen befähigen und entlasten, ihn aber nicht entmündigen“, so der Experte.

Philipp Senoner, Geschäftsführer der Firma alpitronic aus Südtirol, zeigte im nächsten Vortrag die neue Generation von Ladestationen. Ein Hypercharger ist das Vorzeigeprodukt von alpitronic, der durch eine modulare Bauweise eine Leistung von bis zu 300 kW aufweist. Die E-WALD GmbH konnte als Kooperationspartner ein erstes Testmodell am Technocampus installieren, welcher durch die Tagungsbesucher in Augenschein genommen wurde.

Die Zeit ist reif für Elektrobusse

Über Mobilität im ländlichen Raum und die Entwicklungschancen sprach Dr. Thomas Huber von der DB Regio Bus Bayern. „Die Zeit für Elektrobusse ist reif“, betonte der Verantwortliche für innovative Verkehrsprojekte. Sein Bericht über den autonom fahrenden Bus in Bad Birnbach wurde von ihm als Beispiel herangezogen. Seit Start des Projektes haben bereits knapp 8.000 Fahrgäste den Bus genutzt. „Manche Fahrgäste müsse man zum wieder Aussteigen überreden, damit auch neue Personen mitfahren könnten. Es herrscht regelrecht ein Bus-Tourismus. Touristen kommen, um einmal mit dem autonomen Fahrzeug mitzufahren und ein Foto zu machen“ berichtete Dr. Huber erfreut. On-demand-Mobilität gehöre die Zukunft. Er verwies dabei auf den Landkreis Regen, der hier bereits eine Vorreiterrolle mit Angeboten wie dem Rufbus darstelle.

Herr Dr. Weißmann von Bayern Innovativ ergänzte die Vortragsreihe mit Informationen über die Rahmenbedingungen der Elektromobilität. „Die drei wichtigen Punkte sind Information, Infrastruktur und Incentives“ betonte Weißmann. Bevor man das Thema Elektromobilität in einem Ort angehen möchte, müsse man sich Ziele setzen und die dafür erforderlichen Ressourcen analysieren.

Seitens der E-WALD GmbH referierte Anton Achatz (COO) und stellte die Frage „E-Mobilität - jetzt starten oder warten?“ Er gab ei-

nen Einblick über die Entwicklung der Elektromobilität national und international und konnte den erstaunten Zuhörern belegen, dass die Gemeinde Teisnach, umgerechnet auf die Einwohnerzahl, die höchste Dichte an Ladestationen in ganz Europa besitze. Ferner berichtete er über die verschiedenen Entwicklungen, welche die E-WALD GmbH mit der Zeit gemacht habe und stellte das breite Portfolio vor, das aktuell angeboten wird. Er betonte, dass „eCarsharing der Dosenöffner der Energiewende“ sei.

Prof. Dr. Andreas Berl von der TH Deggendorf stellte in seinem Vortrag „Elektromobilität und das Smart Grid – Lösungsansätze für eine mobile Zukunft“ das Forschungsprojekt ELECTRIC vor. In diesem untersucht die THD zusammen mit der E-WALD GmbH und anderen europäischen Partnern das intelligente Laden von Elektrofahrzeugen in das bestehende Stromnetz. Prof. Berl stellte heraus, dass ein Zusammenspiel von Netzbetreibern, Ladestationsbetreibern und Elektromobilisten unabdingbar für den Erfolg von Elektromobilität sei.

Zum Abschluss der Veranstaltung bot Loserth drei Elektromobilisten in Form einer Podiumsdiskussion eine Diskussionsplattform. Ein Zeitungsausträger berichtete, dass er im Jahr 2016 von seinem Benziner zu einem Elektroauto von E-WALD für seine Fahrten gewechselt sei. „Die Rechnung war einfach: 800 Euro Benzin habe ich monatlich getankt, durch ein Angebot von E-WALD konnte ich für 350 Euro im Monat ein Elektroauto fahren, das ich als eCarsharing Auto von Mitternacht bis morgens um 6 Uhr nutzte.“ Durch die vielen Haltestopps sei seine Arbeit mit dem Elektroauto auch noch viel schneller erledigt und angenehmer für seine Kunden, deren Nachtruhe er nicht mehr stört, sowieso.

Werner Soukup bekam im Jahr 2015 ein Wochenende mit dem Tesla Model S geschenkt. „Als Testfahrt sind wir gleich mal nach Bremerhaven gefahren“, berichtete Soukup. Diese Fahrt war für Soukup so eindrucksvoll, dass er sich direkt ein eigenes Elektroauto zu-gelegt hat und seither nur elektrisch unterwegs ist. 60 % ist sein Langstreckenanteil, 40 % der Kurzstreckenanteil, erklärte Soukup.

Benjamin Schäfer, Geschäftsführer der Deutschen Märchenstraße, erklärte zum Abschluss, dass er seit zwei Jahren Elektroautos von der E-WALD GmbH für E-Mobilität in der Ferienstraße einsetzt. Die Deutsche Märchenstraße, die von der hessischen Brüder-Grimm-Stadt Hanau bis nach Bremen führt, ist eines von ganz wenigen touristischen Zielen, die E-Mobilität aktiv im Urlaubsangebot vermarktet. □

Erweiterung des Hofer Güterverkehrszentrums:

Spatenstich für Millionenprojekt am Bahnhof Hof

Nach mehr als einer 15 Jahre langen Vorgeschichte wurde jetzt der Startschuss für die Erweiterung des Güterverkehrszentrums (GVZ) am Hofer Hauptbahnhof gegeben. Die Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr setzte gemeinsam mit den langjährigen Beteiligten des Projekts den Spatenstich.

Das Güterverkehrszentrum soll nach seiner Erweiterung eine mehr als doppelt so große Kapazität haben. Mit einer 90-prozentigen Unterstützung durch den Freistaat Bayern räumt die Stadt Hof für knapp neun Millionen Euro das Gelände für die Erweiterung frei und baut eine Erschließungsstraße bevor die Firma Contargo das Gelände übernimmt und für rund 20 Millionen Euro, gefördert durch das Eisenbahnbundesamt, das Terminal erweitert.

Wichtige Drehscheibe im Norden Bayerns

Die Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, Ilse Aigner, bezeichnete das erweiterte GVZ Hof als wichtige Drehscheibe im Norden Bayerns. Damit wurde vor dem Hintergrund des Gesamtziels der bayerischen Staats-

regierung, mehr Verkehre von der Straße auf die Schiene zu verlagern, ein weiterer Meilenstein gesetzt. „In den Jahren zwischen 2010 und 2030 ist ein Wachstum von 41 Prozent bei der Transportleistung im Güterverkehr prognostiziert“, so Aigner. Mit 77 Prozent entfiel der größte Teil davon auf die Straße. Daher müsse es zur Entlastung des Straßennetzes unbedingt zu einer größeren Verlagerung auf die Schiene kommen. Diese Ansicht teilte mit einem kurzen Statement auch Karl Fischer, der sich seit über 20 Jahren mit der Entwicklung und Umsetzung von praxisnahen Lösungen zur Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene, beschäftigt.

Das Logistik-Kompetenz-Zentrum (LKZ) unterstützt die Stadt Hof seit 2008 bei der Entwicklung des GVZ und übernimmt aktuell die Projektsteuerung. □



Spatenstich für die Erweiterung des Güterverkehrszentrums in Hof. Von links: Karl Fischer (LKZ Prien), SPD-Landtagsabgeordneter Klaus Adelt, Landrat Dr. Oliver Bär, Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner, Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr Ilse Aigner, CSU-Landtagsabgeordneter Alexander König und Robert Sebold von der Firma Contargo. Bild: LKZ Prien GmbH

Augsburger Agenda für Mobilität

Kostenlose City-Zone für Busse und Bahnen; Umstellung des Lieferverkehrs auf Lastenräder; vereinfachte Parkplatz-Suche über App und Parkleitsystem; Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur – das sind nur vier von vielen Punkten auf der Augsburger Agenda für Mobilität. Mit ihr begleitet die Stadt Augsburg alle Menschen bestmöglich auf dem Weg in ihre mobile Zukunft.

Ab voraussichtlich Mitte/Ende 2019 ist geplant, dass die Stadtwerke Augsburg eine kostenlose City-Zone einführen. Vom Theater bis zum Theodor-Heuss-Platz, vom Bahnhof bis zum Rathausplatz darf dann jeder kostenlos Straßenbahn und Bus fahren.

„Die Augsburger Agenda für

Mobilität ist ein langfristig angelegter Prozess in die Zukunft der Mobilität unserer Stadt“, sagt Bürgermeisterin Eva Weber. „Die Mobilität von morgen soll unser Leben einfach und sicher machen, soll bequem, ökonomisch und nachhaltig sein und – intelligent vernetzt – für jeden funktionieren.“ □

Seilbahnen für den öffentlichen Nahverkehr?

Wissenschaftler der Universität der Bundeswehr München prüfen aktuell den Bau von Seilbahnen in Großstädten wie München.

Am Lehrstuhl für Verkehrstechnik der Universität der Bundeswehr München untersuchen Wissenschaftler verschiedene Szenarien, wie Mobilität in der Zukunft aussehen kann, dazu gehört neben autonomem Fahren und Carsharing auch der öffentliche Personennahverkehr.

Eine Umfrage soll dabei helfen abzuschätzen, ob Pendler in München eine urbane Seilbahn nutzen würden und welche Faktoren sie davon abhalten könnten, um im weiteren Verlauf der Studie potentielle Routen für eine urba-

ne Seilbahn bewerten zu können. Wichtig dabei sind vor allem Umstiege und Reisezeit, da dies die Daten sind, die ÖPNV-Nutzer bei einer Routenabfrage per App oder im Internet erhalten.

Ziel der Umfrage ist es, zu untersuchen, wie die Einführung einer urbanen Seilbahn sich auf die Routenwahl im öffentlichen Nahverkehr auswirkt. Die Umfrage dauert 5-10 Minuten und ist völlig anonym. Der Fragebogen kann bis 15.06.2018 unter <https://survey.unibw.de/seilbahn/> abgerufen werden. □

Statusbericht der deutschen Kreislaufwirtschaft:

Plädoyer für eigene Rohstoffstrategie

Die Kreislaufwirtschaft gehört zu den innovativen Wirtschaftsbranchen Deutschlands. Über 10.000 kommunale und private Unternehmen der Kreislaufwirtschaft übernehmen täglich die Verantwortung für die umweltgerechte Entsorgung und Verwertung von Restabfällen sowie die Gewinnung von Wertstoffen aus privaten Haushalten, Industrien und Gewerbe. Der brandneue „Statusbericht der deutschen Kreislaufwirtschaft 2018“ informiert Politik und Wirtschaft, Medien und die interessierte Fachöffentlichkeit über derzeitige und künftige Aufgaben, Leistungen und Ziele der deutschen Kreislaufwirtschaft. Für dieses Projekt haben sich neun Verbände zusammengeschlossen: BDE, bvse, BDSV, ITAD, PlasticsEurope, VDM, VDMA, VHI und VKU.

Jährlich werden in Deutschland rund 400 Millionen Tonnen Abfälle gesammelt, transportiert, sortiert, aufbereitet, stofflich oder energetisch verwertet und beseitigt. Auf jeden Bundesbürger entfallen somit rund 4.800 Kilogramm Abfälle pro Jahr. Der größte Teil des Abfallaufkommens besteht aus Bau- und Abbruchabfällen oder entsteht bei der Gewinnung und Behandlung von Bodenschät-

zen. Im Fokus der Kreislaufwirtschaft und des öffentlichen Interesses stehen aber in erster Linie die rund 58 Millionen Tonnen Abfälle, die insbesondere dem Bereich Industrie und Gewerbe entstammen, sowie die 52 Millionen Tonnen Siedlungsabfälle, wovon rund 37 Millionen Tonnen in privaten Haushalten erzeugt und überwiegend in den bekannten grauen, gelben, braunen und blauen

Tonnen und Containern gesammelt werden.

Die Verbände weisen in ihrem Bericht darauf hin, dass in drei Jahrzehnten Kreislaufwirtschaft viel erreicht und viele Weichen richtig gestellt wurden: „Vor uns stehen jetzt in Deutschland unter anderem die Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung und der Klärschlammverordnung sowie neue rechtliche Rahmenbedingungen für die Wertstoffeffassung und die Verwertung beispielsweise von Altholz. Veränderungen in der Kreislaufwirtschaft werden aber nicht nur durch den Gesetzgeber induziert, sondern auch durch die Art, wie unsere Gesellschaft lebt, wohnt, arbeitet, konsumiert und wie sie ihre Werte definiert. Auch hieraus ergeben sich immer wieder neue Anforderungen an die Technik und die Organisation der Kreislaufwirtschaft.“

„Unser Schiff rammte einen Plastikberg“

Offizielle Eröffnung der IFAT 2018 mit Kunststoff-Debatte

Bei der Münchner Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft IFAT stand während der offiziellen Eröffnung die Abfallwirtschaft im Fokus. Eine Podiumsdiskussion trug den Titel: „rethink – reduce – recycle plastic: Innovative Solutions to protect our Rivers and Oceans.“ Der Geschäftsführer der Messe München, Stefan Rummel, gab mit seiner Eröffnungsrede den Startschuss zur Debatte ab: „Innovative Recycling-Technologien wie auf der IFAT können nicht die einzige Lösung sein für 8,3 Milliarden Tonnen Kunststoff, die seit 1950 produziert wurden. Bei der Herausforderung Plastikmüll sind alle Akteure entlang der Wertschöpfungskette gefragt.“

Auch Bundesumweltministerin Svenja Schulze hatte ein paar einleitende Worte zum Thema Plastik parat. Bei ihrer IFAT-Eröffnungsrede hob sie einerseits die Macht der Konsumenten hervor und nannte einen Ansatz, wie man künftig handeln könnte: „Wir sollten Plastik und überflüssigen Müll vermeiden. Wir müssen künftig Ressourcen schonen und Wirtschaftswachstum von Rohstoffverbrauch entkoppeln. Niemand will Plastik im Meer.“ Schulze hob auch den wirtschaftlichen Stellenwert der Recyclingbranche hervor: „Der Umsatz in der Kreislaufwirtschaft in Deutschland beträgt mittlerweile 70 Milliarden jährlich.“ Das sei ein sehr hoher Anteil an der Gesamtwirtschaft.

Aus Industrie, Wirtschaft und Umweltschutz kamen die Teilnehmer der Podiumsdiskussion „rethink – reduce – recycle plastic“: Dr. Rüdiger Baunemann, Hauptgeschäftsführer von PlasticsEurope Deutschland e.V., Giulio Bonazzi, Präsident des Kunststoffherstellers Aquafil S.p.A., James Carnes, Vizepräsident der globalen Markenstrategie bei Adidas, Kim Cornelius Detloff, Leiter des Meeresschutzes beim Naturschutzbund Deutschland e.V. und Emily Penn, Meeresaktivistin.

Moderator Steffens stellte Penn gleich die erste Frage: „Warum sind Sie eigentlich Meeresaktivistin geworden und kämpfen nun gegen Plastik?“ Penns Antwort war eindrücklich: „Ich hatte ein Erweckungserlebnis auf der Reise von England nach Australien. Als die Passagiere nachts schliefen, rammte unser Schiff einen Plastikberg, mitten auf dem Ozean, abseits jeder Zivilisation. Davon wachten wir alle auf, weil der Knall so laut war.“ Penns Lösungsansatz für das Plastikproblem: „Die Menschheit muss Plastikmüll weitgehend vermeiden. Was im Ozean liegt, kann man kaum wieder herausholen. Der Großteil sinkt ab in die Tiefe und zerbricht in Mikro-Teilchen. Auf der Meeresoberfläche sieht man nur einen kleinen Teil des Plastikmülls.“

Umweltschützer Detloff findet das problematische Material widersprüchlich. „Plastik herzustellen ist genau das Gegenteil von

Nachhaltigkeit“, sagt der Meeresschützer. Er orientiert sich am Modell Flaschenpfand und sieht den Staat in der Pflicht: „Wir müssen alles aus den Meeren holen, was wir können – und recyceln. Und es müssen Gesetze her. Sogar ein Entwicklungsland wie Ruanda hat bereits Plastiktüten verboten. Deutschland muss zumindest Steuern auf Plastik erheben.“ Ich denke, auf freiwilliger Basis wird sich da nicht viel ändern.“

Der italienische Kunststoff-Experte Giulio Bonazzi wies auf die komplizierten Recycling-Verfahren hin, die schon bei einfachen Plastikgegenständen notwendig sind, wie etwa bei Plastikflaschen. Er sieht darin aber auch eine Chance: „Sie können Plastikflaschen nicht einfach einschmelzen und neue herstellen. Dann haben sie kein durchsichtiges Material mehr. In vielen Ländern wie Italien ist es gesetzlich geregelt, dass Plastikflaschen durchsichtig sein müssen.“

VBS-Regionsversammlungen 2018:

Chinesischer Importstopp für Sekundärrohstoffe im Fokus

Der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) hielt vor kurzem seine traditionellen Regionsversammlungen ab. Erfolgreich war die hohe Beteiligung: VBS-Präsident Otto Heinz konnte insgesamt 130 teilnehmende Mitglieder begrüßen.

Im Fokus der Versammlungen standen dieses Jahr die chinesischen Importbeschränkungen für Sekundärrohstoffe. Darüber hinaus befassten sich die Teilnehmer mit den aktuellen Entwicklungen im Systemgeschäft, der neuen Gewerbeabfallverordnung und dem neuen Europäischen Abfallpaket.

Zu den chinesischen Importbeschränkungen für Sekundärrohstoffe und den zum Teil einseitigen Presseberichten hierüber bezieht VBS-Präsident Otto Heinz klar Stellung: „China fragte bislang in großem Umfang Sekundärrohstoffe nach und zahlte entsprechend dafür, und Europa lieferte wie gewünscht Kunststoffe und Altpapier für die stoffliche Verwertung. Leider wird dieser Sachverhalt aber in der Öffentlichkeit fälschlicherweise so dargestellt, als würde Europa seinen Abfall billig nach Chi-

In diesen Kreislauf ist mittlerweile die Adidas eingestiegen. Markenstrategie Carnes treibt auch der mögliche Imageschaden der Zukunft um. „Wir haben nun eine Million Schuhe der Reihe Adidas Parley hergestellt. Sie sind aus dem Plastikmüll der Ozeane recycelt worden. In Zukunft wird es normal sein, Produkte zu kaufen, die aus ähnlichem Recycling-Material bestehen“, sagte Carnes. Es könne sogar sein, dass Konsumenten auf Produkte verzichten, die nicht recycelt wurden, weshalb die Branche umdenken. Für Carnes ist es wichtig, dass vor allem in Bildung investiert wird, um somit der Welt bessere Menschen zu hinterlassen.“

„Es gibt nicht die eine Lösung für die Bewältigung des Plastikproblems“, sagte Baunemann von PlasticsEurope. Es würde zum Beispiel nichts bringen, ausschließlich auf zerfallendes Plastik zu setzen. Baunemann führte ein plakatives Beispiel auf: „Sie wollen ja nicht, dass etwa Plastikteile in ihrem Auto irgendwann zerfallen.“ Daher brauche jede Produktgruppe eigene Lösungsansätze, um künftig gegen Plastikmüll anzukämpfen. Auch Baunemann sieht einen ähnliche Entwicklung wie Carnes: „Recycelbare Waren – sogenannte Recyclate – könnten bei Konsumenten der Trend der Zukunft sein.“ □

Die Wirtschaftlichkeit und die Qualität speziell des Recyclings hingegen seien entscheidend von der Marktfähigkeit und der Wettbewerbsfähigkeit der Vorprodukte abhängig. Preisschwankungen auf dem Markt für die Primärprodukte (Erdöl, Kupfer etc.) führten zu einer starken Volatilität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Verwertung von Abfällen und den Einsatz von Sekundärrohstoffen.

Zur Unterstützung der stofflichen und energetischen Verwertung sind nach Auffassung der Verbände eindeutige Zielsetzungen von der Politik erforderlich. Zu den Maßnahmen, das Recycling weiter zu fördern, gehöre auch die Schaffung angemessener Rahmenbedingungen. Zu der Zielsetzung und Berechnung der sogenannten „Recyclingquote“, wie sie durch das aktuelle EU-Kreislaufwirtschaftspaket vorgegeben wird, würden derzeit auch Alternativen diskutiert. Die Ressourcenkommission am Umweltbundesamt arbeite an der Entwicklung einer „Substitutionsquote“. Deren Einführung würde die Qualität des Gesamtsystems wesentlich transparenter machen und sichere Absatzmärkte für die Sekundärrohstoffe herbeiführen.

Allerdings setzt den Verbänden zufolge die Erfüllung einer Substitutionsquote eine enge Abstimmung zwischen Produzenten, Produktdesignern und Unternehmen der Recyclingwirtschaft über Qualitäten und Quantitäten voraus. Damit wäre aber auch ein wichtiger Schritt in Richtung Circular Economy getan, denn ohne ein hochwertiges Recycling sei eine Circular Economy nicht denkbar. Dieses Ziel könne freilich nur dann erreicht werden, wenn sichergestellt wird, dass für die steigende Menge an Wertstoffen und Rezyklaten auch ein gleichermaßen wachsender Absatzmarkt geschaffen und die Qualität der Wertstoffe und Rezyklate Vorrang vor der reinen Quantität haben wird.

Recycling weiter fördern

Die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg aller nachgelagerten regulatorischen und technologischen Maßnahmen zur Verbesserung des Recyclings sei in erster Linie die Recyclingfähigkeit der Produkte und Verpackungen selbst. Zu den Maßnahmen, das Recycling weiter zu fördern, gehöre es, schon bei der Produkt- oder Verpackungsentwicklung die Recyclingfähigkeit zwingend zu berücksichtigen.

Auch die öffentliche Hand könne zur Schaffung von Absatzmärkten für Recyclingprodukte einen wichtigen Beitrag leisten. Die Vergabepraxis der öffentlichen Hand werde der in § 45 Kreislaufwirtschaftsgesetz verankerten Verpflichtung, ihren Bedarf nach Möglichkeit auch verstärkt über Recyclingprodukte zu decken, immer noch nicht ausreichend gerecht. Insbesondere die Bundes-, Landes-, Kreis- und Kommunalbehörden sowie deren zugehörige Einrichtungen und Unternehmen müssten diese Verpflichtung ernst nehmen und sich dem „Green Public Procurement“, dem umweltfreundlichen Beschaffungswesen, verpflichtet fühlen, heißt es in dem Statusbericht.

Das in den Behörden, Unternehmen, Initiativen und Forschungs- und Beratungseinrichtungen vorhandene Fachwissen zu Rohstoffwirtschaft und Ressourcenschutz sollte dazu genutzt werden, den erfolgreichen und differenzierten Rohstoffstrategien anderer Länder, wie beispielsweise China, eine eigene Rohstoffstrategie für Deutschland entgegenzusetzen. „Die wichtigste Säule einer solchen Strategie muss das Recycling sein“, betonen die Verbände.

„Je erfolgreicher die Kreislaufwirtschaft bei der Ressourcenschonung agiert, desto höher werden die Beiträge der Branche für die Energieversorgung, die Energiewende und den Klimaschutz

WWF-Studie zur Lebensmittelverschwendung:

Bayern ist Pionier in Sachen Vermeidung

In Deutschland gehen pro Jahr über 18 Mio. Tonnen Nahrungsmittel verloren. Über die Hälfte wäre vermeidbar. Dafür werden umgerechnet rund 2,6 Mio. Hektar wertvoller landwirtschaftlicher Nutzfläche für die Tonne bewirtschaftet. „Die Verringerung verschwendeter Nahrungsmittel ist eine der drängenden Herausforderungen der Zeit, denen wir uns gesamtgesellschaftlich stellen müssen“, heißt es in der vom World Wide Fund For Nature (WWF) veröffentlichten Studie „Lebensmittelverschwendung – Was tut die Politik?“

Für die Untersuchung wurden die Aktivitäten der Bundesländer zu dem Thema beleuchtet und entlang der Handlungsfelder Kreislaufwirtschaftsgesetz und Abfallwirtschaftsplan, Mengenerhebung und Mengenanalyse, Vernetzung der Akteure, Öffentlichkeitsarbeit, Ernährungsbildung, Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft sowie Außer-Haus-Gastronomie verglichend dargestellt.

Von den 16 Bundesländern gibt es laut Studie fünf Pioniere, die einerseits zu einem sehr frühen Zeitpunkt und andererseits in umfassender Weise das Thema angegangen sind. Dazu gehören Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen. Bayern begann beispielsweise bereits 2012 mit der Erhebung der landesweit anfallenden Lebensmittelverluste. Durch das „Kompetenzzentrum für Ernährung“ (Kern) werden diverse Aktivitäten organisiert. Das 2015 gegründete Bündnis „Wir retten Lebensmittel!“ beschloss 17 Maßnahmen, die systematisch umgesetzt werden. „Bayern ist Pionier in Sachen Vermeidung von Lebensmittelabfällen“, heißt es in dem Bericht.

Geplante Maßnahmen

Im Vordergrund der weiteren Planung im Freistaat stehen vor allem die bislang noch nicht durchgeführten Maßnahmen des Bündnisses „Wir retten Lebensmittel!“. Die Vorhaben reichen von Bildungsmaßnahmen an den Schulen über Aufklärungsarbeiten für Verbraucher bis hin zu wertschöpfungsstufenübergreifenden Informations- und Fortbildungsmaterialien zum Thema. Außerdem sollen Wettbewerbe für Start-ups/Lebensmitteleinzelhändler wie auch karitative Einrichtungen geschaffen und neue technologische Entwicklungen sowie Innovationen unterstützt werden, die Einzug in die Außer-Haus-Verpflegung und in die Haushalte finden sollen.

Damit der Einfluss dieser Maßnahmen auf die Reduktion von Lebensmittelabfällen nachvollziehbar ist, soll die fortlaufende Erfassung von Lebensmittelverlusten vom Bündnis unterstützt werden.

„Obwohl einige Länder Vorreiter sind und mit der Erhebung und Erfassung der Daten zu Lebensmittelverlusten angefangen haben, zögert die Mehrheit und wartet auf ein national abgestimmtes Vorgehen. Zudem ist es ein Problem, dass sowohl die Bundesländer als auch der Bund vor allem die Verbraucher in die Pflicht nehmen und mit Aufklärungskampagnen adressieren“, heißt es weiter. Industrie, Handel und Landwirtschaft sollten aus Sicht des WWF viel stärker in den Fokus gerückt werden, da über

sein“, heißt es weiter. Eine wichtige klimarelevante Maßnahme werde für viele Staaten aber zunächst darin bestehen, die Deponierung einzustellen und die Deponien nach dem Stand der Technik zu ertüchtigen, inklusive Deponiegasnutzung. Die Verlängerung der europäischen Deponielaufzeit bis zum Jahr 2040 wird an dieser Stelle allerdings als „kein gutes Signal“ gewertet. DK

60 Prozent der Verluste entlang der Wertschöpfungskette entstehen – vom Produzenten bis hin zum Großverbraucher. Festzustellen sei zudem eine mangelhafte Überprüfung und Kontrolle der Wirksamkeit der Länder-Maßnahmen. Häufig sei nicht nachvollziehbar, wie effektiv diese Maßnahmen sind und ob die Menschen und Unternehmen überhaupt damit erreicht werden.

Entwicklung steuern

Die Ergebnisse der Studie zeigen darüber hinaus deutlich: „Ein bundesweit abgestimmtes Vorgehen ist notwendig, um den Bundesländern einen Handlungsrahmen aufzuzeigen, die Entwicklung zu steuern und um zukünftig die Schritte einer Reduktion der Lebensmittelverluste nachvollziehen zu können. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass es Handlungsfelder gibt, die derzeit noch nicht im ausreichenden Maße in den Blick genommen worden sind, künftig aber von signifikanter Bedeutung sein könnten.“ Laut Untersuchung ist es unter diesem Gesichtspunkt zwar ein positives Signal, dass die Problematik der Lebensmittelverschwendung in den neuen Koalitionsvertrag Eingang gefunden hat, in den kommenden Monaten werde sich aber zeigen, ob und wie die Bundesregierung sich konkret auf den Weg macht.

Forderungen an den Bund

Konkret stellt der WWF u. a. folgende Forderungen an die Bundespolitik:

- Die Bundesregierung initiiert 2018 einen nationalen Strategieentwicklungsprozess mit dem Ziel, bis 2020 eine nationale Strategie mit verbindlichen Zielen und Maßnahmen für die Branchen entlang der Wertschöpfungskette zu entwickeln.
- Die Bundesregierung initiiert 2019 einen gesamtgesellschaftlichen Dialog. Dazu gehört beispielsweise auch die Sichtweise von Krankenkassen, Versicherungen und Bildungseinrichtungen.
- Die Bundesregierung etabliert eine personell und finanziell gut ausgestattete unabhängige Koordinierungsstelle, die u.a. die Aktivitäten auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene koordiniert.
- Die gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) birgt viel Potenzial, Lebensmittelverluste zu vermindern, insbesondere die ländlichen Entwicklungsprogramme. In der zukünftigen GAP, die derzeit verhandelt und von 2021-2028 gültig sein wird, sollte das Problem berücksichtigt werden. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass neueste Schätzungen bei der Betrachtung der gesamten pflanzlichen Erzeugung von Verlusten zwischen 2,6 und 4 Mio. Tonnen ausgehen.
- Mit dem Bundesimmissionschutzgesetz könnte die Möglichkeit geschaffen werden, eine Pflicht zur „guten Managementpraxis“ für lebensmitteleherzeugende/verarbeitende Betriebe zu etablieren, die auch Mengenerhebungs- und Bilanzpflichten für bestimmte Einheiten wie Großküchen beinhaltet. DK

„Die Gesundheit der Angestellten ist wichtiger als eine Stuckdecke“

Sachverständiger Dr. Wolfgang Niedermayer misst die Schadstoffbelastung nach dem Brand im Straubinger Rathaus

Am 25. November 2016 brannte das Rathaus in Straubing. Die Stadt ist, wie viele andere bayerische Kommunen auch, bei der Versicherungskammer Bayern versichert. Daher kümmern sich deren Experten um die Regulierung. Im folgenden Interview gibt der Sachverständige Dr. Wolfgang Niedermayer einen kurzen Einblick in die Welt der Großschäden.

GZ: Jedes Mal, wenn Sie nach einem Brand einen Raum betreten, könnte dieser kontaminiert sein. Haben Sie einen gefährlichen Job?

Dr. Niedermayer: Grundsätzlich schon. Ich muss immer wieder aufs Neue entscheiden, ob ich Schutzmaßnahmen wie ei-

ne Atemmaske oder Handschuhe benötige. Wichtig ist, keinen Ruß aufzuwirbeln.

GZ: Ist Ruß gefährlich?
Dr. Niedermayer: Während es brennt, bilden sich giftige Gase, die sich schnell verflüchtigen. Was auf der kalten Brandstelle zurück bleibt, sind hauptsächlich

toxische Schadstoffe und die sind an Ruß gebunden. Solange man den Ruß nicht aufwirbelt, besteht wenig Gefahr. Aber wenn man ihn einatmet oder anfasst, kann das ernste gesundheitliche Folgen haben.

GZ: Heißt das, Sie kehren nach dem Brand im Straubinger Rathaus den Ruß weg und dann ist alles gut?

Dr. Niedermayer: Nein, da gehört schon mehr dazu. Viel Ruß gibt es im Rathaus nicht. Im vorderen, ausgebrannten Teil war das Feuer sehr heiß und hat den Ruß verbrannt. Allerdings haben wir in vielen Räumen einen unangenehmen Brandgeruch.

Außerdem ist das Rathaus ein denkmalgeschütztes Gebäude. Das heißt, wir müssen so viel historische Substanz wie möglich erhalten. Nun ist beim Löschen des Brandes sehr viel Wasser in das Gebäude eingedrungen. Anfangs durften wir aufgrund des Denkmalschutzes das durchfeuchtete Material nicht entfernen. Wir haben Trockner aufgestellt, aber das reichte nicht aus, um Schimmelpilzwachstum zu verhindern.

GZ: Sie müssen also den Ruß entfernen, den Brandgeruch loswerden und auch den Schimmel. Wie lange wird das dauern?



Professionell und mit großem Einsatz führten die ehrenamtlichen Helfer die Übungen durch. □

Großunfallsymposium 2018:

Rotkreuzler zeigen viel Einsatz in Terror- und Amokscenarios

Mit großem Einsatz haben sich rund 400 ehrenamtliche Helfer des Bayerischen Roten Kreuzes auf dem Großunfallsymposium (GUS) am Standortübungsplatz Bodelsberg bei Kempton auf mögliche Terror- und Amoklagen vorbereitet. Bei vier aufwändig gestalteten Szenarien und Workshops konnten sie trainieren, was bei solchen Einsätzen zu tun ist. „Was unsere Ehrenamtlichen hier geleistet haben, macht mich stolz!“, resümiert Landesbereitschaftsleiter Michael Raut.

geschwindigkeitskameras. Dadurch war eine wissenschaftlich fundierte Messkampagne gewährleistet. Die Wehrtechnischen Dienststellen 52 (Oberjettenberg) und 91 (Meppen) und die Universität der Bundeswehr München stellten ein Versuchsteam von 27 Spezialisten: Kranfahrer, Medien- und Kameraleute, Messtechniker, Schweißer, Sprengmeister, Wissenschaftler u.v.m.

Weltweit einmalige Versuche

Die Beschädigungen wurden jeweils untersucht und kartiert. Danach wurden Fenster und Türen ausgewechselt und bei den zu verstärkenden Gebäuden mit höherer Widerstandsklasse versehen. Bereits aufgrund der ersten Erkenntnisse kann festgestellt werden:

- Heutiges Mauerwerk ist sehr viel widerstandsfähiger gegen Explosionen als bisher in einschlägigen Tabellen angegeben.
- Verstärktes Mauerwerk kann so widerstandsfähig wie Stahlbeton sein.
- Heutige Fenstersysteme sind widerstandsfähiger gegen Explosionen als bisher in einschlägigen Tabellen angegeben.
- Werden explosionsgerechte Fenster und Türen nicht von zertifiziertem Fachpersonal eingebaut, sind sie wirkungslos, ja werden sogar selber zu Gefahr, weil sie wie Geschosse herumfliegen.

Die detaillierten Auswertungen des Daten-, Bild- und Filmmaterials werden noch Monate in Anspruch nehmen. □

[Empfehlenswertes Fachportal:](http://www.Brand-Feuer.de)

www.Brand-Feuer.de

Ein Nachschlagewerk von und für Fachleute, Handwerker, Feuerwehrmitarbeiter, Versicherungen, Polizeibeamte, Kriminalisten, Schornsteinfeger, Behörden, Interessierte und Geschädigte, aber auch für diejenigen, die sich über das nötige Maß hinaus mehr dem eigenen Brandschutz oder Einbruchschutz widmen wollen, ist die Informations-Präventionsseite www.Brand-Feuer.de.

Diese ehrenamtlich erstellte Internetseite wurde mit dem Anliegen ins Leben gerufen, um über Situationen aufzuklären, aus denen ein Feuer bzw. ein Brand entstehen kann. Brand-Feuer.de ist das einzige institutionsübergreifende Netzwerk, bei dem alle am Thema Beteiligten zu Wort kommen.

Auf dieser Informationsplattform werden Gedanken und Ideen, Produkte, Vorschriften, Fachartikel, eine Vielzahl von Fachbegriffen, aber auch regional unterschiedliche Alltagsbegriffe zum Brand-Thema und Einbruchschutz

vorgestellt, zusammengefügt und erläutert. Zusammenhänge werden somit schnell erkennbar. Beruf und Hobby verschmelzen hier in einer ehrenamtlichen Tätigkeit. 160 Fachleute erklären, analog einer Wikipedia, die Theorie in ihren ganzen Facetten und veranschaulichen die Praxis durch viele Beispiele aus dem wahren Leben. Die Seite ist ständig in der Weiterentwicklung begriffen. Monatlich werden auch Präventionsartikel bei Facebook vorgestellt. □

Wissenschaftler wollen Städte sicherer machen

Amokfahrten, Messerangriffe, Terrorgefahr - Wie sicher sind unsere Städte? Mit der Beantwortung der Frage beschäftigen sich Wissenschaftler an der Universität der Bundeswehr München seit über 15 Jahren. Ständen zunächst Liegenschaften des Bundes im In- und Ausland sowie kritische Infrastrukturen im Fokus, so erweiterte sich das Themenspektrum nach „09/11“ und durch den gezielten Einsatz von Selbstmordattentätern auf unterschiedliche Ziele in unseren Städten.

Im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) untersuchte die Forschergruppe BauProtect unter Leitung von Prof. Norbert Gebbeken im Forschungszentrum RISK von 2012 bis 2016 die Sicherheit urbaner Räume bei Anschlägen durch Fahrzeuge und Selbstmordattentäter im Forschungsauftrag „Straßenbegleitbarrieren“. Hierbei ging es um den Schutz städtischer öffentlicher Räume durch intelligente Stadtmöblierung und Elemente der Gartengestaltung.

Seit 2015 prüft die Gruppe BauProtect gemeinsam mit dem BBK, wie sich übliche Gebäude bei Bombenanschlägen im urbanen Raum verhalten und wie man sie explosionsgerecht verstärken kann. Diese Untersuchungen erfolgten zunächst vollständig digital mit Simulationen am Computer. 2017 wurden auf einem Sprengplatz der Wehrtechnischen Dienststelle 91 in Meppen Häuser aus Mauerwerk, Stahlbeton und Stahl im 1:1 Maßstab in einer Arena-Umgebung aufgebaut. Sie waren immer symmetrisch. Eine Hälfte wurde konventionell errichtet, die andere Hälfte verstärkt. Vom 16. April bis zum 27. April fanden die Ansprengeversuche mit unterschiedlichen Sprengstoffmengen statt.

Diese weltweit einmaligen Versuche wurden mit Unterstützung der Wehrtechnischen Dienststelle 52 durchgeführt, die die Versuchstechnik besitzt. So wurden ca. 50 Druckaufnehmer, 15 Beschleunigungsmesser und 12 Kameras eingesetzt, davon 10 Hoch-

geschwindigkeitskameras. Dadurch war eine wissenschaftlich fundierte Messkampagne gewährleistet. Die Wehrtechnischen Dienststellen 52 (Oberjettenberg) und 91 (Meppen) und die Universität der Bundeswehr München stellten ein Versuchsteam von 27 Spezialisten: Kranfahrer, Medien- und Kameraleute, Messtechniker, Schweißer, Sprengmeister, Wissenschaftler u.v.m.

Die Beschädigungen wurden jeweils untersucht und kartiert. Danach wurden Fenster und Türen ausgewechselt und bei den zu verstärkenden Gebäuden mit höherer Widerstandsklasse versehen. Bereits aufgrund der ersten Erkenntnisse kann festgestellt werden:

- Heutiges Mauerwerk ist sehr viel widerstandsfähiger gegen Explosionen als bisher in einschlägigen Tabellen angegeben.
- Verstärktes Mauerwerk kann so widerstandsfähig wie Stahlbeton sein.
- Heutige Fenstersysteme sind widerstandsfähiger gegen Explosionen als bisher in einschlägigen Tabellen angegeben.
- Werden explosionsgerechte Fenster und Türen nicht von zertifiziertem Fachpersonal eingebaut, sind sie wirkungslos, ja werden sogar selber zu Gefahr, weil sie wie Geschosse herumfliegen.

Die detaillierten Auswertungen des Daten-, Bild- und Filmmaterials werden noch Monate in Anspruch nehmen. □

„Jeder unscheinbare Einsatz kann auch für uns selbst durch Terror oder Amok zur Bedrohung werden“, sagt der Cheforganisator Dr. Michael Stemmler. Ist das der Fall, muss die Polizei den Nahbereich um den Täter

sichern, bis keine Gefahr mehr von ihm ausgeht. So lange müssen die Rotkreuzhelfer warten, um nicht selbst Ziel eines Angriffs zu werden. Um das möglichst realistisch zu üben, kamen Polizeibeamte aus der Region in ihrer Freizeit auf das Übungs Gelände und stellten die Terrorabwehr so dar, wie sie im Ernstfall aussehen kann.

Bestens gerüstet für den Notfall

Mit rund 400 Teilnehmern und nochmal so vielen Helfern für Verpflegung, Infrastruktur, Kommunikation und Verletzten-darstellung war das Großunfallsymposium des BRK Schwaben die bisher größte Übung für Ehrenamtliche in Bayern. „Wir haben gezeigt, mit welcher Schlagkraft wir Terrorlagen begegnen können. Ich bin von der Professionalität und Leidenschaft unserer ehrenamtlichen Rotkreuzhelfer beeindruckt. Wir hoffen, dass Terror- und Amoklagen in der Region niemals Realität werden, durch das Großunfallsymposium sind wir nun besser darauf vorbereitet“, sagt Landesbereitschaftsleiter Michael Raut. □

Sicherung des Nahbereichs

„Jeder unscheinbare Einsatz kann auch für uns selbst durch Terror oder Amok zur Bedrohung werden“, sagt der Cheforganisator Dr. Michael Stemmler. Ist das der Fall, muss die Polizei den Nahbereich um den Täter

Dr. Niedermayer: Am längsten werden wir für den ausgebrannten Teil des Rathauses brauchen. Da rechne ich mit mehr als einem Jahr, bis alle Schadstoffe entfernt sind und der Wiederaufbau erfolgt ist. Räume mit Schimmelpilzbefall sind schneller sanierbar.

Am Anfang sind wir nur schleppend vorangekommen. Der Brandschutt musste vor der Entsorgung aus Gründen des Denkmalschutzes Schaufel für Schaufel gesucht werden, um wertvolles Material zu bergen. Ähnliches gilt für verschmutzte Stuckdecken. Die dürfen nicht einfach so entfernt werden. Man muss sie erkunden, dokumentieren, dann säubern, sanieren und konservieren. Bei Stuck geht das nur mit aufwändigen Verfahren und das dauert.

GZ: Trotzdem wollen die Mitarbeiter des Rathauses irgendwann auch wieder zurück an ihre Arbeitsplätze. Worauf liegt Ihr Hauptaugenmerk?

Dr. Niedermayer: Ganz klar auf dem Gesundheitsschutz. Das Endergebnis der Sanierung muss ein schadstofffreies Gebäude und somit ein unbelasteter Arbeitsplatz sein – da ist übrigens auch der Denkmalschutz mit mir einer Meinung. Die Gesundheit der Angestellten und Besucher ist wichtiger als eine Stuckdecke. Trotzdem versuchen wir, so viel Material wie möglich zu erhalten und das macht die Sanierung zu einer langwierigen und auch teuren Angelegenheit.

GZ: Herzlichen Dank für das Gespräch, Herr Niedermayer! □



Ein Raub der Flammen: Das Vorzimmer des Oberbürgermeisters. □

Internationale Katastrophenschutzübung „Roter Eber 2018“

Als Katastrophenschutzbehörde plant das Landratsamt Cham unter der Leitung von Landrat Franz Löffler am 8. und 9. Juni die länderübergreifende Katastrophenschutzübung „Roter Eber 2018“. Ziel dieser Vollübung ist die gemeinsame, praktische Bewältigung von Großschadenslagen durch mehr als 2.500 Einsatzkräfte von Hilfsorganisationen aus Bayern und Tschechien. Die Bevölkerung ist eingeladen, die Übung an ausgewählten Schauplätzen zu verfolgen. Auch der bayerische Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, wird als Beobachter anwesend sein. □

25 Jahre Landesfeuerwehrverband Bayern:

„Absolute Erfolgsgeschichte“

Rund 350 geladene Gäste aus Politik und Gesellschaft feierten in der Münchner Residenz die 25-jährige Wiedergründung des Landesfeuerwehrverbands Bayern. Am Staatsempfang nahmen neben dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder unter anderem Innenminister Joachim Herrmann, der Leiter der Staatskanzlei Florian Herrmann sowie Innenstaatssekretär Gerhard Eck teil.

Lobende Worte für die Arbeit des LFV Bayern fand ein-gangs Ministerpräsident Söder: „Auf unsere bayerischen Feuerwehren ist auch in schwierigsten Situationen Verlass, dafür gebührt ihnen höchster Respekt und Anerkennung. Wir wissen, was unsere 325.000 Feuerwehrleute, davon rund 310.000 sogar ehrenamtlich, täglich leisten. Der Freistaat war schon immer ein starker Unterstützer der Feuerwehr, aber wir bauen diese Unterstützung kräftig aus – wir schaffen bessere Ausbildungsmöglichkeiten, investieren in modernere Ausrüstung und stärken den Landesfeuerwehrverband.“

Echtes Herzensanliegen

Wie Innenminister Joachim Herrmann betonte, sei der Bayerischen Staatsregierung die Stärkung und Unterstützung der Feuerwehren im Freistaat ein echtes Herzensanliegen. Große Anstrengungen würden unternommen, um den hohen Standard bei der Ausbildung und der Ausrüstung immer weiter zu verbessern und die Rahmenbedingungen optimal auszugestalten. „Der Landesfeuerwehrverband Bayern ist eine absolute Erfolgsgeschichte. Er ist eine starke und wichtige Interessenvertretung der bayerischen Feuerwehren“, urteilte der Minister.

Große Nachfrage nach Lehrgangsangeboten

Das hervorragende Ausbildungsangebot der drei bayerischen Staatlichen Feuerweherschulen in Geretsried, Lappersdorf und Würzburg stößt Herrmann zufolge auf großes Interesse. Um die ungebrochen große Nachfrage nach den Lehrgangsangeboten bewältigen zu können, brauche es Investitionen in zusätzliche Kapazitäten. Seit 2011 sind rund 65 Millionen Euro in Baumaßnahmen geflossen, für die aktuell angestrebten und begonnenen Baumaßnahmen sind noch einmal 55 Millionen Euro eingeplant. Zusätzlich will die Staatsregierung in den nächsten Jahren das Ausbildungsangebot der Feuer-

weherschulen mit weiteren 65 zusätzlichen Stellen nochmals deutlich verbessern.

Zentraler Ansprechpartner

Um die Umstellung von Analog- auf Digitalfunk möglichst einfach und effizient zu gestalten, wird nach den Worten des Ministers zudem ein zentraler Ansprechpartner eingerichtet. Er soll die Feuerwehren und Hilfsorganisationen fachlich beraten, Lösungen entwickeln und alle Beteiligten vernetzen. Auch das vorbildliche Engagement des LFV in der Fach- und Jugendarbeit soll durch eine kräftige Aufstockung der Förderung von 380.000 Euro auf 500.000 Euro pro Jahr deutlich stärker unterstützt werden.

Deutliche Verbesserungen bei der Ausrüstung wird es laut Herrmann mit einem Sonderförderungsprogramm für die Zweitausstattung der Atemschutzgeräteträger geben. Etwa bei lang andauernden oder bei schnell aufeinanderfolgenden Einsätzen ermögliche ein zweiter Satz Einsatzkleidung den Wechsel der verschmutzten Ausrüstung und damit eine spürbare Erleichterung. Hierfür wird der Freistaat insgesamt rund 9 Millionen Euro bereitstellen.

Beweis für den hohen Stellenwert der LFV Bayern

Nach den Worten des Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes in Bayern, Alfons Weinzierl, ist der Empfang der Staatsregierung ein Beweis für den hohen Stellenwert der LFV Bayern. Die künftigen vielfältigen Aufgaben könnten nur gemeinsam vorangebracht werden. Den Vertretern der Politik dankte er insbesondere für die Zweckbindung der Feuerchutzsteuer für den Feuerwehrbereich. Zum Abschluss der Feierlichkeiten überreichte Weinzierl dem Ministerpräsidenten ein Willkommensgeschenk der besonderen Art, nämlich „eine ganz spezielle Feuerwehrüberjacke, die Ihnen symbolisch jene dicke Haut verleiht, die man in Ihrer Position benötigt“. DK

Söder und Füracker zu 100 Jahre Schlösserverwaltung:

Mehr als fünf Millionen Besucher in Bayerns Residenzen

Wiedereröffnung von Markgräflichem Opernhaus Bayreuth und Münchner Königsbau der Residenz / Veranstaltungstage mit freiem Eintritt im Jubiläumsjahr 2018

„Mehr als fünf Millionen Gäste besuchten 2017 unsere staatlichen Schlösser, Burgen und Residenzen. Die Besucherzahlen stiegen um 1,7 Prozent an. Die Schlösserverwaltung feiert ihr 100-jähriges Jubiläum in diesem Jahr mit besonderen Veranstaltungstagen bei freiem Eintritt“, kündigten Dr. Markus Söder und Albert Füracker an, als beide noch Finanzminister und Staatssekretär Bayerischen Finanzministerium waren. Anlass war die Präsentation der Besucherbilanz 2017 der Bayerischen Schlösserverwaltung, Deutschlands größter Museumsträger.

„Unsere bayerischen Kulturgüter in allen Landesteilen sind lebendiges kulturelles Erbe und Zugpferd des Tourismus. Sie bringen Wirtschaftskraft und unterstreichen den Charakter Bayerns als traditionsbewusst

tauriert. Im Rahmen der ersten umfassenden Sanierung seit Erlebens des kulturellen Erbes werden die Prunkräume mit Kosten von 20,2 Millionen Euro und der Torbau mit Kosten von 1,4 Millionen Euro saniert. Zahlreiche Be-

Residenz München (422.047), die Residenz Würzburg (344.215), Schloss Nymphenburg (313.248), die Nürnberger Kaiserburg (177.328), die Walhalla in Donaustauf (146.092) oder die Befreiungshalle in Kelheim (102.622). Einen wahren Besucheransturm erlebte auch die Cadolzburg seit der Eröffnung des ersten Bürgerlebnismuseum Deutschlands im Sommer. Mehr als 50.000 Besucher erlebten seither einen lebendigen und interessanten Einblick in die Geschichte des Mittelalters in dem einzigartigen Mitmach-Museum.

Markgräfliches Opernhaus wiedereröffnet

Im April stand die Eröffnung eines einzigartigen Monuments barocker Theaterkultur an: Das Markgräfliche Opernhaus in Bayreuth. Der Freistaat investierte mit 29,6 Millionen Euro kräftig in die Sanierung des UNESCO-Weltkulturerbes. Mit der Aufführung der Oper „Artaserse“ von Johann Adolph Hasse und einem umfangreichen Festprogramm wurde das Opernhaus von Ministerpräsident Söder feierlich wiedereröffnet. Nunmehr erstrahlt das einzige vollständig erhaltene Beispiel der Hofoperarchitektur wieder in seiner ursprünglichen Farbigekeit und Pracht.

Im Juni wird mit dem Königsbau der Residenz in München nach Jahren erneut ein großes Museum in München eröffnet.



Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL, Finanzminister Albert Füracker, MdL und der Präsident der Bayerischen Schlösserverwaltung Bernd Schreiber (v.l.) vor dem Markgräflichen Opernhaus in Bayreuth. Bild: © Andreas Harbach

ter Kulturstaat“, betonte Söder. 5.100.381 Besucher kamen im vergangenen Jahr in die Sehenswürdigkeiten der Heimat Bayern. Highlights in diesem Jahr sind unter anderem die Wiedereröffnung des UNESCO-Welterbes Markgräfliches Opernhaus Bayreuth, nach etwa 6-jähriger Restaurierung, und des Königsbaus der Residenz München als neuer Museumstrakt. „Die Schlösserverwaltung stellte erneut unter Beweis, dass sie in der Champions-League der deutschen Kultureinrichtungen ganz vorne mitspielt und einen großen Beitrag zum bayerischen Tourismusboom leistet“, freuten sich Söder und Füracker.

Besuchermagnet Neuschwanstein

Besuchermagnet war im vergangenen Jahr erneut Schloss Neuschwanstein mit fast 1,5 Millionen Besuchern, einem Plus von 3,1 Prozent. Damit das Königsschloss auch weiterhin dem Besucheransturm standhalten kann, wird kräftig res-

sucher kamen auch in die anderen Schlösser des Märchenkönigs Ludwig II. Schloss Linderhof (412.810) und Schloss Herrenchiemsee (376.160). Große Besuchermagnete waren ferner die

Neues Sachgebiet:

Unterfränkische Museumslandschaft stärken

Bezirk Unterfranken baut Beratungsangebot aus Schwerpunkt digitale Strategien für Museen

Würzburg. (mm) Der Bezirk Unterfranken baut seine Museumsförderung weiter aus und hat jetzt ein eigenes Sachgebiet Museum im Referat Kulturarbeit und Heimatpflege neu geschaffen. Inhaberin der neuen Stelle ist seit dem 1. April Anne Kraft. Die 36-jährige Volkskundlerin wird sowohl die Museumseinrichtungen des Bezirks als auch alle anderen unterfränkischen Museen und historischen Sammlungen fachlich beraten. Dabei will sich Anne Kraft insbesondere auf die Vermittlungsarbeit und digitale Strategien für Museen konzentrieren.

Der Bezirk Unterfranken betreibt in Schloss Aschach drei Museen, nämlich das Volkskundemuseum, das Schulmuseum und das Graf-Luxburg-Museum, das derzeit grundlegend umgebaut wird. Zudem befindet sich

in der ehemaligen Schlossmühle das modernste Museumsdepot Bayerns. Einen weiteren wichtigen Schwerpunkt seiner Museumsarbeit sieht der Bezirk traditionell in der Beratung. Im engen Schulterschluss mit der Landesstelle für nichtstaatliche Museen unterstützt der Bezirk die Museen vor Ort. Finanziert wird die unterfränkische Kulturarbeit aus der Unterfränkischen Kulturstiftung, die der Bezirk Unterfranken 1998 nach dem Verkauf seines Aktienpakets an einem Energiekonzern gegründet hat. Mit diesen Mitteln setzt sich der Bezirk für die Förderung des kulturellen Lebens in Unterfranken ein. □



Anne Kraft will bei der Museumsarbeit verstärkt digitale Medien einsetzen. Das Bild zeigt die neue Leiterin des Sachgebiets Museum im Referat Kulturarbeit und Heimatpflege gemeinsam mit Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel. Bild: Mauritz



Das Markgräfliche Opernhaus der damaligen Residenzstadt Bayreuth entstand ab 1744 in nur vier Jahren Bauzeit nach Plänen von Joseph St. Pierre. Nach einer Restaurierungszeit von knapp sechs Jahren wurde das Markgräfliche Opernhaus wiedereröffnet. Bild: © NEWS5

Der Königsbau hat in etwa die Größe der Alten Pinakothek. In fünf völlig neuen Ausstellungsbereichen erzählen die Reichthümer der Porzellan- und Silberkammern und die faszinierenden Werke der Miniaturmalerei Ereignisse aus vier Jahrhunderten bayerischer Geschichte. „Ein echtes Highlight für die Münchner Museumslandschaft“, kündigte Söder an.

In diesem Jahr begeht die Bayerische Schlösserverwaltung ihr 100-jähriges Jubiläum mit Ver-

anstaltungstagen in jeweils einem Objekt in jedem bayerischen Regierungsbezirk bei ganztägig freiem Eintritt, einem großen Kinderprogramm am Nachmittag und einem bunten Rahmenprogramm für Erwachsene. Die erste Veranstaltung zum „Jubiläumsjahr 2018 – Bayerns Schlösser und Burgen“ fand im April in Schloss Höchstädt statt. Anfang Mai folgte die Walhalla. Burg Trausnitz (8.6.), Schloss Seehof (22.6.), Residenz München (29.6.) feiern im Juni; Re-

sidenz Würzburg (13.7.) und Kaiserburg Nürnberg (21.7.) bilden im Juli den Abschluss.

„Wir arbeiten ständig daran, Bayerns Erbe zu bewahren und noch attraktiver zu machen“, betonte Söder. Als Beispiele für große Baumaßnahmen nannte der Minister die Sanierung der Venusgrotte in Linderhof und die Generalsanierung der Festung Marienberg. Derzeit beläuft sich das laufende und geplante Bauvolumen auf mehr als 385 Millionen Euro. □

Münchner Note

Museen, Bibliotheken und Archive fordern dringend notwendige politische Unterstützung zur Sichtbarmachung ihrer Sammlungsbestände im digitalen Raum

Museen, Bibliotheken und Archive eint im Rahmen ihres Bildungsauftrags als Gedächtnisinstitutionen der gemeinsame Wunsch, sich im Umgang mit ihren Sammlungsbeständen den Bedürfnissen des 21. Jahrhunderts anzupassen und auch die urheberrechtlich geschützten Bildwerke der Öffentlichkeit vollständig im Internet zugänglich zu machen. Die Beschränkungen durch das Urheberrecht führen für Kulturinstitutionen dazu, dass zeitgenössische und moderne Kunst im digitalen Raum nicht dauerhaft für die Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden kann.

Im Falle der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen betrifft dies aktuell ca. 15.000 Werke aus dem Bestand. Diese Werke können daher in der seit April 2017 existierenden Online-Sammlung (www.sammlung-pinakothek.de) nicht abgebildet werden.

Fairer Ausgleich angestrebt

Die Unterzeichnenden der „Münchner Note“ streben einen fairen Ausgleich zwischen dem Interesse der Gesellschaft am Zugang zu Abbildungen von urheberrechtlich geschützten Werken und den Rechten der Urheber an. Ein solcher Ausgleich kann nur gelingen, wenn die Institutionen Rechtssicherheit für die digitale Sichtbarmachung ihrer Bestände erhalten, der Aufwand der Rechtklärung für alle Beteiligten so gering wie möglich ist und die Urheber eine gerechte Vergütung für die Nutzungen erhalten. Eine gesetzliche Schrankenregelung, die den Museen und Sammlungen eine solche zustimmungsfreie Nutzung ermöglicht, gibt es bislang nur für analoge Ausstellungs- und Bestandskataloge.

Gemeinsame Interessen

Auf Initiative der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen fand im Oktober 2017 die Tagung „Museen im digitalen Raum. Chancen und Herausforderungen“ (siehe #MusMuc17 und www.pinakothek.de/musmuc17) in der Pinakothek der Moderne in München statt. Hier diskutierten Fachleute öffentliche Sammlungen und „open access“. Die auf der Tagung gestellten Fragen gaben den Anstoß zur Entwicklung der „Münchner Note“. Dabei handelt es sich auch um eine Weiterentwick-

mit Museen und Archive ihre Bestände vollständig – unter Einschluss noch nicht gemeinsamer Bestandsgruppen – online sichtbar machen können, um den Bildungsauftrag auch im digitalen Raum erfüllen zu können. Erforderlich ist eine wertungsgesellschaftspflichtige gesetzliche Lizenz zugunsten von Museen, Bibliotheken und Archiven nach dem Vorbild der bestehenden Schrankenregelungen im Bildungsbereich.

Korrektur des Richtlinienrahmens

Zudem wird eine Korrektur des Richtlinienrahmens gefordert, welcher der Rechtsprechung des EuGH zum Framing zugrunde liegt, damit die Bildurheberinnen und -urheber nicht die Kontrolle über weitere Nutzungen ihrer Werke im Internet verlieren. Die Kultureinrichtungen sind zu einer technischen Sicherung gegen Framing nicht in der Lage.

Die Münchner Note ist ein offenes Dokument. Kultur- und Gedächtnisinstitutionen können sich jederzeit anschließen. Download:www.pinakothek.de/muenchner-note. □

„Die Plassenburg und der Dreißigjährige Krieg“

Sonderausstellung im Museum „Die Hohenzollern in Franken“ auf der Plassenburg ob Kulmbach

Kaum ein anderer Krieg – mit Ausnahme der Kriegskatastrophen des 20. Jahrhunderts – erschütterte Deutschland mit so drastischen und langanhaltenden Folgen, wie der Dreißigjährige Krieg. Der vordergründig zwischen den Konfessionen ausgetragene Konflikt entwickelte sich schon bald zu einem Machtkampf zwischen den politischen Blöcken Europas.

Die Plassenburg war die Landesfestung des Fürstentums Brandenburg-Kulmbach und eine wichtige Residenz der Hohenzollern. Seit 1603 regierte Markgraf Christian. Dieser war, obgleich er zu den Mitbegründern der Evangelischen Union zählt, auf eine diplomatische Lösung der Konflikte bedacht und bewahrte seinem Land bis 1631 die Neutralität. Von 1631 bis 1635 zählte er dann selbst zu den kriegführenden Parteien. In diesen Jahren wurde sein Land von der ganzen Härte des Krieges getroffen.

Die kleine, in den Markgrafenzimmern der Plassenburg gezeigte Ausstellung stellt dem Be-

sucher verschiedene Persönlichkeiten und Ereignisse aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges vor und wirft Streiflichter auf die Rolle, die die Plassenburg in jener schrecklichen Zeit spielte.

Zu sehen ist die von der Schlösserverwaltung organisierte Ausstellung bis zum 30. April 2019 im Rahmen eines Besuchs in den staatlichen Sammlungen auf der Plassenburg ob Kulmbach.

Zu der Ausstellung werden Sonderführungen angeboten. Alle Informationen zur Plassenburg erfahren Sie auf <http://www.schloesser.bayern.de/deutsch/schloss/objekte/kulmbach.htm>. □

Das Welterbe in der digitalen Perspektive

UNESCO-Welterbestätten Deutschland e.V. und die Deutsche UNESCO-Kommission machten die Digitalisierung zum Kernthema ihrer Tagung in Bayreuth

Die Digitalisierung hat die Welt in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert. Grund genug für den UNESCO-Welterbestätten Deutschland e.V. und die Deutsche UNESCO-Kommission, sich auf der Jahrestagung der deutschen Welterbestätten, die in Bayreuth stattfand, mit den Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung zu befassen.

Welche Bedeutung haben Digitalisierung und digitale Medien für Besuch, Management, Vermittlung und Inwertsetzung der Welterbestätten? Welche Trends und Medienformate können Welterbestätten sinnvoll nutzen? Von welchen positiven Beispielen kann man lernen? Mit diesen Fragen befassten sich die 90 Tagungsteilnehmer aus den 42 deutschen Welterbestätten. Die Fachtagung bot viel Gelegenheit, sowohl vom Fachwissen der Referentinnen und Referenten als auch vom Know-how möglichst vieler Teilnehmender zu profitieren.

Im Jahr der Wiedereröffnung des Markgräflichen Opernhauses in Bayreuth hatten die Verantwortlichen um Oberbürgermeisterin Brigitte Merk-Erbe und dem Geschäftsführer der Bayreuth Marketing & Tourismus GmbH, Dr. Manuel Becher, die deutsche Welterbefamilie zum Empfang in „ihr“ UNESCO-Weltkulturerbe eingeladen. „Ihre Fachtagung in Bayreuth ist ein weiteres Kompliment für unsere Stadt“ bedankte sich die Oberbürgermeisterin für die Auswahl des Tagungsortes. □

Bezirk führt das Niederbayern-Forum in die Zukunft

Die Stärken der Region sollen bayern- und bundesweit sichtbar gemacht werden

„Niederbayern schafft Heimat, Niederbayern schafft Zukunft!“ So lautet der Slogan, mit dem der Verein Niederbayern-Forum e.V. die Entwicklung der Region weiter voranbringen möchte. Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, für eine starke Darstellung Niederbayerns zu sorgen – nach innen wie nach außen. Zu diesem Zweck werden in Zusammenarbeit und engem Schulterschluss mit den unterschiedlichsten Akteuren der Region Projekte und Marketingmaßnahmen initiiert. Seit seiner Gründung 2011 hat sich das Netzwerk sehr positiv entwickelt: Mehr als 280 Mitglieder und „Botschafter Niederbayerns“ unterstützen inzwischen das gemeinsame Ziel, Niederbayern zu stärken.

Vor kurzem hat sich der Bezirkstag für eine Fortführung der Arbeit ausgesprochen und entschieden, dass das Niederbayern-Forum als Trägerverein des Regionalmarketing Niederbayern für die Jahre 2019 bis 2024 eine jährliche Fördersumme in Höhe von 100 000 Euro erhält. Die aktuelle Förderperiode läuft zum Jahresende aus. Die Förderung des Regionalmarketing ist als Kofinanzierung ausgelegt. Zum Abruf der Fördersumme des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat hat der Projektträger Niederbayern-Forum bereits bei der Antragstellung Eigenmittel nachzuweisen.

Gemäß der neuen Förderrichtlinie Landesentwicklung des Heimatministeriums erfolgt die Förderung auch künftig als Projektförderung in Zukunftsthemen. Die Förderdauer wird von drei auf drei plus drei Jahre erhöht. Nach einer erfolgreichen Zwischenevaluierung erfolgt nach dem dritten Jahr die Verlängerung auf insgesamt sechs Jahre. Die maximal mögliche jährliche Fördersumme steigt von 100.000 auf 150.000 Euro. Mit seiner Finanzierungszusage trägt der Bezirk dazu bei, dass die Höchstförderung des Ministeriums ausgeschöpft werden kann.

Nach Angaben von Bertram Vogel, Geschäftsführer des Niederbayern-Forums, soll der Schwerpunkt in Zukunft stärker auf die Außenarbeit der Region gelegt werden. Diese Ausrichtung sei allen Akteuren in den Gebietskörperschaften und in der Wirtschaft ein gemeinsames Anliegen. Niederbayern und seine Stärken sollen bayern- und bundesweit bekannt gemacht werden. Dabei gehe es um das Komplettpaket von Natur, günstigeren Immobilien, attrakti-

Das Komplettpaket Niederbayern

Ergänzend dazu stellt der Bezirk dem Niederbayern-Forum für ein grenzüberschreitendes INTERREG-Projekt mit Oberösterreich für die Laufzeit von 2019 bis 2021 – ebenfalls als erforderlicher Kofinanzierungs-Beitrag – eine einmalige Fördersumme in Höhe von 50 000 Euro zur Verfügung. Mit Blick auf die gemeinsame Interessenslage wurden bereits erste Eckpunkte einer Zusammenarbeit definiert: Vorteile und Chancen des Lebens im ländlichen Raum sollen intensiv kommuniziert werden, um junge Leute und Familien da-

ven Unternehmen, einer hohen Lebensqualität sowie eines hervorragenden Bildungsangebots. In einem Strategie-Workshop des Lenkungsremiums aus Vorstand und Beirat wurden bereits die Eckpunkte der zukünftigen Ausrichtung entwickelt. Diese sind mit den beiden Wirtschaftskammern IHK und HWK abgestimmt und werden im Dialog mit weiteren Akteuren der Region in den kommenden Wochen noch konkreter ausgearbeitet und gemeinsam beschlossen. In diesen Prozess ist auch die kommunale Familie (der Gemeinde- beziehungsweise Städtetag Niederbayern sowie die Landräte des Regierungsbezirks) eng eingebunden.

Leben und arbeiten im ländlichen Raum

Nicht zuletzt auch bei Angeboten wie der bayerisch-tschechischen Unternehmensbörse lerne man die Anforderungen des Nachbarlandes besser kennen. Laut Vogel werden im Wettbewerb der Regionen (auch um die besten Köpfe) Allianzen immer wichtiger. Daher soll nun in Ergänzung zu Kooperationen mit den tschechischen Nachbarn auch enger mit den Österreichern zusammengearbeitet werden.

zu zu bewegen, aus den Metropolen wie München und Wien in die Heimat zurückzukehren. Damit soll dem schon bestehenden oder drohenden Fachkräftemangel Einhalt geboten werden.

Das Thema Fachkräfte brennt der hiesigen Wirtschaft unter den Nägeln und die regionalen Firmen schreiben dem Regionalmarketing gerade bei diesem Thema eine wichtige Rolle zu. Berndt Fritzsche, Vorsitzender des Aufsichtsrats der MIPA SE (Essenbach, Landkreis Landshut) und Mitglied im Vorstand des Niederbayern-Forum e.V., zufolge wird Niederbayern national und international nach wie vor nur teilweise als moderner Industriestandort wahrgenommen. Dies zu ändern, sei eine der Aufgaben des Regionalmarketings – unter anderem auch mit Blick auf die Ansiedlung von Hightech-Unternehmen in der Region. Für die ansässigen und auch zukünftigen Unternehmen, die in Niederbayern tätig sind, sei es wichtig, im Wettbewerb um Fachkräfte und Mitarbeiter das große Potenzial Niederbayerns darzustellen und bekannt zu machen.

Enger Austausch

Karl Laufer, Geschäftsführer der Karl Laufer Heizungs- und Sanitär GmbH in Rattiszell (Landkreis Straubing-Bogen), ist ebenfalls Mitglied im Vorstand des Niederbayern-Forums. Aus Sicht der Wirtschaft hält er diese Einrichtung für notwendig. Sie ermögliche einen intensiven Erfahrungsaustausch zwischen verschiedenen Firmen in unterschiedlichen Branchen, von dem auch das eigene Unternehmen profitiere sowie eine gute Kommunikation über Ländergrenzen hinweg.

„Wir sehen uns im Niederbayern-Forum als Dienstleister zur Weiterentwicklung der Region“, so der Erste Vorsitzende des Niederbayern-Forum e.V., Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. „Das Niederbayern-Forum ist das alles umspannende Netzwerk für Niederbayern. Unser Ziel ist es, Niederbayern noch attraktiver und lebenswerter zu gestalten und nach außen noch selbstbewusster darzustellen. Gemeinsam mit den Projektpartnern möchten wir Niederbayern weiter stärken. Niederbayern schafft Heimat und Zukunft. Alle Regionalmarketing-Aktivitäten erfolgen im engen Austausch mit den Landkreisen und Städten, mit der Regierung von Niederbayern und dem Bezirk Niederbayern, mit den Hochschulen und Kammern sowie mit Vertretern aus Institutionen, Unternehmen und der Politik.“

Perspektiven ausbauen

Der niederbayerische Regierungspräsident Rainer Haselbeck ergänzt: „Niederbayern macht den Menschen ein tolles Angebot – modernste Arbeitsplätze und ein attraktives Lebensumfeld jenseits überhitzter Ballungsräume. Diese spezielle niederbayerische Stärke wird künftig noch wichtiger und bietet uns große Chancen. Das Niederbayernforum ist die ideale Plattform, um diese Perspektiven auszubauen und offensiv darzustellen.“

Nach außen vertritt den Verein ein siebenköpfiger Vorstand. Erster Vorsitzender ist Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. Sein Stellvertreter und zweiter Vorsitzender ist Regierungspräsident Rainer Haselbeck. - ch -



V. l.: Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Jürgen Kilger, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Niederbayern, Alexander Schreiner, Hauptgeschäftsführer der IHK Niederbayern und Regierungspräsident Rainer Haselbeck.

Bild Bezirk Niederbayern

„Wohnen für Hilfe“ im Landkreis Fürstentfeldbruck

Positive Bilanz nach einem Jahr

Ein Jahr nach dem Start des Projektes „Wohnen für Hilfe“ im Landkreis Fürstentfeldbruck kann die Vermittlungsstelle im Landratsamt, die Alt und Jung in generationenübergreifende Wohnpartnerschaften zusammenbringt, eine positive Bilanz ziehen. Für die Umsetzung des Projektes wurden alle nötigen Rahmenbedingungen und Strukturen geschaffen.

Bisher wurden bereits neun Wohnpartnerschaften vermittelt. Die Beteiligten sind zumeist sehr zufrieden mit ihrer neuen Wohnsituation und profitieren von der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung.

„Man ist nicht mehr allein und das gibt einem Sicherheit. Damit das Zusammenleben klappt, bedarf es Sympathie auf beiden Seiten und einer offenen Kommunikation“, so eine Seniorin aus Puchheim. Eine Studentin aus der Ukraine äußert: „Wohnen für Hilfe ist eine gute Möglichkeit für mich, die deutsche Kultur kennenzulernen und mich auf das Zusammenleben mit der älteren Generation einzulassen. Die Seniorin und ihre Familie unterstützen mich sehr. Wir sind gute Freunde geworden.“ „Es ist hilfreich und beruhigend, wenn vom Landratsamt jemand informierend, regulierend und im Bedarfsfall vermittelnd im Hintergrund steht“, erläutert eine Seniorin aus Eichenau.

Mehr Wohnpartnerschaften auf der Wunschliste

Nach dem gelungenen Start wünscht sich die verantwortliche Sozialpädagogin der Vermittlungsstelle im Landratsamt Fürstentfeldbruck, Verena Bauer, dass sich noch mehr Wohnpartnerschaften im Landkreis Fürstentfeldbruck finden. Hierfür bedarf es besonders Seniorinnen und Senioren, die bereit sind, einen jungen Menschen bei sich aufzunehmen.

Wohnen für Hilfe vermittelt generationenübergreifende Wohnpartnerschaften zwischen Seniorinnen und Senioren und jungen Menschen. Ältere Menschen stellen freien Wohnraum zur Verfügung, im Gegenzug erhalten sie anstelle von Mieteunterstützung im Alltag von den Studierenden oder Auszubildenden, wie z.B. Haus- oder Gartenarbeit, Einkaufen, Begleitung zum Arzt etc..

Mehrwert für alle

Generell gilt: Ein Quadratmeter Wohnfläche bedeutet eine Stunde Hilfeleistung im Monat. Bei diesen Wohnpartnerschaften steht nicht nur die Hilfeleistung im Vordergrund, es geht auch darum, der drohenden Vereinsamung entgegenzutreten, vom Erfahrungsschatz des jeweils anderen zu profitieren und Werte wie Toleranz und Wertschätzung zu verstärken. „Wohnen für Hilfe“ kann es älteren Menschen ermöglichen, länger in ihrem gewohnten Umfeld zu bleiben, Stu-

dierende und Auszubildende erhalten bezahlbaren Wohnraum.

Interessierte an „Wohnen für Hilfe“ wenden sich bitte an Verena Bauer, Landratsamt Fürstentfeldbruck, E-Mail: wohnen-fuer-hilfe@lra-ffb.de

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018

Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Im Kulturstadl Vohburg:

Ehrenamtskongress mit rund 140 Ehrenamtlichen

„Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis ist ebenso vielfältig wie unsere Gesellschaft. Sie alle sind es, die unseren Landkreis so lebenswert machen und unser Gemeinwesen bereichern. Sie sorgen dafür, dass wir uns in unserer Heimat auch ‚heimisch‘ fühlen“, so Landrat Martin Wolf bei der Eröffnung des 6. Ehrenamtskongresses. Insgesamt rund 140 Vorstände, Vorsitzende und Mitglieder von Vereinen und ehrenamtlichen Gruppierungen waren der Einladung des Koordinierungszentrums BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT AM LANDRATSAmt Pfaffenhofen (KOBÉ) gefolgt und in den Kulturstadl nach Vohburg gekommen.

Martin Wolf: „Unsere Ehrenamtlichen übernehmen Verantwortung für sich und für andere Menschen und sind deshalb etwas ganz Besonderes. Wir wollen unsere Ehrenamtlichen daher ganz gezielt unterstützen.“ Der jährliche Ehrenamtskongress sei eine hervorragende Plattform für den Austausch von Informationen und Erfahrungen. Martin Wolf: „Dass wieder so viele Interessierte am Kongress teilnehmen freut uns sehr und bestärkt uns in unserer Arbeit.“

Der Landrat nannte dabei Zahlen aus dem Freiwilligenurvey. Demnach sind 43,6 % der Bevölkerung, das entspricht rund 30,9 Millionen, ehrenamtlich tätig. Das Statistische Bundesamt hat zudem den Tagesablauf von Freiwilligen ausgewertet. Demnach wenden Ehrenamtliche im Durchschnitt pro Tag zwei Stunden und sieben

Minuten für ihr Engagement auf. „Das ist eine Menge, wenn man überlegt, was man in dieser Zeit sonst alles machen könnte. Viele von Ihnen stecken bestimmt noch mehr Zeit in ihr Ehrenamt, sie schenken der Gemeinschaft ihre Zeit. Und das ist etwas sehr Wertvolles und dafür danken wir Ihnen allen sehr herzlich“, so der Landrat.

Unternehmens- und Vereinsberater Michael Blatz setzte sich in seinem Vortrag u.a. mit Problemen der Vereine wie Mitgliederschwund, zu wenig Neueintritte, fehlendes Engagement der bestehenden Mitglieder sowie Überalterung von Mitgliedern und Vorstandschaft auseinander. „Das große Angebot an verschiedensten Vereinen ist meist der Grund für Nachwuchssorgen in den Vereinen“, so Michael Blatz. Die Engagementbereitschaft der Bürge-

rinnen und Bürger sei nach wie vor sehr hoch und nehme auch weiter zu. Die hohe Zahl an Organisationen stelle für viele Vereine jedoch ein wirkliches Problem dar. Michael Blatz: „Es gibt leider kein Patentrezept für die Gewinnung von neuen Ehrenamtlichen. Am erfolgversprechendsten ist ein Mix aus verschiedenen Marketingaktionen.“ Am allerwichtigsten jedoch sei nach wie vor die persönliche Ansprache. „Und was dabei sehr interessant ist: Eltern folgen ihren Kindern in die Vereine, das war früher umgekehrt“, ergänzte der Referent.

Gute Pressearbeit in Vereinen und Verbänden

Daneben stand das Thema „Gute Pressearbeit in Vereinen und Verbänden“ auf dem Programm. Der stellvertretende Redaktionsleiter des Pfaffenhofener Kuriers Rudi Gegger gab dazu in seinem Vortrag zahlreiche Tipps aus der Praxis der Zeitungsmacher.

Gegger konnte Berührungspunkte, die viele Verantwortliche in den Vereinen generell mit der Presse haben, abbauen. „Scheuen Sie sich nicht, sich mit unserer Redaktion in Verbindung zu setzen – egal ob per Mail, Telefon, aber gerne auch persönlich. Bei einer Veranstaltung kann dies gerne auch schon im Vorfeld sein“, so der Redaktionsleiter.

Ganz wichtig, damit eine Pressemitteilung auch wirklich gedruckt werden kann, seien der regionale Bezug und die Aktualität eines Ereignisses. „Nicht fehlen sollte auch ein gutes Foto. Hier darf der Fotograf auch gerne mal etwas mutig und kreativ sein und ein nicht ganz gewöhnliches Motiv wählen.“

Ein Film zum Thema „Ehrenamtliches Engagement im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm“ ist auf der Homepage des Landkreises (www.landkreis-pfaffenhofen.de) unter der Rubrik LEBEN/Ehrenamt und Vereine eingestellt. □



Von links: Michael Blatz, Uschi Schlosser, Rudi Gegger und Landrat Martin Wolf.

Bild: Köstler-Hösl



Staatsminister Joachim Herrmann (Mitte) mit einem Teil der Tagungsteilnehmer.

Gemeinsames Konzept für den ländlichen Raum

„Unser Land gemeinsam voranbringen ist das Ziel der länderübergreifenden Regionaltreffen zwischen CDU und CSU“, so der Bayerische Staatsminister des Innern und für Integration, Joachim Herrmann. Als CSU-Bezirksvorsitzender von Mittelfranken war er diesjähriger Gastgeber beim 13. Regionaltreffen im Triesdorfer Bildungszentrum, wo es schwerpunktmäßig um die weitere Entwicklung und Stärkung der ländlichen Räume in Bayern und dem angrenzenden Baden-Württemberg ging.

Starke und leistungsfähige Kommunen und Regionen bräuchten „passgenaue Konzepte, um die Zukunft aktiv gestalten und die Daseinsvorsorge auf dem Land sichern zu können“. Darin war sich Joachim Herrmann einig mit dem CSU-Kreisvorsitzenden aus dem Donau-Ries, Bundestagsabgeordneter Ulrich Lange, und Winfried Mack, Landtagsabgeordneter aus dem Ostalbkreis. Mit gemeinsamem Handeln wollen CDU und CSU den demografischen Veränderungen, den Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Schutz von Umwelt und Natur im Einklang mit den Erfordernissen der Landwirtschaft gerecht werden.

Hochmoderne Lehr- und Versuchsanlagen

Dazu passend war die Örtlichkeit gewählt: Für Bezirkstagspräsident Richard Bartsch vereint das Bildungszentrum Triesdorf „einen Bauernhof mit einer Vielzahl von Bildungseinrichtungen“, wo es nicht nur um die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel und die Landtechnik geht, sondern auch um die Umweltsicherung und ökologische Energiegewinnung.

Joachim Herrmann: „Nicht nur in Triesdorf stehen die Zukunftsthemen im Mittelpunkt, sondern auch bei unseren gemeinsam Kon-

zepten“. Ein wesentlicher Baustein seien die stetig steigenden landespolitischen Leistungen für Bayerns Landkreise, Städte und Gemeinden. „In diesem Jahr erreichen die Finanzausgleichsleistungen eine neue Rekordsumme von mehr als 9,5 Milliarden Euro“.

Mehr Mittel gebe es zum Beispiel auch für die Krankenhauffinanzierung und Initiativen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung außerhalb der Ballungsräume. „Für beste Lebensqualität machen wir uns auch bei der Verkehrsinfrastruktur stark“. Für Joachim Herrmann stehen aber auch die Digitalisierung, der Hochschul- und der Ausbau der Bildungsangebote auf der Agenda. „Wir schaffen Zukunftsperspektiven im ländlichen Raum“.

Know-how-Transfer

Von einer „großartigen Entwicklung in Bayern unter Verantwortung der CSU“ sprach Winfried Mack und dankte für diversen „Know-how-Transfer“. Das Nachbarland profitiere nicht nur von dem neuen Rettungshubschrauber in Sinbronn bei Dinkelsbühl, der „ohne den massiven Einsatz von Joachim Herrmann nicht realisierbar gewesen wäre“, sondern auch von diversen grenzüberschreitenden

Verkehrsprojekten, die „von Bayern aus“ auf den Weg gebracht worden seien. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion: „Unsere Zusammenkünfte tragen konkrete Früchte“.

Dies zeige sich auch an der Vernetzung bei der Vermarktung verschiedener Gartenschauen, wie im bayerischen Wassertrüdingen mit ähnlichen größeren und kleineren Projekten in Baden-Württemberg. Als gemeinsames Ziel nannte Mack auch den Ausbau der Ost-West-Achsen, also zu den so genannten Visegrad-Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn „als unsere größten Handelspartner“.

Infrastrukturelle Herausforderungen

Ulrich Lange CSU-Kreisvorsitzender von Donau-Ries und als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch für Verkehrsfragen zuständig, sprach von „infrastrukturellen Herausforderungen vor allem bei der Schiene“. Bei allen regionalen und überregionalen Themen forderte er zu einem „Schulterschluss zwischen CDU und CSU“ auf.

In der Diskussion bezeichnete Landrat Stefan Röfle, Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV), seine Partei als „guten Partner für die Kommunen“. Allerdings würden durch immer neue Herausforderungen in etlichen Bereichen die Mittel oft nicht reichen; einen Investitionsstau sah er beispielsweise beim Staatsstraßenbau und den kommunalen Hallen- und Freibädern. pmw

Auf dem Weg zum „Fairtrade Landkreis“

Im vergangenen Herbst hat der Kreistag des Landkreises München beschlossen, sich um die Zertifizierung als Fairtrade Landkreis zu bemühen. Mit der Umsetzung der dafür notwendigen Schritte wurde bereits begonnen. Ein zentrales Element für den fairen Landkreis ist dabei die Gründung einer örtlichen Steuerungsgruppe, die die Aktivitäten des Landkreises auf dem Weg zur Zertifizierung koordiniert, Ideen entwickelt und vorantreibt und die unterschiedlichen Akteure miteinander vernetzt.

Neben Vertretern aus der Landkreisverwaltung, dem (Einzel-)Handel sowie des Eine Welt Netzwerks sind dabei insbesondere engagierte Bürgerinnen und Bürger gesucht, die sich für gerechtere Handelsbeziehungen einbringen möchten und Freude daran haben, Veranstaltungen zu planen und durchzuführen. Hierzu hat der Landkreis einen Teilnahmeaufruf an die Landkreislehrerinnen und -bürger gestartet. Die Auftaktveranstaltung findet am 6. Juni 2018 um 17 Uhr im Festsaal des Landratsamts München statt.

Vom fairen Frühstück bis zur Fair-Trade-Schokolade

Gesucht werden Bürgerinnen und Bürger jeden Alters, Privat-

personen wie auch Funktionsträger, Vertreter aus Politik, Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, Schulen, Vereinen und der Medien, die sich für eine gerechtere Welt stark machen möchten, Spaß an kreativer Arbeit in der Gruppe haben und die im Landkreis das Umdenken hin zum fairen Handel aktiv mitgestalten möchten – je mehr, desto besser.

Die Bandbreite der möglichen Projekte reicht dabei von der Organisation eines fairen Frühstücks oder einer fairen Kinovorstellung über die Beschaffung fair gehandelter Sportbälle für die Sportvereine im Landkreis bis hin zur Gestaltung und dem Verkauf einer fairen Landkreis-München-Schokolade.

Landrat Christoph Göbel be-

grüßt die Idee einer Steuerungsgruppe aus der Bürgerschaft heraus und appelliert an die Landkreisbewohner, diese Gelegenheit zu nutzen, sich aktiv einzubringen.

Beitrag gegen Armut und Ausbeutung

„Ich hoffe, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger die Chance ergreifen, unser Leben im Landkreis mitzugestalten und gleichzeitig einen Beitrag gegen Armut und Ausbeutung im globalen Süden zu leisten“, so Göbel. „Der Kreistag hat seinen Beschluss aus der Überzeugung heraus gefasst, dass es unerlässlich ist, mehr Bewusstsein bei allen Akteuren für fairen und nachhaltigen Konsum zu schaffen. Die Auftaktveranstaltung zur Bildung einer Steuerungsgruppe stellt einen wichtigen Meilenstein auf unserem Weg zum Fairtrade Landkreis dar. Sie erweckt das Projekt sozusagen zum Leben“, so der Landrat.

Bei der Auftaktveranstaltung am 6. Juni fällt der Startschuss für die Fairtrade-Steuerungsgruppe. □

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...

„Durch die Aktion ist mir wieder mal bewusst geworden, welchen Schatz wir haben, indem wir die Freiheit der Meinung und der Meinungsäußerung genießen dürfen. Hoffentlich ist das bei vielen anderen auch angekommen – in diesen Zeiten.“ Mein Chef, der Bürgermeister, bezog sich auf die Lesung, die er anlässlich der Aktion „Bücher aus dem Feuer“ zum Gedenken an die Bücherverbrennung vor 85 Jahren gehalten hat.

Er hat aus Lion Feuchtwangers Roman „Erfolg“ vorgelesen. Ein Sittengemälde aus dem Bayern kurz nach der Revolution, die wir dieses Jahr so groß feiern und zugleich eine leidenschaftliche Anklage gegen alles, was uns auch in diesen Tagen wieder plagt: Antisemitismus, Überhöhung des Nati-



die Straßen laufen, Volksverräter skandieren und Politikerpuppen an Galgen mitführen, nicht vielleicht auch das Grundgesetz in ein rasendes Feuer der Ignoranz werfen, wenn man sie dazu aufforderte?

Und wie sieht es mit der Wehrhaftigkeit eines Staates aus, in dem – wie in Niedersachsen geschehen – verummte Chaoten das Privathaus eines Polizisten stürmen oder in dem unter Berufung auf ein selbstgebasteltes höheres Recht fremdes Eigentum durch Besetzung unter den Augen der (Berliner) Staatsgewalt zur eigenen Nutzung beansprucht wird?

Wer sich einmal mit Initiativen wie #freethemall beschäftigt, wird mit Schrecken feststellen, in wie vielen Staaten tatsächlich Journalisten an der freien Ausübung ihres Berufes und damit die Menschen am Empfang freier Informationen gehindert werden. Vor drei Jahrzehnten, als in Europa die Mauern fielen und es so aussah, als würde der Hunger der Menschen nach Freiheit überall auf der Welt die Oberhand gewinnen, hätten wir uns sicher nicht vorstellen können, wie bereitwillig viele Menschen – auch hier bei uns im Land – Parteien und Personen die Stimme geben, die zwar das Wort Freiheit auf den Lippen führen, man jedoch den Nachsatz „aber nicht für...“ dröhnend hören kann. Es gilt den Anfängen zu wehren, jedenfalls dort, wo es noch nicht zu spät ist.

Mein Chef, der Bürgermeister, will es nicht hinnehmen, dass wir die Freiheit behandeln wie ein altes Möbel, das wir von unseren Großeltern oder Eltern ohne eigene Anstrengung geerbt haben und es deshalb egal ist, ob es auf den Sperrmüll kommt. Mit Aktionen wie „Bücher aus dem Feuer“ oder einem kommenden Bürgerdialog über Europa will er Bewusstsein dafür schaffen, dass wir persönlich Verantwortung für den künftigen Weg tragen. Dabei setzt er auf den freien Gedanken und das freie Wort, von dem der Franzose Roland einmahl sagte: „Das Buch ist in den Händen des Volkes die mächtigste Waffe im Kampf um seine geistige und materielle Freiheit.“

ihre Sabrina

Wehret den Anfängen!

onalen, Verachtung von Demokratie und Freiheit, Beschimpfung und Verunglimpfung des politischen Gegners.

Es war wirklich gespenstisch sich vorzustellen, wie vor nicht mal ganz drei Generationen ein dumpfer Mob Scheiterhaufen errichtete, um darauf die Verkörperung des Geistes aus Jahrhunderten in Rauch aufgehen zu lassen. Wie Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler, Intellektuelle diese Flammen als Memento für das kommende sehen und aus ihrer Sprache und aus ihrer Selbst fliehen mussten – entweder real durch Auswanderung oder, vielleicht noch bitterer, durch Verstummen in der inneren Emigration.

Der Bürgermeister wollte mit der Lesung ein Stück Geschichte bewusst machen. Die Geschichte derer, die ihrer geistigen Heimat beraubt wurden und nicht selten daran zerbrachen. Aber auch die Geschichte der freiwilligen Kapitulation eines freien Volkes vor der Unfreiheit. Man wollte lieber seine Ressentiments bedient sehen, seine Sündenböcke durch die Straßen treiben und auf komplexe Fragen einfache Antworten hören.

An dieser Stelle müssen wir uns fragen, wie dick oder dünn der Firnis ist, der unsere demokratische und plurale Gesellschaft vor den Extremen schützt. Würden diejenigen, die durch

Landkreis Aschaffenburg:

Bildungsregion wird konsequent weitergeführt

Landrat Dr. Ulrich Reuter unterzeichnet Kooperationsvereinbarung mit Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement

Der Landkreis Aschaffenburg baut auf den Erfahrungen und der Vorarbeit der „Bildungsregionen in Bayern“ auf und etabliert ein kommunales Bildungsmanagement. Die Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement begleitet den Landkreis Aschaffenburg schon seit einigen Monaten bei der Weiterentwicklung der Strukturen, die im Rahmen der Bildungsregion aufgebaut wurden. Mit der Unterzeichnung der Zielvereinbarung durch Landrat Dr. Ulrich Reuter ist diese Zusammenarbeit nun auch formal besiegelt.

Ende 2015 machte sich der Landkreis Aschaffenburg auf den Weg zur Bildungsregion. Landrat Reuter: „Seitdem hat sich bei uns einiges getan. Ein Bildungswegweiser gibt unseren Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über die Bildungseinrichtungen in unserem Landkreis. Und es gibt einen ersten Bildungsbericht, den wir als Grundlage für bildungspolitische Entscheidungen nutzen.“

Strukturen verstetigen

Zuständig für das kommunale Bildungsmanagement im Landratsamt Aschaffenburg ist die Soziologin und Betriebswirtin Sarah-Elisa Krasnov. Sie hat den Prozess zur Bildungsregion von Anfang an koordiniert und möchte die aufgebauten Strukturen nun im Austausch mit der Transferagentur verstetigen.

„Im Rahmen des Kommunalen Bildungsmanagements möchten wir an den Übergängen,



V.l.: Dr. Ulrich Reuter, Florian Neumann und Sarah-Elisa Krasnov. □

z.B. von der Schule in die Ausbildung, arbeiten“, erklärt Krasnov. „Wir möchten erreichen, dass Kinder ihren Bildungsweg entsprechend ihrer Möglichkeiten gehen können und bei Bedarf die richtige Unterstützung erhalten.“

Erfahrungswerte einbringen

Die Transferagentur unterstützt dabei. Florian Neumann, Leiter des Regionalbüros Nord, das bei der Europäischen Metropolregion Nürnberg angesiedelt ist: „Man muss das Rad nicht immer neu erfinden. Durch unser stetig wachsendes Netzwerk lernen nunmehr 26 nordbayerische Bildungsbüros voneinander und tauschen sich aus. Zusätzlich bringen wir die Erfahrungen von Kommunen aus ganz Deutschland ein. Wir freuen uns sehr über die Zusammenarbeit mit dem Landkreis Aschaffenburg, der sich mit Frau Krasnov aktiv an unserem Netzwerk beteiligt.“

Die Zielvereinbarung mit der Transferagentur wurde zeitgleich mit der Siegelverleihung der „Bildungsregionen in Bayern“ vor kurzem in Alzenau unterzeichnet. □

Landrat Franz Meyer zum 65. Geburtstag:

Sein Wort hat Gewicht

Mit über 650 Gästen hat der Passauer Landrat Franz Meyer im Atrium des Vilshofener Gymnasiums seinen 65. Geburtstag gefeiert. Seinen Ehrentag am 13. Mai beging der Jubilar im Rahmen eines Frühlingskonzerts des Sinfonischen Blasorchesters des Landkreises, dessen Spendenerlöse sozialen Einrichtungen zugutekommen.

Vilshofens Bürgermeister Florian Gams hatte dabei eine besondere Überraschung im Gepäck: Der Stadtrat macht Franz Meyer zum Ehrenbürger seiner Heimatstadt. „Überwältigt“ war der Landkreischef aber auch von einer Auszeichnung des Landes Oberösterreich. Persönlich überbrachte der ehemalige Landeshauptmann Josef Pühringer das Goldene Verdienstzeichen. Daneben wurde eine Videobotschaft von Ministerpräsident Markus Söder übermittelt und Kultusminister Bernd Sibler fungierte als Laudator.

Innenminister Joachim Herrmann nahm Meyers Ehrentag zum Anlass, ihm per Glückwunschschrift für seinen unermüdbaren Einsatz für die Gemeinschaft großen Dank und hohe Anerkennung auszusprechen. „Seit zehn Jahren stehst Du als ungemein be-

liebter Landrat an der Spitze des Landkreises Passau. In dieser langen Zeit hast Du mit großem persönlichem Engagement die Weichen für eine zukunftsfähige Entwicklung des Landkreises gestellt“, unterstrich Herrmann.

Herrmann zufolge hat der Jubilar zahlreiche Themen wie den Klimaschutz, den Breitbandausbau und die Ausbildung von Fachkräften vor Ort sehr erfolgreich voran gebracht. „Durch Deine persönliche Tatkraft, Deine hohe fachliche Kompetenz und Dein bürgernahes Wirken hast Du viel bewegt und die Region nachdrücklich stärken können“, so der Innenminister. Mit seinen schon traditionellen Kulturwanderungen verstehe es Meyer trefflich, den Bürgerinnen und Bürgern Heimatgeschichte näher zu bringen. Unvergessen und bundesweit anerkannt sei



Landrat Franz Meyer (rechts) erhält von Landeshauptmann a.D. Josef Pühringer das Goldene Verdienstzeichen.

Landrat Meyers hoher persönlicher Einsatz bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise, bei der der Landkreis Passau in besonderem Maße gefordert war.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf), gratulierte im Namen aller Verbandskollegen: „Franz Meyer kann in seinem Amt, in seinen Funktionen beim Bayerischen Landkreistag, aber auch als ehemaliger und erfahrener Landespolitiker eine stolze Bilanz vorweisen. Ob es um den Breitbandausbau, den Klimaschutz, den Öffentlichen Personennahverkehr oder auch soziale Themen geht, im Landkreis Passau

und weit darüber hinaus hat sein Wort Gewicht. Im Präsidium und Ausschuss für Finanzen und Sparkassen setzt er sich seit Jahren für den ländlichen Raum ein und findet stets Gehör.“

Als Amtschef eines der größten Landratsämter Bayerns mit über 800 Beschäftigten feierte der Landrat auch mit „seiner“ Landratsamtsfamilie, auf die er sich seit zehn Jahren verlassen könne „und umgekehrt“, so Franz Meyer. Auch bei den Feiern an den Dienststellen Passau und Salzweg hatte der Landrat darum gebeten, statt Geschenke zu überreichen an die Seniorenhilfe und an die Leukämiehilfe zu spenden. DK

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Einladung des Bundesverbands Deutscher Steinmetze zum Forum Friedhof während der Stone+tec in Nürnberg bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Tagungshinweis:

Städte, Gemeinden und Landkreise im Wandel

„Wie Bildung für nachhaltige Entwicklung Zukunftsfähigkeit ermöglicht“ lautet der Untertitel der Tagung am 6./7. Juni in Ottmaring/Friedberg, in der es um Zukunftschancen von Kommunen geht, um Lebensqualität und Ressourcenschutz, Arbeitsmöglichkeiten, soziale Sicherheit und Bürgerbeteiligung.

Lernprozesse und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) spielen dabei – wie die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2017 aufzeigt – eine herausragende Rolle. Zentraler Punkt ist die Vernetzung der verschiedenen Akteure aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kultur sowie schulischen und außerschulischen Lernorten.

Um diesen Austausch zu ermöglichen und konkrete Anregungen zur lokalen Kooperation in der BNE zu geben, hat die Ökologische Akademie e.V. als Veranstalter ein breites Kooperationsbündnis geschmiedet: Unterstützt vom Bayerischen Gemeindetag und Bayerischen Städtetag wollen ANU Bayern e.V., Bayerischer Volkshochschulverband, Bildungszentren ländliche Räume in Bayern e.V., Evangelisches Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad

und RENN.süd wichtige Akteure zusammenbringen.

Das Programm kann sich sehen lassen: Reiner Erben, Umweltreferent der Stadt Augsburg, stellt das städtische Gesamtkonzept zur Umweltbildung/Bildung für nachhaltige Entwicklung vor, Prof. Dr. Heike Molitor (HNE Eberswalde) umreißt die Grundlagen der BNE mit Erwachsenen und Michael Schlecht, Umweltlernen Frankfurt e.V., zeigt, wie BNE in Frankfurt/Main Element kommunaler Nachhaltigkeitspolitik wurde. Mit Augsburg, Neumarkt/Opf. und dem Landkreis Amberg-Weilheim stellen sich Beispiele gelungener Zusammenarbeit vor. In Workshops kann man erfahren, wie es gelingt, Erwachsene für die Gestaltung ihrer Lebenswelt zu begeistern.

Informationen und Anmeldung: oekologische-akademie@gmx.de, www.oeko-akademie.de □

Vorschau auf GZ 11

In unserer Ausgabe Nr. 11, die am 7. Juni 2018 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Kommunale Finanzthemen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Technische Ausstattung öffentlicher Gebäude

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

AVA-Software

ORCA
orca-software.com

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Energiedienstleistung

erdgas schwaben

Fahnenmaste + Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

FAHNEN KOCH COBURG
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.
Am Gewerbering 23 · D-84069 Schierling
Tel.: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung
seit 1910
Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Hydraulik Anbaukomponenten

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS
Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen
PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Kostendämpfung für Ihre Lüftungs- und Klimaanlage

Mit Einsatz multifunktionaler Wärme- / Kälterückgewinnungssysteme

- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Hochrentabel und betriebssicher
- Absolut keim- und schadstoffübertragungsfreie Rückgewinnung
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BlmSchV)

Clever investieren - doppelt sparen!

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum; Aschaffenburg: Fachhochschule; Bamberg: Klinikum; Bayreuth: Klinikum; Ingolstadt: Saturn Arena; München: Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck; Regensburg: Universität; Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus; Würzburg: Universität u.a.m.

SEW® GmbH
47906 Kempen
Tel.: 02152 / 91560 **SEW**
www.sew-kempen.de

Nutzfahrzeuge



Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo
Hailo-Werk GmbH & Co. KG · Daimlerstr. 2 · 35702 Haiger
Telefon: 02773 821256 · Fax: 02773 8212-18
professional@hailo.de · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Straßenbeleuchtung

LEDiKIT® Streetlight
Digital LED-Upgrade bestehender Straßenleuchten mit Verstand und Verantwortung.
Laternix®
Weitere Informationen:
T 0861 90992040 www.laternix.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Eine Veranstaltung auf der Stone+tec 2018

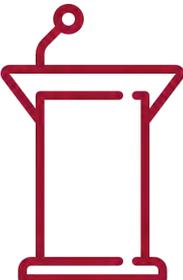
Internationale Fachmesse für Naturstein und Steintechnologie

**JETZT KOSTENFREI*
ANMELDEN**

www.stone-tec.com/forum-friedhof

* Sichern Sie sich als **Gemeindevertreter** Ihren Platz!



 **FORUM** 
FRIEDHOF



Donnerstag, 14. Juni 2018

MESSEZENTRUM | FACHFORUM

HALLE 9 | 90471 NÜRNBERG



T +49 69 57 60 98

info@biv-steinmetz.de

www.biv-steinmetz.de



Foto: Margit Wild

- 11:00 Uhr **Eröffnung**
Durch den Bundesinnungsmeister des Bundesverbandes Deutscher Steinmetze, Gustav Treulieb
- 11:10 Uhr **Grußworte**
- 11:30 Uhr **„Das Grab – der gute Ort“
Ideen für neue Friedhofskonzepte und deren Umsetzung**
Hermann Rudolph, stellvertretender Bundesinnungsmeister,
Vorsitzender des Arbeitskreises Grabmal im Bundesverband
- 12:15 Uhr **Erfolgreiche Praxisbeispiele und Ideen aus dem bundesweiten
Wettbewerb 2017 „Neue Wege auf dem Friedhof“**
 - Route der Hagener Friedhofskultur, Timothy Vincent, Wetter (Ruhr)
 - Das Hamburger Grab – Meine Stadt, meine Heimat, mein letzter Hafen, Hamburger Friedhöfe -AÖR
 - Neuer Friedhof in Möhnesee-Körbecke, Gregor Schulte, Möhnesee-Büecke
- 13:00 Uhr **„Finanzierung von gemeindlichen Friedhöfen –
Bewährtes und (Un-)Bekanntes zur Gebührenkalkulation“**
Ingrid Hannemann, Rechtsanwältin, KUBUS Kommunalberatung & Service GmbH, München
- 13:45 Uhr **Vorstellung des „Fachberichtes Standards für die
Durchführung von Friedhofsentwicklungsplanungen“**
des Arbeitskreises der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e. V. (FLL) Bonn,
Dr. Martin Venne, Kassel
- 14:30 Uhr **„Friedhofssatzungen – kein Buch mit sieben Siegeln“**
Johannes Heger, Verwaltungsdirektor beim Hessischen Städte- und Gemeindebund e. V.
- 15:15 Uhr **„Friedhofsentwicklung – Versäumnisse und Chancen“**
Günter Czasny, Geschäftsführer Kunstgießerei Strassacker, Süßen
- 16:00 Uhr **Die neue Richtlinie „Erstellung und Prüfung von Grabmalanlagen“**
Raphael Holzer, Technische Informationstransferstelle im Bundesverband Deutscher Steinmetze
- 16:45 Uhr **Abschlussworte** des Bundesinnungsmeisters Gustav Treulieb